

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 24. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Vollnummerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verkehrsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Interaktions-Gebühr

Belegt für die sechsgeheiligten Kolonien geile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Verhandlungs-Berichte 80 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stille) Wort 20 Pf., jedes weitere (stille) Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Zehn Jahre christlicher Gewerkschaftstätigkeit.

Der siebente Kongress der christlichen Gewerkschaften, der eben in Köln getagt hat, war als eine Art Jubiläumsvorstellung gedacht. Vor zehn Jahren hatte in Mainz der erste Kongress der christlichen Gewerkschaften stattgefunden, wo diese sich ihr Programm und ihre Verfassung gaben und von wo aus die christlichen Gewerkschaften ihre eigentliche Geschichte beginnen lassen. Der Hinweis auf das, was von Mainz bis Köln geleistet worden sei, kehrte in den Verhandlungen des diesjährigen Kongresses immer wieder, und in der einleitenden Versammlung war dem Rückblick auf die zehnjährige Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften ein eigener Vortrag gewidmet. Es versteht sich, daß die Christlichen — auf Jubiläen ist man immer freudig erregt — mit ihren Erfolgen seit Mainz zufrieden sind. Ohne in ihre Jubeltöne einzustimmen, kann man zugeben, daß sie Erfolge erzielt haben — mehr als die Gegner damals gedacht, aber auch weniger, als die Christlichen selbst erwartet haben. Sie zählten voriges Jahr nahezu 300 000 Mitglieder (die Krise des letzten Jahres hat sie um ein Viertelhunderttausend zurückgeworfen); sie haben namentlich im Westen Deutschlands in einigen Berufen einen ansehnlichen Einfluß, mit dem die sozialistischen Organisationen dort wohl oder übel rechnen müssen; ihre Verbände sind — wozu ihnen das Muster und die Erfahrung auf unserer Seite gute Dienste geleistet haben — im Aufbau und den Finanzen leidlich in Ordnung, und die beamteten Personen beweisen meist das erforderliche Geschick in der Leitung und Verwaltung ihrer Verbände. Es wäre ungerecht und verfehlt, das zu verkennen. Wer einen der ersten christlichen Gewerkschaftskongresse mitgemacht hat, wo Herr Brust selbstherrlich präsiidierte, wo seine Gefellen sich meist ratlos anfaßen, indes schwarzkopfige Drahtzieher im Hintergrunde wimmelten, der muß eingestehen, daß es in dieser Beziehung doch anders geworden ist im christlichen Lager. Nicht nur beherrscht die Leitung die organisatorische Technik, sondern die einzelnen Redner wissen auch in der Form wie in der Sache ihre Gedanken meist wirksam zu vertreten. An der Anerkennung dieser Tatsache soll man sich nicht mit der ungebührlichen Hervorhebung dieser oder jener Nebenerscheinung vorbeidrücken. Das wäre, wie gesagt, nicht nur ungerecht, sondern auch in denjenigen Gegenden, wo die Christlichen von Einfluß sind, gefährlich.

Muß man also in gewissem Umfange zugestehen, daß die christlichen Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren Erfolge früherer und innerer Art erzielt haben, wie sie von unserer Seite nicht vorausgesehen worden sind, so steht andererseits fest, daß diese Erfolge weit hinter dem zurückgeblieben sind, was man auf christlicher Seite damals erwartete. Man rechnete unter der Gunst des einflussreichen Zentrums, unter dem Segen der mächtigen Kirche, unter der Förderung durch Behörden und Unternehmer bestimmt darauf, der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung bald nahe- oder auch überzukommen. Darin hat man sich arg getäuscht. Die christlichen Gewerkschaften haben zugenommen, gewiß, aber die freien Gewerkschaften haben noch mehr zugenommen. Wenn die Christlichen 15—20 000 Arbeiter gewinnen, mehren sich die Reihen der Freien um 100 000 Mitglieder. Gegenwärtig sind sie ihnen um das Sechsfache an Mitgliederzahl und demgemäß an wirtschaftlichem Einfluß und finanzieller Leistungsfähigkeit überlegen. Die Hoffnung, die gesamte Arbeiterbewegung im Sinne christlicher „Neutralität“ zu beeinflussen, die Gewerkschaftsbewegung von der Sozialdemokratie abzulenken und so die Partei zu schwächen, zu „überwinden“, wie man sich das in der Jugendzeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung so schön ausgemalt hatte, diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt und wird sich nicht erfüllen.

In ihrem Endziel ist den christlichen Gewerkschaften also der Erfolg völlig ausgeblieben, und er ist auch ausgeblieben in bezug auf die Erwartung, durch beiseitiges Vorgehen und gute Gesinnung das Unternehmertum, die Parteien und die Regierungen zu Zugeständnissen zu bewegen, die der Arbeiterklasse, wie man meinte, deshalb verteuert wurden, weil sie unter der Führung der revolutionären Sozialdemokratie steht, und diese sich durch ihre Grundzüge und ihr Verhalten des Entgegenkommens seitens der Behörden und Parteien unwürdig macht. Die Christlichen gedachten die Führung in der Sozialpolitik zu übernehmen und auf diese Weise den Umsturz zur Strecke zu bringen, indem sie den Arbeitern den Nachweis brachten, daß nur unter christlichem und nationalem Banner etwas für sie zu erreichen sei. Auch darin sind sie eines anderen belehrt worden. Sie müssen genau wie die Sozialdemokraten dem Unternehmertum jeden Groschen Lohnerhöhung und jede Minute Arbeitszeitverkürzung aus den Händen reißen; sie müssen erleben, daß Regierung und Parlament auf ihre Forderungen pfeifen, auch wenn sie noch so behelidlich gehalten und reichlich mit der Versicherung un-wandelbar guter Gesinnung ausgestattet sind.

Wenn man diese Umstände berücksichtigt, erkennt man, wie wenig die Christlichen Ursache zum Triumphieren haben. Und auch die Gönner, mit denen sie auf ihren Kongressen zu drunten pflegen, sind nicht untand, diese Tatsache zu ändern.

Die Behörden versichern die christlichen Gewerkschaften ihrer Gunst, denn die gute Gesinnung, die sich in der Bekämpfung der Sozialdemokratie bekundet, verdient Anerkennung, wenn diese auch nur in wohlwollenden Worten besteht, die zu nichts verpflichtet. Herr von Verlepsch begünstigt die christlichen Gewerkschaften, weil er seiner Gesellschaft für soziale Reform einen gewissen Arbeiteranhang sichern will und, da die Sozialdemokraten nicht mitmachen, mit den Christlichen vorlieb nehmen muß. Pfarrer Weber von der geistlichen Fakultät, der den Römischen das Feld nicht gern allein lassen möchte, begrüßt sie im Namen seiner evangelischen Schlafmützenvereine, die im selben Augenblick wie die Selben den Fürsten Bülow zu ihrem Ehrenmitglied ernannt haben. Und die Herren vom Zentrum und seiner M.-Glabbacher Agitationszentrale, sie wissen am besten, weshalb sie den christlichen Gewerkschaften ihr freundliches Gesicht zeigen und mit ihren Führern die wärmsten Händedrucke wechseln. Wie die christlichen Gewerkschaften sich auch gewandelt haben, in einem sind sie gleich geblieben: in ihrem Verhältnis zum Zentrum. Es tut nichts zur Sache, daß ein geringer Teil der Mitglieder auf anderem als ultramontanen Boden steht; das ultramontane Element hat die Leitung in Händen und bestimmt die gewerkschaftliche und außergewerkschaftliche Haltung der Mitglieder. Und diese Haltung ist diktiert durch die Rücksicht auf das Zentrum, das sich die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer als seine politischen Handlanger erzogen hat.

In der Erfüllung dieser Aufgabe haben die Führer die christlichen Gewerkschaften auf die „politische Neutralität“ verpflichtet, das heißt, sie ein für allemal zum Schweigen verurteilt, wo das wirtschaftliche und gewerkschaftliche Interesse eine entscheidende Stellungnahme zur Pflicht macht. Dadurch ist den Führern als Zentrumsparteigängern und sogenannten Arbeiterabgeordneten die Ermächtigung ausgeübt, in größtmöglicher Weise gegen das Arbeiterinteresse zu handeln — denn, so verkündete Herr Generalsekretär Stegerwald auf dem Kölner Kongress: Wir sind keine Klassenbewegung wie die Sozialdemokratie; ein christlicher Abgeordneter kommt bei parlamentarischen Abstimmungen manchmal in die Lage, wo ein höheres Interesse, die Rücksicht auf unsere Ideale den Ausschlag geben und das Arbeiterinteresse zurücktreten muß. Man sehe statt „höheres Interesse“ „materiales Interesse und statt der „Rücksicht auf die Ideale“ die Rücksicht auf das Zentrum — und man hat den wahren Sinn dieser Worte und das wahre Wesen der christlichen Gewerkschaften, das darin besteht, daß die christlichen Gewerkschaften als Arbeiterorganisationen Arbeiterinteressen vertreten wollen und in gewissem Umfange auch vertreten müssen, daß sie aber unter dem Einfluß ihrer dem Zentrum ergebenen Führer in viel weiterem Umfange die Interessen von Parteien vertreten, die ihrem Wesen nach arbeiterfeindlich sind. Dafür ist gerade in diesem Augenblicke der beste Beweis gegeben durch das Verhalten der ultramontanen Arbeiterabgeordneten bei der Reichsfinanzreform. Daß der Kölner Kongress, dessen Redner so weidlich auf die Sozialdemokratie zu schimpfen wußte, kein Wort der Mühe fand gegen die Partei, die bei diesem volks- und arbeiterfeindlichen Streich die Führung hatte, daß er nicht wagte, die Arbeiterführer, die als Zentrumsparteigänger sich an diesem ihrer eigenen Klasse zugefügten Streich beteiligten, zur Rechenschaft zu ziehen, das beweist besser als sonstwas, wie ungeeignet die christlichen Gewerkschaften sind, die Arbeiterinteressen in schwerer Lage zu vertreten, wie wenig berechtigt sie sind, sich als Arbeiterorganisationen in wirklichem Sinne zu bezeichnen. Wie die „Selben“ Schutztruppen des Unternehmertums, so sind die christlichen Gewerkschaften Schutztruppen rücksichtlicher, volks- und arbeiterfeindlicher Parteien.

Dieser Zwiespalt kennzeichnet das Wesen der christlichen Gewerkschaften, und an diesem Zwiespalt werden sie zugrunde gehen — um so eher, als es uns gelingt, diesen Zwiespalt den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, die noch im Gefolge des Zentrums und im Banne der christlichen Gewerkschaften sind. Dafür hat uns der Kölner Kongress gute Waffen in die Hand gegeben. In überaus glücklicher Weise fiel der Kölner Kongress der Christlichen zusammen mit der soeben erfolgten Verabschiedung der Reichsfinanzreform, und dieses zeitliche Zusammentreffen ist in besonderem Maße geeignet, den Zwiespalt zu offenbaren, in den jede Organisation geraten muß, die gewerkschaftlich im Dienste der Arbeiterinteressen und politisch im Dienste bürgerlicher Parteiinteressen steht.

Der siebente Kongress der christlichen Gewerkschaften bedeutet eine Rechtfertigung unseres Standpunktes, daß der Arbeiter zum Arbeiter, die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation zur politischen Arbeiterorganisation gehört. In diesem Sinne gilt für uns der Satz: Partei und Gewerkschaft sind eins!

## „Reichslügenverband“

In einer öffentlichen Versammlung zu Friedland (Mecklenburg-Strelitz) bezeichnete Genosse Kraay den sozialdemokratischen Reichsverband als „Reichslügenverband“. Ein diesem Verbands angehöriger Fabrikbesitzer nahm nebst einigen anderen Verbändlern an jener Versammlung teil; der gute Mann fühlte sich durch den Aus-

druck „Reichslügenverband“ in seiner Ehre gekränkt und verklagte den Genossen Kraay!

Das Friedländer Schöffengericht kam auf die Idee, den Fabrikanten wirklich für beleidigt zu erklären und eine Sühne von — drei Wochen Gefängnis für angemessen zu erachten! Die Berufungsinzanz, das Landgericht zu Neustrelitz, an das Genosse Kraay selbstverständlich appellierte, nahm zwar auch an, daß er den Reichsverbandler „beleidigt“ habe, hielt aber die Ehre des klage-lustigen Fabrikanten mit einer Geldstrafe von 30 M. für genügend gestiftet. Im Urteil des Landgerichts heißt es:

„Der Angeklagte hat in einer politischen Versammlung in Bezug auf den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mehrfach den Ausdruck „Reichslügenverband“ gebraucht. Daß hierin eine Mißachtung der Tüchtigkeit des Verbandes kundgegeben ist, kann nicht bezweifelt werden. Das Landgericht hat aber darin auch eine Beleidigung aller dem Verbands angehörigen Personen erblickt. Es hat angenommen, daß in der gegen einen Verein gerichteten wegwerfenden Äußerung eine Beleidigung der einzelnen Mitglieder enthalten sei, wenn der Täter im Momente der Äußerung das Bewußtsein habe, daß er damit die einzelnen unter die Kollektivbezeichnung fallenden Personen beleidige, und wenn dieser Erfolg von seinem Vorsatz mit umfaßt werde. Es hat weiter festgestellt, daß der Angeklagte die einzelnen dem Reichsverbande Angehörigen, insbesondere die in der Versammlung anwesenden Mitglieder, hat treffen wollen.“

Kraay beruhigte sich auch bei dem Urteil des Landgerichts nicht; er legte beim Oberlandesgericht zu Rostock Revision ein. Das Oberlandesgericht entschied:

„Die Ausführungen (des Landgerichts) lassen einen Rechtsirrtum nicht erkennen, und es ist damit das Vorhandensein eines Vergehens gegen den § 185 St.-G.-B. in objektiver und subjektiver Richtung ausreichend festgestellt. Dem Landgericht ist auch darin beizutreten, daß nach diesen Feststellungen der gleichfalls in jener Versammlung antretende Privatkläger, auch wenn der Angeklagte an ihn nicht besonders gedacht hat (!!), als beleidigt anzusehen und daher zur Privatklage berechtigt ist. (—)

Das Landgericht hat dem Angeklagten den Schutz des § 193 St.-G.-B. dessen Voraussetzungen es ohne Rechtsirrtum an sich für gegeben erachtet, verjagt, weil aus der Form der Äußerung, aus dem Gebrauch eines Schimpfwortes die Absicht zu beileidigen unzweifelhaft erhellt.“ Diese Begründung ist unzureichend und gibt dem Verdachte Raum, daß das Landgericht die betreffende Bestimmung des § 193 des Strafgesetzbuches unrichtig aufgefaßt hat. Aus dem Gebrauch eines Schimpfwortes folgt noch nicht ohne weiteres, nicht notwendig, wie das Landgericht anzunehmen scheint, die Absicht der Beileidigung, vgl. Deynhoff, Ann. 27 zu § 193 des Strafgesetzbuches; diese ist vielmehr nach der konkreten Sachlage in jedem Falle besonders zu ermitteln, wobei freilich der Gebrauch des Schimpfwortes in der Regel auf jene Absicht schließen lassen wird. Es ist aber auch zu berücksichtigen (vergl. R.-G.-St. Band 40 Nr. 93), daß die Bestrafung einer unter § 193 St.-G.-B. fallenden Äußerung nicht erfolgen kann, wenn die gewählte Form notwendig ist, um den Inhalt des zu Äußernden für den Dritten erkennbar zu machen, und daß bei einer Ueberschreitung der sich hieraus ergebenden Grenze der Täter auch dann straflos bleibt, wenn er die gewählten Worte für erforderlich zur Wahrnehmung der berechtigten Interessen gehalten hat. Im vorliegenden Falle bedarf es überdies der Feststellung, daß die Absicht des Täters auf die Beileidigung aller Mitglieder des Verbandes oder doch einer bestimmten, den Privatkläger mitumfassenden Gruppe derselben, gerichtet gewesen ist, das Urteil hat eine bezügliche Feststellung nur wegen des Vorfalles des Angeklagten getroffen.

Das angefochtene Urteil war daher aufzuheben, und zwar mit den zu Grunde liegenden Feststellungen, da deren Unzulänglichkeit ebenfalls auf dem Rechtsirrtum beruht.“

Die reichsverbandlerische Sucht, um jeden „Reichslügenverbandler“ und „Reichslügenverband“ zum Stabi zu rennen, wird nachgerade also sogar den gelehrten mecklenburgischen Oberlandesgerichtsräten zu bumm!

## Die französische Ministerkrise.

Herr Briand wird also bald erledigt haben, wonach sein Ehrgeiz schon so lange gestanden; er hat vom Präsidenten der Republik den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten. Seine Mission hat gewisse Schwierigkeiten zu überwinden, die aus dem Mißtrauen der radikalen Partei gegen die doch wirklich genugam verleugnete sozialistische Vergangenheit Briands erwachsen. Aber es handelt sich um ein Ministerium, das eventuell berufen sein kann, die nächsten Wahlen zu machen, und amtliche Wahlbeeinflussung hat in Frankreich immer eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Da läßt sich die Vorsicht wohl begreifen.

Briand hat den Tag mit Verhandlungen verbracht, von deren Erfolg es abhängt, ob er definitiv Chef der Regierung wird. Schwierigkeiten macht zunächst die Besetzung des Finanzministeriums, da Caillaux sich vorläufig weigert, in das neue Ministerium überzutreten, wie erzählt wird, weil er nicht selbst das Ministerpräsidium angeboten erhielt. Bleibt es bei dieser Ablehnung, so soll der Deputierte Renault, der Berichtstatter in der Kammer für die Einkommensteuer war, Finanzminister werden, um die längst fällige Reform endlich auch im Senat zur Durchführung zu bringen. Großen Wert legt Briand auch darauf, daß Millerand dem Kabinett beitrete. Von politischer Wichtigkeit wäre es, wenn es Briand gelänge, den Senator Vallé, der nahe

Begleichungen zu Combes besteht, für sein Kabinett zu gewinnen, da er damit zunächst die Unterstützung der christlichen radikalen Kombifischen Gruppe sich sichern würde.

### Das neue Ministerium.

Paris, 23. Juli. Soweit bis jetzt zu übersehen ist, werden die Portefeuilles der Justiz, der Marine, des Krieges und der Kolonien neue Inhaber erhalten. Man spricht davon, daß Millerand Marine, Senator Monis Justiz, der frühere Ministerpräsident Dupuy Kolonial- und Bertheau Kriegsminister wird. Die übrigen Portefeuilles werden wie folgt verteilt werden: Inneres und Kultus Briand, Finanzen Caillaux, Bauten Parfhou, Landwirtschaft Ruau, Ackerbau Pichon, Unterricht Doumergue. — Die Radikalen beabsichtigen noch immer, Briand zu veranlassen, einen der Ämtern zum Unterstaatssekretär des Innern zu ernennen.

### Briands Programm.

Paris, 23. Juli. Ueber die allgemeinen Richtlinien seines Programms machte Briand folgende Mitteilungen: Mein Programm wird darin bestehen, das radikale Reformprogramm möglichst schnell zu Ende zu führen. An der Spitze wird die Altersversorgung stehen und zwar soll dies Gesetz noch vor den Wahlen durchberaten werden. Einen weiteren Punkt bildet das Gesetz über die Kriegsgerichte.

Heute wird sich Briand auch mit Caillaux ins Benehmen setzen und, falls dieser sich weigert, zu bleiben, auf eigene Faust ein Einkommensteuergesetz einbringen, dem eine bessere Aufnahme beim Senat sicher ist. Briand erklärte sich weiter als Anhänger der Wahlreform. Die Frage der Wiedereinstellung der entlassenen Postbeamten wird Gegenstand der ersten Beratung des neuen Kabinetts sein. — Viele Abgeordnete erklärten sich gegen eine Amnestierung der gemäßregulierten Postbeamten.

## Peltischenliebe gegen Berliner Fürsorgekinder.

Unsere detailliertere Mitteilung über die grausame Behandlung von Fürsorgekindern in Wlitzyn wird von der „Berliner Volkszeitung“ wiedergegeben. Sie hilft daran die Hoffnung, daß der Berliner Magistrat sofort eine eingehende Untersuchung über die Nachrichten aus Wlitzyn anstellen werde, die einem das Blut in den Adern erstarren lassen. Dem Magistrat müssen die Klagen über Wlitzyn seit Wochen bekannt sein: wird er endlich einschreiten?

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ sucht in seiner Art die für die Noth der bürgerlichen Anschauung kennzeichnenden Mißhandlungen zu vertuschen! Er erwähnt — selbstverständlich ohne die Quelle zu nennen — unsere Mitteilungen. Er nennt sie „Gerüchte über angeblich grausame Behandlung Berliner Fürsorgekinder“. Das Blatt behauptet weiter, es habe sich „an maßgebender Stelle zu unterrichten gesucht, was den Meldungen tatsächlich zugehört liegt“. Nach dieser „maßgebenden Stelle“ soll es sich nur um einen Fall handeln! Ein 10jähriger Fürsorgezögling sei wiederholt entlaufen und dafür körperlich gequält worden.

Mit den Spuren dieser Fälschung (so fährt das Scherblatt dann wörtlich fort) sticht er wieder nach Berlin und ließ sich von einem Arzt untersuchen, der zugleich Mitglied der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion ist. Der Deputierte für das städtische Fürsorgewesen hat darauf unverzüglich den Arzt aufgefordert, mit ihm nach Wlitzyn zu reisen, um an Ort und Stelle die Sache eingehend zu untersuchen. Der Arzt ist aber dieser Aufforderung nicht nachgekommen, sondern hat eine Erholungsreise angetreten.

Die „maßgebende Stelle“ hat den „Lokal-Anzeiger“ falsch informiert. Wie in unserem gestrigen Artikel mitgeteilt ist, handelt es sich nicht nur um einen Fall — auch das wäre übrigens schon entsetzlich genug — sondern um eine Reihe von Fällen. Durchaus unrichtig ist es auch, daß der Berliner Arzt, der zugleich Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion ist, nach Untersuchung eines Falles und nach Berichterstattung hierüber von dem Deputierten für das städtische Fürsorgewesen unverzüglich aufgefordert sei, mit ihm nach Wlitzyn zu reisen, aber der Aufforderung nicht nachgekommen sei. Genosse Dr. Bernstein — um den es sich hier handelt — hat den Deputierten des städtischen Fürsorgewesens über den ihm bekannt gewordenen Fall eingehend informiert und es für das geratensie erklärt, an Ort und Stelle eine genaue Untersuchung vorzunehmen, sich auch zu der Reise nach Wlitzyn bereit erklärt. Das war vor sechs Wochen. Seitdem wartet Dr. Bernstein vergeblich! Er hat nicht, wie der „Lokal-Anzeiger“ behauptet, eine Erholungsreise angetreten, sondern sie eben wegen dieses Falles berufshoben. Es ist in der Tat ein starkes, den „Lokal-Anzeiger“ und seine Art kennzeichnendes Stück, daß er oder seine „maßgebende Stelle“ diesem Tatbestand gegenüber die Sachlage zu vertuschen sucht.

Die übrige bürgerliche Berliner Presse schweigt die Wlitzynner Vorfälle tot. — Will sie sie billigen, oder ist sie von der durch sie verbreiteten Noth so entsetzt, daß sie Worte der Mißbilligung noch nicht hat finden können?

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juli 1909.

### Die Berliner Bierpreiserhöhung.

Die Kritik des Geschäftsgewandens der Bierbrauereien, den Bierpreis um das Doppelte des neuen Steuerbetrages zu erhöhen, scheint doch nicht ganz ohne Einfluß geblieben zu sein, denn in einer gestern abgehaltenen Konferenz der Vertreter der größeren Bierbrauereien wurde von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, den Preis pro Hektoliter nur um 3 bis 4 M. hinauszusetzen. Das „Verl. Tagebl.“ weiß darüber zu berichten:

Es trat in der Versammlung eine vielsichtige Geneigtheit hervor, den Mindestpreis für den Hektoliter Bier auf 20 M. und gleichzeitig einen Normalpreis auf 21 M. zu normieren. Da der bisherige Mindestpreis der größeren Berliner Brauereien etwa 17 M. betrug, würde für diese Brauereien eine Erhöhung des Mindestpreises um etwa 3 M. vorgenommen werden. Für die mittleren und kleineren Brauereien, die auf Grund ihrer früheren geringeren Steuerföhe etwas niedrigere Mindestpreise als die Großbrauereien gehabt hatten, würde die Erhöhung der Mindestpreise etwa 3,50 bis 4 M. betragen. Doch ist zu berücksichtigen, daß die Differenz in den Steuerföhen der einzelnen Brauereikategorien nach dem neuen Brauereigesetz infolge der engeren Staffel fast zusammenschumpfen wird, so daß die mittleren und kleineren Brauereien infolge ihrer relativ stärkeren Steuerüberbelastung auch relativ weitgehendere Preis-erhöhungen nötig haben. Wie wir indes bereits erwähnt haben, bestehen in Kreisen der Großbrauereien Bedenken gegen eine Differenzierung der Mindestpreise je nach Größe und Erzeugung der Brauereien, da eine solche nach Ansicht jener Brauereien die ganze Abwägung unter Umständen gefährden könnte. Um aus dieser für die mittleren und kleineren Brauereien wenig günstigen Situation einen Ausweg zu finden, hat man den früher schon einmal abgelehnten Vorschlag, eine gewisse Ab-

regulierung unter den Berliner Brauereien vorzunehmen, wieder hervorgeholt, und es besteht jetzt seitens einer Anzahl von Großbrauereien größere Neigung, eine derartige — vielleicht nicht ganz treffend — als Kontingentierung des Absatzes bezeichnete Absatzregulierung in modifizierter Form den kleineren und weniger weitverbreiteten Brauereien zu fögieren. Zu Grunde lag den getragenen Verhandlungen ein von der Schullheiß-Brauerei auf Grund von Besprechungen mit anderen Brauereien ausgearbeiteter Entwurf, nach dem der Absatzregulierung die von den einzelnen Brauereien in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis zum 1. Juli 1909 abgesetzten Biermengen zu Grunde gelegt werden sollen. Es soll nun nicht eine Kontingentierung der einzelnen Brauereien nach festen Absatzquoten, sondern nach Prozenten des Gesamtabsatzes vorgenommen werden. Die Brauereien, die ihren Absatzprozentfuß überschreiten, sollen einen nach näher festzusetzenden Geldbetrag pro Hektoliter Mehrabsatz an die Gemeinschaft zahlen, während andererseits die Brauereien, die einen Minderabsatz zu verzeichnen haben, eine entsprechende Entschädigung erhalten.

Das wäre also der Biertrunk in aller Form! Die Vorbedingungen für die Gründung eines solchen Trunks hat der Schnapsblock dadurch geliefert, daß er in aller Eile zwischen der zweiten und dritten Lesung einen Antrag einführte, wonach neugegründete Brauereien eine um 50 Proz. höhere Steuer zu entrichten haben.

### Zentrums-Toleranz.

In Aachen findet zurzeit die Ausstellung der im dortigen Münster aufbewahrten „Heiligthümer“, das heißt allerlei alter Reliquien statt. Aus allen Ecken Deutschlands strömen deshalb „Heiligthumsfahrer“ nach der frommen Kaiserstadt; darunter, wie es sich ziemt, auch diese Zentrumsabgeordnete. So hatten sich am 20. d. M. in Aachen auch die Reichstagsabgeordneten Gerstenberger, zugleich Mitglied des bayerischen Landtages, Pöhl, Sittart, Aachen, Dr. Becker-Röhl, die Landtagsabgeordneten Dr. Kaufmann, Imbusch, Kaufener, Sauermann und Kohaus eingefunden. Am Vormittag beschäftigten sie sich mit der Besichtigung und Verehrung der verschiedenen Heiligthümer, während der Nachmittag durch ein fröhliches Mahl ausgefüllt wurde, das ihnen zu Ehren der Verein Constanzia veranstaltet hatte.

Bei diesem Mahl hielt nach dem Hoch auf den Papst, den Kaiser und das Zentrum — der Schnapsblock wurde vergessen — der Reichs- und Landtagsabgeordnete Gerstenberger eine fulminante Kulturkampfrede, wie denn überhaupt seit einiger Zeit das Zentrum wieder, um die Entzweiung mancher seiner Anhänger über seine Mitwirkung bei der neuesten Steuervermehrung abzulenken, in der Entschung von konfessionellem Fanatismus macht. Den Anlaß zu dieser Paule bot die „Verdächtigungs des heiligen katholischen Glaubens“ durch die Freidenker. Letztere hatten nämlich gemogt, zum Dienstagabend eine Versammlung in Aachen einzuberufen. Das ging den Aachener Zentrumsparteilern als Vertreter der Toleranz gegen den Strich. Sie rühten mit Sprengkolonnen in den Versammlungssaal und veranstalteten einen solchen Madau, daß die Versammlung aufgelöst wurde.

Diese Helment der Toleranz genügte jedoch den an der Heiligthumsfahrt teilnehmenden Zentrumsparteilern nicht. Die Sache ließ sich so schon zur Entschung des religiösen Fanatismus ausschlagen und so hielt denn Herr Gerstenberger nach dem Bericht der Aachener „Märk. Volksztg.“ folgende schöne Rede:

Wir haben uns nicht nur erfreut, wir haben uns auch erbaut an den schönen Kirchen, welche die Stadt hat, und an der Frömmigkeit, die sich auf Schritt und Tritt offenbart macht. Wir sind aber auch begeistert von der Begeisterung, die hier in Aachen in Ihrem Verein herrscht, von der Begeisterung, mit der Sie uns aufgenommen haben. Allen, besonders dem Verein Constanzia, daher herzlichsten Dank. Ich kann aber nicht verstehen, daß wir auch sehr enttäuscht waren über die Taktlosigkeit, mit der Sie in einer überwiegend katholischen Stadt unternehmen, die Reliquien zu beschimpfen, die allen Katholiken teuer sind. Mag der Glaube des einzelnen sein, wie er will, eine Taktlosigkeit besteht schon darin, wenn man einem den Glauben nehmen will, den Glauben, der keinem andern Schaden zufügt, zur Kunst, zu caritativen Werken, dem Kaiser und dem Reich zu dienen im Gottes Willen. Sie sehen aber auch daraus, was wir eigentlich im deutschen Vaterlande, selbst in einer so katholischen Stadt wie Aachen, uns bieten lassen müssen. Solche Erscheinungen sind nicht vereinigt. Auf allen Gebieten sind die Verhöhnungen gerade der katholischen Kirche an der Tagesordnung und der Kampf geht auf der ganzen Linie vor sich, der Kampf gegen den katholischen Glauben, gegen den positiven Glauben überhaupt. Herr Prälat Dr. Velleheim hat dargelegt, wie wichtig es ist, daß es große Parteien gibt, welche den Gedanken, daß die Politik in letzter Linie ihre Grundlauge hat in den Naturgeboten und in den Geboten Gottes, zu ihrer Richtlinie nehmen, welches Unglück es für unser Vaterland wäre, wenn solche Parteien ausgehalten würden aus dem öffentlichen Leben. Wenn ihr Einfluß auf die Gesetzgebung zurückgedrängt würde, dann würde das zur Herrschaft jener führen, deren Richtlinie das goldene Kalb ist. Das Zentrum hat den Kampf, der ihm aufgebrängt wurde, angenommen. Es war kein leichter Kampf. Vor 30 Jahren war der Kulturkampf. Man hat versucht, das katholische Volk aus seinem ureigensten Gebiete, in der katholischen Gesetzgebung, auszuschalten. Und jetzt, nach 30 Jahren, ein neuer Kampf hat sich entwickelt, der daraus ausging, das Zentrum im politischen Leben auszuschalten. Der tiefste Grund ist immer derselbe. Worin hat der ganze Kampf bestanden? Seit 20 Jahren hat der Evangelische Bund sich zusammengesetzt und darauf hingewirkt, die anderen Parteien zu vereinigen zu einem antikatholischen Block. Diesen Kampf haben wir zu führen gehabt, und wir haben glückselig gesiegt. Danach steht Herr Gerstenberger in der Durchführung der Finanzreform einen Sieg des Katholizismus über den Evangelischen Bund. Nicht abel!

### Das Zentrum zur Reichstagswahlwahl in Neustadt-Landau.

Die Stichwahlparole des Zentrums wird — so schreibt die „Kugzbürger Postzeitung“ — wohl auf Stichwahlenthaltung lauten; für einen Dr. Oehlert seien die ländlichen Wähler des Zentrums unter keinen Umständen zu haben.

Die Liberalen könnten das Mandat nur mit Händlerhilfe behaupten. Ob diese die Schmähdungen mit solcher Liebe vergelten, werde die Erfahrung lehren. Das Zentrum würde, — das sei sicher — eine Kandidatur Oehlert nicht unterstützen, aber auch die Sozialdemokraten nicht.

### Eine Stimme aus dem Zentrumsturm.

Man schreibt uns aus Baden: Das in seiner beachtenswerten Aufrichtigkeit seit einiger Zeit bekannt gewordene Zentrumsbüchlein in Laß (Baden), der „Anzeiger für Stadt und Land“, setzt sich in der Dienstagnummer mit dem führenden Organ der badischen Nationalliberalen auseinander. Der „Anzeiger“ meint, das Zentrum bestiehe den Wahlkampf in Baden erfolgreicher als die Nationalliberalen, fügt aber folgende Andeutungen über die momentane Stimmung im Zentrumsturm hinzu: Es soll nicht bestritten werden, daß manche Zentrumskräfte von der Reichsfinanzreform nicht begeistert sind und es lieber gesehen hätten, wenn das Zentrum die Erbschaftsteuer

statt der Bier- und Tabaksteuer angenommen hätte, allein die vernünftigsten Elemente lassen sich gerne belehren.

Diese Belehrung ist bisher in Baden von sehr schlimmen Folgen begleitet gewesen, namentlich in Gegenwart der christlichen Tabakarbeiter und Zentrumsbauern. Deshalb meint der „Anzeiger“, es sollten die in der Sommerfrische lustwandeln Reichstagsabgeordneten des Zentrums heimkehren, um die etwa herabfallenden Fiegel des Zentrumsturmes wieder zu beseitigen, das sei jetzt eine Zentrumspflicht:

„gegenüber dem Mißtrauen, das da und dort in seinen eigenen Reihen gegen die Haltung der Zentrumsfraction in Sachen der Reichsfinanzreform tatsächlich vorhanden ist — das totzuschweigen oder gar zu leugnen, wäre ein Fehler — (der Aufklärung gegenüber der Berührung) und am besten wird es sein, wenn die Herren Reichstagsabgeordneten nach einer kurzen Erholung selber diese Arbeit besorgen, soweit ihre Kraft und Zeit dies erlaubt.“

Wie wirksam diese Aufklärungsarbeit schon eingeseht hat, lehrt die Reichstagsnachwahl in Neustadt-Landau, wo sich die „vernünftigsten Elemente“ schon zu Tausenden vom Zentrum abgewandt haben.

Indessen ist es schwer für den Fernstehenden, sich einen Begriff davon zu machen, wie heftig der Unmut auch in ländlichen und Arbeiterkreisen über die schwarzen Verbündeten des Landjunkerns jetzt schon angewachsen ist, da doch erst die Streichholzsteuer ihre verderbliche Wirkung sichtbar macht. Die Pfaffen nehmen nun ihre Zuflucht zu religiösen Beschwörungen und sanitischen Verfluchungen der Sozialdemokratie. Es hilft nichts!

### Amtmann und Landrat als Wahlmacher.

Dieses in Preußen schier unerhörliche Kapitel erhält eine amüßante Bereicherung durch den untenstehenden Bescheid, den ein Landtagswähler im Wahlkreis Hagen-Schwelm auf seinen Einspruch gegen die Nichtigkeit der Wählerliste erhielt. Leider ist das Schriftstück erst jetzt, nach dem Tode des Wählers, einem Parteigenossen bekannt geworden. Es ist Hahlinghausen, 17. Oktober 1908 datiert, an den Glasmacher J. J. adressiert und lautet:

Ihr Einspruch gegen die Nichtigkeit der Urwählerliste von Hahlinghausen H. Bezirk ist zwar an und für sich unbegründet, weil Sie denselben verspätet und an unzuständiger Stelle eingebracht haben.

Um Sie jedoch in Ihren politischen Rechten nicht zu beeinträchtigen, lassen Sie nach Entscheidung des Hgl. Herrn Landrats zu Schwelm ausnahmsweise noch nachgetragen werden.

Indem ich Sie davon, daß dieses geschehen ist, in Kenntnis setze, spreche ich die Hoffnung aus, daß Sie durch diese weitgehende Rücksichtnahme des Hgl. Herrn Landrats sich bewegen finden werden, am Tage der Wahl Ihre Stimme einem besonders königstreuen und vaterlandsliebenden Wahlmanne zu geben.

v. Kster.

So der Herr Amtmann. Das Schriftstück spricht für sich selbst. Bemerkung mag nur werden, daß mit der „besonderen Königstreuen und vaterlandsliebenden Partei“ die Rationalliberalen gemeint sind, die bei der Wahl 1908 hofften, den Wahlkreis erreichen zu können.

### Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Schwelm, den 23. Juli. Seit fünf Jahren wird hier zum Gewerbekassafest ein Umzug veranstaltet, der immer gerne mitgeführt wurde. Der für 23. Juli stattfindende Umzug wurde jedoch gestern wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit versagt. Beschwerde an den Landrat ist eingelegt.

### Die Abwälzung der „Vesifsteuern“.

In der letzten Sitzung der Düsseldorf Stadterordnetenversammlung erklärte bei der Beratung des Finalabschlusses der Stadtkasse Oberbürgermeister Ratz, das neue Dividendensteuergesetz stelle eine direkte Belastung für die Städte dar. Die Hypothekendarstellungen hätten sich dahin schlüssig gemacht, diese Steuer als Verschöndung zu tragen. Die Städte könnten schon nicht anders handeln als Zweckmäßigkeitsgründen, sie müßten daher die Kosten auf die Stadtkasse übernehmen. Wenn jeder beim Ankauf städtischer Papiere fragen müsse: „Wann werden sie eingelöst“, und dann noch fragen müsse: „Laufen auch nicht die Dividendensteine im nächsten Jahre ab?“, so würde das eine ungeheure Erschwerung für den Absatz der Papiere ergeben. Er, der Oberbürgermeister, habe schon angeordnet, daß 25 000 M. in den Schuldentilgungsdet der Stadtkasse dafür eingesetzt werden. Mit einer solchen jährlichen Ausgabe werde die Stadt dauernd zu rechnen haben.

So sehen die „Vesifsteuern“ des Schnapsblocks aus; sie werden in diesem Falle, wie obige Ausführungen zeigen, nicht von den Dividendensteuereinzählern getragen, sondern von der Allgemeinheit der städtischen Steuerzahler, die dafür im Düsseldorf Halle jährlich 25 000 M. und vielleicht noch mehr aufbringen muß.

### Die Wachstergensteuer.

Je näher der Termin rückt, an welchem die vom Schnapsblock bewilligten Steuergesetze in Kraft treten sollen, desto deutlicher zeigt sich, mit welcher Lieberlichkeit und Oberflächlichkeit die Liberalen und Konserverativen ihre sogenannte Reichsfinanzreform zusammengestopelt haben. Ein weiteres Beispiel dafür liefert die Versteuerung der Wachstergesteuer. Sämtliche Vorräte an Landwaren bei Händlern, Wirten usw. unterliegen nach näheren Bestimmungen des Bundesrats bei Inkrafttreten des Gesetzes nach § 42 der Nachsteuer; ausgenommen sind nur angemessene Vorräte an Wachstergesteuer, die sich im Besitz von Straßenhändlern befinden. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes im Oktober verschwinden namentlich auch die durch Automaten verkauften Wachstergesteuer und Sturmhölzer von mehr als 7000 Bahnhöfen, denn der Gesetzgeber hat die zwei Schädlichen Wachstergesteuer, die der Automat heute für 10 Pf. abgibt, mit je 10 Pf. ab, mit 20 Pf. Steuer belegt. Eine Nachfrist, vorhandene unbesteuerter Bestände zu verkaufen, sieht der Gesetzgeber nur bei Straßenhändlern vor.

„Was soll nun“, so fragt die „Mün. Ztg.“, „mit all den Bündwaren, die sich im Oktober in den Automaten und bei den Automatenbesitzern befinden, geschehen? Der Automat arbeitet nur auf ein 10-Pfennigstück, kann also versteuerte Bündwaren nicht mehr verkaufen. Wie sieht es nun mit dem Handverkauf dieser Artikel aus? Schwerlich werden sich die Besitzer dieser Automatenware dazu verstehen, auf einen Artikel, der einen Handelswert von bisher 10 Pf. hatte, nachträglich 20 Pf. Steuer zu entrichten, das laufende Publikum aber dürfte einen dem Steuerzuschlag entsprechenden Preis nicht bezahlen. Es bleibt demnach nichts anderes übrig, als daß diese Waren, soweit ein Hausvorrat unversteuertes Bündwaren nicht gestattet ist, vernichtet werden. Der Gesetzgeber wird zweifelsohne derartige Schädigung eines Industriezweiges und der kleinen Gewerbetreibenden, die Bündwaren durch Automaten oder durch Handverkauf vertreiben, nicht beabsichtigt haben. Vielleicht ist es noch möglich, daß der Bundesrat durch Ausführungsbestimmungen diese unbedachtigte Härte mildert und den Verkauf der Vorräte steuerfrei gestattet, damit die kleinen Gewerbetreibenden und die Automatenindustrie vor so empfindlichem Schaden bewahrt werden. Dies um so mehr, als diese durch die hohe Zigaretten-, Zigarettens- und Bündwarensteuer in ihrem Gewerbe so wie so empfindlich beeinträchtigt werden, ganz abgesehen von der neuen preussischen Automatensteuer.“

## Niederliche Arbeit des Schnapsbloss.

Die von der Merikal-Konferenz polnischen Mehrheit des Reichstages geschaffenen Steuererlasse sind so unklar, daß sich kein Mensch in dem Sammelsurium von Bestimmungen zu recht findet und fortwährend in der Presse die widerspruchsvollsten Auslegungen auftauchen. Die Regierung fühlt sich deshalb gezwungen, eine Neuedition der meisten dieser Gesetze vorzunehmen. Offiziell wird darüber berichtet:

Man wird an den zuständigen behördlichen Stellen diese Arbeit sofort aufnehmen, die alten bestehengelassenen Bestimmungen mit den neuen zu einem Texte zusammenarbeiten und dann die ganzen Gesetze, wie sie sich hiernach ergeben, veröffentlichen. Dies wird der Fall sein einmal mit dem Tabaksteuererlasse, sodann mit dem Brausteuererlasse, ferner mit dem Wechselstempelgesetz und schließlich mit dem Reichsstempelgesetz. Bei der neuen Branntweinbesteuerung ist ein ähnliches Vorgehen nicht nötig, weil bei ihr das ganze Gesetz bereits umgearbeitet ist und eine fortlaufende Nummerfolge seiner Paragraphen aufweist. Beim Schaumweinsteuererlasse sind die Änderungen nicht so umfangreich, daß dadurch die Uebersichtlichkeit beeinträchtigt würde. Außerdem aber werden die im bereits veröffentlichten sogenannten Finanzgesetz enthaltenen Leuzmittel- und Zündwarenbesteuerungsvorschriften nochmals veröffentlicht werden. Der Reichszentralrat ist in dem genannten Gesetze ermächtigt, die darin enthaltenen Vorschriften über die Bestimmung der Besteuerungsmittel und der Zündwaren als besondere Gesetze mit dem Titel: „Leuzmittelsteuererlasse“ bzw. „Zündwarensteuererlasse“ mit Datum des Finanzgesetzes unter Vornahme der hierfür erforderlich werdenden Fassungsänderungen im Reichsgesetzblatt bekanntzugeben. Es ist sicher, daß der Reichszentralrat auch von dieser Ermächtigung Gebrauch machen wird, schon weil die besondere Veröffentlichung der beiden Gesetze ihre Anwendung und Handhabung bedeutend erleichtern wird.

Die Ankündigung erinnert an einen alten Witz. Ein Lehrling, der bei einem Meister untergebracht ist, der ständig Pfluscharbeit liefert und deshalb meist nach kurzem seine Erzeugnisse zur Reparatur zurückbringt, fragt seinen Herrn Prinzipal: „Meister, die Arbeit ist fertig; soll ich nicht gleich mit dem Ausbessern anfangen?“

Die Stichwahl für den Reichstagswahlkreis Neustadt-Landau ist auf Freitag, den 30. Juli, anberaumt. Bei der Festlegung des Termins haben die Liberalen Zutragerdienste geleistet, da der Freitag der ungünstigste Wahltag für die Arbeiter ist.

## Italien.

**Katholische Priester als Organisatoren der Feldarbeiter.**  
Rom, 20. Juli. (Sig. Ber.) Aus der Umgebung von Perugia wird dem „Corriere della Sera“ geschrieben, daß die dortigen Landgeistlichen in letzter Zeit eine sehr rege Agitation unter dem Landvolk betreiben, um dieses zum Widerstand gegen die Grundbesitzer aufzufordern. Im Mai dieses Jahres veröffentlichte die Priester der kleinen Ortschaften ein feuerrotes Manifest, in dem von Widerstand gegen die Uebergriffe der Kapitalisten die Rede war. Es scheint sich um ein paar junge Feuerköpfe zu handeln, denen die Tatsache des Massenkampfes zum Bewußtsein gekommen ist, und die die Arbeiter in diesem Kampfe zu unterstützen gewillt sind. Die Grundbesitzer haben dann auch trotz der geistlichen Führerschaft den wirtschaftlichen Kern der Bewegung erkannt und reagieren ihrerseits mit wirtschaftlichen Mitteln. Die Grundbesitzer haben aufgegeben, den Priestern die üblichen Regalien zu senden, haben ihre Weidwässer entlassen und ziehen zu den Festlichkeiten, die sie zu veranstalten pflegen, auswärtige Ordensbrüder statt der Ordensgeistlichen zu. Ferner haben sie an den Erzbischof von Perugia appelliert, aber ziemlich erfolglos, denn der hat die Geistlichen nur ermahnt, sich in der Form zu mähen. Jetzt ist die Sache auch vor den Papst gekommen, der augenblicklich durch einen Merikalen Propagandisten eine Enquete ausführen läßt, deren Resultat das sein wird, die Organisationsbestrebungen zu verwerfen, falls sie auf etwas anderes hinauslaufen, als auf die Schaffung von Streikvereinigungen.

## England.

### Der Zarenbesuch.

Zum Schluß seiner von uns bereits größtenteils wiedergegebenen Rede über auswärtige Politik polemisierte Sir Edward Grey noch gegen den Protest, den namens der Arbeiterpartei Henderson gegen den bevorstehenden Zarenbesuch erhoben hatte. Das Haus sollte begreifen, führte Grey aus, daß Henderson von uns verlangt, die Begrüßungshöflichkeiten, die von allen unseren Nachbarn in Europa geübt werden, zu unterlassen. Ich appelliere an den gesunden und praktischen Menschenverstand des Hauses und bitte die Mitglieder desselben, zu bedenken, daß der Kaiser von Rußland in der Geschichte unzweifelhaft als der Herrscher bezeichnet werden wird, unter dessen Regierung dem Lande die Konstitution gewährt wurde. Im Namen der Regierung erkläre ich, wir heißen den Kaiser willkommen als das Haupt einer Großmacht (Stürmische Protestrufe der Rationalisten und der Mitglieder der Arbeiterpartei), mit dessen Regierung und Volk wir in freundschaftlichen Beziehungen zu stehen wünschen. (Weißl.) Dillon (Rationalist) erklärte hierauf, der Deutsche Kaiser habe keine Furcht, in England zu landen und durch die Straßen Londons zu fahren. Er fordere Grey auf, den Kaiser von Rußland durch die Straßen von London zu führen, dann werde er sehen, welche Gefühle das englische Volk hege.

Der Antrag der Arbeiterpartei auf Kürzung des Budgets als Protest gegen den Besuch des Kaisers von Rußland wurde sodann mit 157 gegen 79 Stimmen abgelehnt. Die starke Minorität, die der Antrag gefunden hatte, wurde von der Arbeiterpartei mit lautem Beifall aufgenommen.

### Dhinga zum Tode verurteilt.

London, 23. Juli. Der indische Student Dhinga ist des Mordes an dem Obersten Curzon Whitt, verurteilt am 1. Juli d. J., schuldig befunden und zum Tode verurteilt worden. Nach der Urteilsverkündung erklärte Dhinga: Ich bin glücklich, die Ehre zu haben, für mein Vaterland zu sterben.

### Die indische Agitation.

London, 23. Juli. Arjur Horkley, der Herausgeber der bis vor kurzem hier erschienenen „Indian Sociologist“, ist wegen Veröffentlichung aufrührerischer Schmähschriften zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die fraglichen Artikel stammten aus der Feder eines in Paris lebenden indischen Agitators.

## Türkei.

### Die Verfassungsfeste.

Konstantinopel, 23. Juli. Aus Anlaß des heutigen Jahrestages der Einführung der Verfassung ist die Stadt festlich geschmückt. Der Festparade, die auf den Freiheitsbürgeln von Schiffen stattfand, wo die Grabstätten der bei dem letzten Aufstand gefallenen Soldaten sich befinden, wohnte der Sultan bei. Die Teilnahme von Seiten der Bevölkerung war außerordentlich groß. Das jungtürkische Komitee veranstaltet ein Dinner im Yıldız-Kloster. Ferner findet eine große Anzahl öffentlicher Festlichkeiten statt. Trotz geringer polizeilicher Vorkehrungen ist die Ordnung bisher nirgends gestört worden.

Aus Anlaß der morgigen Nationalfeier hat der Sultan eine Amnestie erlassen für alle an den Ereignissen vom 13. April beteiligten und bisher kriegsgerichtlich nicht verfolgten Personen. Ferner wurden fünf zum Tode verurteilte Personen, unter ihnen ein Armenier, begnadigt. Die Kriegsgerichte bleiben weiter bestehen.

### Die Kretofrage.

Konstantinopel, 23. Juli. In der Antwort auf die Kretofrage, die gestern Abend den Vorkämpfern der Schutzmächte übergeben wurde, erklärt die Pforte, daß sie die Versicherung der Mächte über die Wahrung der Hoheitsrechte des Sultans sowie der Rechte der Mohammedaner zur Kenntnis nehme, und spricht die Ueberzeugung aus, daß damit auch die Bürgerrechte der Mohammedaner gemeint seien. Die Pforte erklärt die einzige Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Fixierung einer Norm der Autonomie für die Insel, erklärt aber den heutigen Status quo für eine Verletzung der Souveränitätsrechte des Sultans und des Völkerrechts. Die Einmischung eines dritten Staates in die Verwaltung der Insel könne nicht mehr gebuldet werden. Nur wenn die Einmischung aufhöre, könne die Pforte in Verhandlungen über ein autonomes Regiment auf der Insel auf Grund ihrer Souveränitätsrechte eintreten.

## Amerika.

### Das deutsche Handelsabkommen.

Frankfurt a. M., 23. Juli. Wie der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ in Washington meldet, haben Präsident Taft und Staatssekretär Knox endgültig beschlossen, spätestens 10 Tage, nachdem der Tarif Gesetz geworden, das deutsche Handelsabkommen auf sechs Monate zu kündigen. Die Auffassung der Senatsmitglieder, die Aprilnote sei bereits eine Kündigung, ist damit zurückgewiesen, und der deutsche Handel kann sich auf die Fortdauer des gegenwärtigen Verhältnisses bis mindestens Anfang Februar verlassen.

## Südamerika.

### Neue Verhandlungen.

Washington, 22. Juli. Nach einer dem Staatsdepartement zugegangenen amtlichen Mitteilung sind Bolivien und Peru übereingekommen, direkte Verhandlungen miteinander ohne Einmischung einer anderen Nation zu eröffnen. Sie hoffen, eine Aenderung in dem Schiedspruch Argentiniens herbeizuführen, die alle Beteiligten befriedigt.

## Aus der Partei.

**Italien. „Das Haus der Sozialisten.“** Die italienischen Parteigenossen wollen eine Subskription eröffnen, es sollen 5000 Anteilscheine à 20 Lire — in Summa 100.000 Lire — ausgegeben werden. Für das Geld wollen die Genossen ein Terrain im Mittelpunkt Roms erwerben, um dort ein großes Gebäude zu errichten, das den Parteivorstand, den römischen Lokalvorstand, das Zentralorgan der Partei „Avanti“ (Rebaktion und Druckerei), eine Konsumgenossenschaft und die Abgeordneten, wenn sie in Rom sind, beherbergen soll.

**Gegen den Zaren.** In Italien wird die Propaganda gegen die Zarenreise von Tag zu Tag lebhafter. Mittwoch Abend hatten die beiden großen Agitationskomitees, die speziell zur Propaganda gegen die Reise eingesetzt sind, eine kombinierte Sitzung, in der sie sich zu einem Komitee verschmolzen. Man beschloß einen flammenden Aufruf zum Protest an das Volk Italiens zu erlassen und allen wirtschaftlichen und politischen Organisationen des Landes ein Zirkular zu überreichen, um die Bildung von Lokalkomitees und die Befestigung der Propaganda gegen Nicolaus zu erzielen. An das Internationale sozialistische Bureau zu Brüssel und an das Revolutionäre russische Komitee wurden Synpathetelegramme geschickt.

### Zum Mann an die Arbeiter Australiens.

Seit drei Monaten frellen die Bergarbeiter von Broken-Hill (Neu-Südwales), und die Schiedsgerichte zur Vermiedung gewerblicher Konflikte sind nicht in der Lage, die Unternehmung zu Konzessionen zu bewegen. Dieser Kampf zwischen Bergarbeitern und Minenbesitzern ist nun mit einer bisher in Australien unbekanntem und ungeahnten Erbitterung geführt worden. Es wurden Verhaftungen vorgenommen, Versammlungen verboten, Anklagen erhoben, gegen 5 Arbeiter gar wegen „Verdrönerung und Aufruhr“! Unter den Angeklagten befand sich auch Tom Mann, der — wie in der Arbeiter-Internationale bekannt ist — Anno 1900 nach Australien ausgewandert und seit dieser Zeit dort unermüdet für den Sozialismus wirkt. Wie die jüngsten aus Australien einlaufenden Zeitungen melden, ist Tom Mann von der gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen worden.

In seinem Vortrage („The Socialist“) bespricht er die Lehren des Kampfes der australischen Bergarbeiter: In Broken-Hill waren 40 Pros. der Arbeiter organisiert, aber es gab noch eine sogenannte „unpolitische Union“, die jeden Augenblick auf die Gelegenheit wartete, zu den Unternehmern überzugehen! Auch die Solidarität der nicht unmittelbaren am Streik beteiligten Arbeiterhöft lieh zu wünschen übrig, eine Erscheinung, die aufs Konto der „gewerblichen Schiedsgerichte“ zu setzen ist. Die Arbeiter sind durch diese Schiedsgerichte sowohl territorial wie beruflich dermaßen gesplittet, und sie haben durch die verschiedenen Einigungsämter und Schiedsgerichte derlei von einander abweichende und zum Teil auf viele Jahre laufende Vereinbarungen mit den Unternehmern getroffen, daß unter den jetzigen Umständen eine einheitliche Zusammenfassung und eine solidarische gemeinsame Aktion selbst innerhalb einer Berufsgruppe fast unmöglich gemacht ist.

Tom Mann kommt daher zu dem Schluß: das ganze gegenwärtige Vereinbarungs- und Schiedsgerichtswesen sei zu verwerfen und die Arbeiterschaft mühte sich aufzuraffen zum gewerkschaftlichen Kampf nach europäischen Mustern! Die australischen Arbeiter sollen ihre Gewerkschaften ausbauen, sie zentralisieren, zu großen Verbänden machen, die sich über ganz Australien erstrecken. Vor allem aber sollen sie ihre Angehörigen politisch auflären, sie zu Massenbewußtsein und zur Solidarität erziehen!

## Soziales.

### Nationalalcoholbewegung und internationale Handelspolitik.

Ob von der Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer ein Abgang des Alkoholgenusses in Deutschland zu erwarten ist, wie die Biere glauben, ist fraglich. Dagegen ist es richtig, daß infolge der Abstinenzbewegung, infolge der mannigfachen Belehrungen über die Schädlichkeit des Alkoholgenusses auch in Deutschland bereits eine relative Abnahme des Bierkonsums stattgefunden hat. Dieses Resultat wird wohl einst die wohlthätige Folge der Nationalalcoholbewegung in allen Ländern sein, während der Durchführung der völligen Abstinenz überall große Schwierigkeiten erwachsen. Sie ist auch unseres Erachtens weder nötig noch erreichbar. Die Abstinenzbewegung in Norwegen zeigt, daß auch die Handelsinteressen

des Landes den Versuch, durch gesetzliche Mittel den Alkoholgenuss zu unterbinden, entgegenstehen. In Norwegen ist bekanntlich die Abstinenzpartei sehr stark und hat einen großen Einfluss auf die Regierung und das Parlament. Bei den Wahlen im Jahre 1906 hatte das Programm der Abstinenzler einen Sieg infolge davongetragen, als sich 83 von den 123 neugewählten Storting-abgeordneten verpflichteten, die Reformbegehren der Abstinenzpartei ganz oder teilweise zu unterstützen. Die Abstinenzler hatten aber ihre Rechnung ohne Rücksicht auf die internationalen Handelsbeziehungen gemacht! Das Ziel der Abstinenzler war das völlige Verbot der Alkoholproduktion und des Alkoholanbaus, das natürlich in Skandinavien erreicht werden sollte. Durch hohe Abgaben auf Wein, Bier, Branntwein und durch Erhöhung resp. Unmöglichkeit des Handels mit Alkohol glaubten die Abstinenzler neben der Auslösung des Alkoholkonsums so einschränken zu können, daß sie bald zum völligen Verbot übergehen könnten. Nun hat aber Norwegen eine starke Ausfuhr nach den Wein- und Kognatproduzierenden Ländern. Seine Ausfuhr nach Frankreich, Spanien, Portugal und Italien hatte im Jahre 1907 insgesamt einen Wert von 22.094.000 Kronen, während die Einfuhr aus den genannten Ländern sich nur auf 2.308.400 Kronen belief, worunter der Wein und Branntwein eine sehr große Rolle spielte. Die Ausfuhr Norwegens nach diesen Ländern besteht hauptsächlich aus Holz, Holzwaren und Fischprodukten. Dazu kommen, wie wir einem Artikel von Dr. Johann Scharszenberg (Kristiania) in Nr. 8 der „Internationalen Monatschrift zur Erforschung des Alkoholkonsums und Bekämpfung der Trunksitten“ entnehmen, noch folgende Erwägungen: Norwegen hat eine sehr große öffentliche Schuld. Die Staatsschuld belief sich am 31. März 1908 auf 334.744.128 Kronen (143,64 Kronen auf den Einwohner); die Schuld der Gemeinden betrug im Jahre 1906 im ganzen 145.522.000 (62,70) Kronen. Nun hat Norwegen seine Anleihen in großem Umfang in Frankreich aufgenommen, weil das Geld dort in der letzten Zeit am billigsten gewesen ist. Bei einem Zollkrieg mit Frankreich, Spanien, Portugal und Italien, der infolge eines hohen Wein- und Branntweinzolles oder gar eines Verbotes des Alkoholanbaus eintreten würde, hätte daher Norwegen einen großen Teil seines auswärtigen Handels verloren und der französische Geldmarkt wäre ihm verschlossen worden. Die Schweden, so mußte deshalb nun auch Norwegen, auf Drängen Frankreichs, auf eine Erhöhung des Weinzolles und eine Bindung des Branntweinzolles einwilligen. Ohne einen hohen Zoll ist aber natürlich auch die Unterdrückung der einheimischen Alkoholproduktion zwecklos. Einem Verbot oder auch nur einer wesentlichen Schikanierung des Alkoholanbaus widersehen sich außerdem Frankreich und die anderen weinproduzierenden Länder. Norwegen kann daher, obwohl die Abstinenzler im Parlament die große Mehrheit haben und die Regierung auf ihrer Seite steht, keine gesetzliche Unterdrückung oder Einschränkung des Alkoholanbaus vornehmen, wenn es nicht seine materielle Existenz aufs Spiel setzen will, umso mehr, als es gegenwärtig zu großen Eisenbahnbauten Geld braucht, das es durch Anleihen in Frankreich aufnehmen will.

Dr. Scharzenberg, ein hervorragender Anhänger der Abstinenzbewegung in Norwegen, gesteht zu, daß sich die norwegischen Abstinenzler „vermutlich für längere Zeit auf die Agitation und die Aufklärungsarbeit beschränken müssen“. Für die Vorkämpfer der Abstinenz in allen Ländern aber, meint er, sei das Unglück Norwegens „ein neuer und lehrreicher Beweis für die unheimliche Macht des internationalen Alkoholkapitals“. Diese Ansicht des Verfechters absoluter Alkoholabstinenz schließt das Kind mit dem Bade aus. Der Mißbrauch des Alkoholgenusses ist es, der zu bekämpfen ist, nicht jeder Alkoholgenuss. Da können gesetzliche Verbote nichts nützen. Die Gesetzgebungskräfte hierfür in Bewegung zu setzen, ist verfehlt und drängt von dem dem Alkoholmißbrauch wirksam bekämpfenden Wege ab, durch Arbeiterschutzesetze, unbedingten Schutz des Koalitionsrechts und politische Freiheit dem Fiskusmißbrauch zu steuern. Aufklärung über die schädlichen Wirkungen des Alkoholmißbrauchs wirkt mehr als Predigt zu absoluter Abstinenz oder gar ein gesetzliches Verbot.

### Textilarbeiter in Rheinland-Westfalen.

Die Entwidlung der Textilindustrie in Rheinland-Westfalen bröckelt trotz der ungeahnten Verbesserungen der benutzten Arbeitsmaschinen und deren Leistungsfähigkeit auch noch in der Zahl der beschäftigten Arbeiter aus. Vom Jahre 1886 bis zum Jahre 1908 ein langsames, aber sicheres Aufsteigen der Arbeiterziffern, die sich von 92.323 im Jahre 1886 bis auf 145.690 im Jahre 1908 erhöht hatten. Da setzte die Krise ein und sofort sinkt die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 8588, also auf 142.102 zurück. Nach dem Bericht der Textil-Berufsgenossenschaft für diesen Bezirk hat sich dagegen die Zahl der verarbeiteten Betriebe noch etwas erhöht, sie ist um 23 gegen das Vorjahr gestiegen. Die Arbeiter haben also in erster Linie die Krise zu spüren. Dabei waren ihre Löhne nicht so hoch, um einen etwaigen Lohnausfall zu tragen. Nach dem Bericht ist die Lohnsumme pro Kopf der beschäftigten Arbeiter schon im Jahre 1908 gefallen. Im Jahre 1886 kam nach dieser Statistik auf den Kopf des Arbeiters ein Jahresverdienst von 707 M., im Jahre 1907 dagegen 690 M. Dieser an sich so niedrige Satz fiel aber im Jahre 1908 wieder auf 688 M. zurück. Die Arbeiterlöhne lassen also nichts von einem „wirtschaftlichen Aufschwung“ ahnen, der noch eine ungeheure Erhöhung der Lebensmittelpreise übertragen könnte.

Ob die christlichen Textilarbeiter diesen Umstand nicht auch endlich herausfinden und sich gegen ihre „Freunde“ vom Zentrum wehren?

Zur Anmeldung gelangten im Berichtsjahre 2280 Unfälle, wovon jedoch nur 430 entschädigt wurden. Davon waren 8 Unfälle mit tödlichem Ausgang. Nach Art der Verletzungen geschieden betrafen die Fälle: 175 Verletzungen von Kopf und Gesicht (Augen), 1285 von Armen und Händen, 438 von Weinen und Füßen und 189 Verletzungen anderer Körperteile.

Interessant ist auch eine Statistik der Folgen der Verletzungen. Bis 4 Wochen Erwerbsunfähigkeit hatten 1238 Unfälle, bis 13 Wochen 419 Fälle, mehr als 18 Wochen jedoch nur 67 ohne dauernde Folgen, und nur 430 Unfälle wurden als teilweise erwerbsbeschränkend entschädigt. Man sieht also hieraus wieder deutlich, welche Lasten die Krankenkassen den Berufsgenossenschaften abnehmen.

Die technischen Aufsichtsbeamten der Genossenschaft geben sehr vorsichtige Berichte über ihre Tätigkeit ab. Ja, sie finden für zahlreiche Mängel sogar noch folgende Entschuldigung:

„Bei der fortgeschreitenden Verwendung der Elektrizität als Kraftquelle ist es erklärlich, daß auch im Berichtsjahre an einer größeren Anzahl von Elektromotoren die Zahnräder und die Antriebsriemen nicht vorchriftsmäßig geschliffen waren.“

Auch die Mängel an den übrigen Maschinen werden ähnlich entschuldigt. Weiter heißt es: „Die Anbringung einer mechanisch wirkenden Sicherung der Einrückstange an Selbstspinnern heißt hauptsächlich in Baumwollspinnereien immer noch auf Widerstand, trotzdem in jedem Jahre durch unbeabsichtigtes Einsetzen der Maschine mehrfach Unfälle vorkamen.“ Diese Unfälle haben eben nicht die Fabrikanten, sondern die armen Arbeiter erlitten, die nach dem Bericht der Beamten auch die Hauptlast der Unfälle tragen. Gestagt wird, daß u. a. „die Arbeiterinnen die Haarabspinnung immer noch frei herabhängen lassen“. Die Verschärfung jugendlicher oder weiblicher Arbeiter an gefährlichen Maschinen oder mit gefährlichen Arbeiten fand sich nur selten vor.“ Alles, alles in bester Ordnung. Sind Verträge gegen die Verschärfungsvorschriften trotzdem vorgekommen, so haben eben die bösen Arbeiter die Schuld welche die Schutzvorrichtungen wieder „entfernen“, und leider „hält es jedoch schwer, die beantragte Vorfahrung der betreffenden Arbeiter durch die Krankenkassen wirklich zu erreichen.“ Bei dem bekannten Straffisken in dieser Branche ist diese Lage recht verständlich. Es ist sonach auch kein Wunder, daß die Beamten in der dem Reichsversicherungsamt gemachten Aufstellung über die Ursachen der Unfälle die Hauptschuld den Arbeitern beimessen. Die amtliche Unfallstatistik des Reichsversicherungsamts verliert infolge solcher auf einseitigen Angaben beruhenden Unterlagen, wie wir wiederholt betonten, außerordentlich an Wert.

# Gewerkschaftliches.

## Zwei Urteile.

Nach der Veröffentlichung der Lebius-Briefe im Januar d. J. hatten die gelben Vereine bekanntlich eine Versammlung nach den Germaniafällen in der Chausseestraße einberufen. Dort wollte Lebius versuchen, im Nebekampf mit Cohen das Odium von sich abzuwenden, mit dem er sich durch die Abfassung und Versendung jener Briefe in den Augen aller redlich denkenden Arbeiter bedeckt hatte. Die Lebius-Briefe hatten damals so bedeutendes Aufsehen in der Arbeiterkassen hervorgerufen, daß außer dem Häuflein der Gelben auch eine große Zahl klassenbewußter Arbeiter zu der Versammlung gingen. Sie wurden aber durch die von den gelben Häuptlingen herbeigerufene Polizei aus dem Saale getrieben und harrten dann bis zum Schluß der Versammlung auf der Straße aus. Als Lebius, nachdem die Versammlung beendet war, auf die Straße hinaustrat, trieb ihn die Angst zur schleunigen Flucht. Unter Bedeckung von zuverlässigen Unterhüuptlingen schlich der gelbe Oberhäuptling zum nächsten Halteplatz, warf sich in eine Autodroschke und raste davon. Zu der Bedeckungsmannschaft des Lebius gehörten auch die in der gelben Bewegung hervorragenden tätigen Herren Jeschke und Schönleucht. Beide begaben sich, nachdem sie ihren Herrn und Meister im Auto untergebracht hatten, nach dem Lokale des gelben Arbeiternachweises, Invalidenstraße 120. Von denen, die den Schluß der Versammlung abgewartet hatten, befanden sich noch viele auf der Straße. Durch diese Menschenmenge führte der Weg der Herren Jeschke und Schönleucht. Als die beiden am Hauort des Arbeiternachweises angekommen waren, drehte sich Jeschke plötzlich um, zog einen derben Gummiknäuel aus der Tasche und verfehlte dem Metallarbeiter Weizenberg, der sich in der Menge befand, mehrere wichtige Schläge über den Kopf. Nach dieser Heldentat verschwand Jeschke im Hause. Weizenberg suchte mit Hilfe eines Schutzmannes die Persönlichkeit des Knäuelhelden festzustellen; aber der hatte sich so verhalten, daß er nicht zu finden war. Erst nach zwei Stunden verließ Jeschke das Haus und nun gelang es, seine Persönlichkeit festzustellen.

Wegen dieser Affäre erhielt Jeschke eine auf Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs lautende Anklage, welche dieser Tage vor Gericht verhandelt wurde. Jeschke suchte zunächst Stimmung für sich zu machen, indem er den Richtern eine Geschichte erzählte von einem großen Aufruhr, den die Notizen an jenem Tage gegen die Gelben geplant hätten, daß er selber durch die roten Aufrührer bedroht worden sei usw. Im übrigen besteht Jeschke ganz entschieden, daß er Weizenberger, den das Gericht als Nebenkläger zuzieh, geschlagen habe. Doch das Zeugnis half dem „mutigen“ Knäuelhelden nicht. Durch fünf einwandfreie Zeugen wurde nachgewiesen, daß Jeschke und kein anderer die Schläge mit dem Gummiknäuel gegen Weizenberger geführt hatte, und zwar wurde ausdrücklich festgestellt, daß ihm der Mißhandelte nicht die geringste Veranlassung zu dem Ueberfall gegeben hatte.

Während der Staatsanwalt unter Zubilligung mildernder Umstände eine Geldstrafe von 100 M. beantragte, verwies Rechtsanwalt Roth als Verteidiger des Nebenklägers darauf, daß man einem Manne, der ohne jede Veranlassung einen anderen in so schwerer Weise mißhandelt und dann seine Tat dreist bestreitet, keine mildernden Umstände zubilligen könne.

Doch das Gericht hielt dem Angeklagten die Erregung, in der er sich befand, als Milderungsgrund zugute und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 80 M.

Eine recht gelinde Strafe. Hätte einer aus den Reihen der Notizen Herrn Jeschke oder einen anderen Gelben in solcher Weise mißhandelt, dann wäre er wohl nicht so glimpflich davon gekommen.

Daß deutsche Gerichte in ähnlichen Fällen in der Tat anders können, zeigt folgendes Urteil:

Wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen in Helmstedt, des Tischlers Rosenberg, wurde der Bauvorstand des Holzarbeiterverbandes, Genosse Bauer aus Magdeburg, vom Helmstedter Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Wir haben seinerzeit von den Heldentaten der Streikbrecher in Helmstedt ein anschauliches Bild gegeben, wie sie sich nachlässigerweise in den Straßen im Revolververstecken übten. Auch Rosenberg, der ebenfalls einen Revolver bei sich führte, hantelte in den Straßen der Stadt in der Nacht damit umher; er hat dabei einen Arbeiter angeschossen. Bauer soll ihn: „Berliner Louis, Lump und Streikbrecher“ genannt haben und zu mehreren Berliner Streikbrechern, darunter dem Revolverhelden, gesagt haben: „Wie lange habt Ihr schon wegen Zufälligkeit abgemacht, Ihr Streikbrecher?“ Selbst der Vertreter des Rosenberg, Rechtsanwalt Dedeckind — die übrigen Arbeitswilligen haben gar keine Klage angestrengt — erklärte den Ausdruck „Streikbrecher“ in der Zeit des Konflikt als durchaus erklärlich, weshalb er darauf keinen Wert lege.

Trotzdem kam das Gericht zur Verhängung einer so hohen Strafe. Zieht man in Erwägung, wie die Bevölkering und besonders die Streikenden durch das provokatorische Auftreten der Revolverhelden gereizt wurden, so wird man es auch verstehen, daß der sonst so besonnene Genosse Bauer sich in der Erregung zu solchen Ausfahrungen hinreißen ließ. Sollte das bei der Abmessung des Urteils nicht berücksichtigt worden sein?

Wegen Körperverletzung 80 M. Geldstrafe, wegen einiger Beleidigungen drei Wochen Gefängnis! Aber die Leute, die beide Urteile fällten, glauben nicht an eine Massenjustiz.

## Berlin und Umgegend.

### Tabakarbeiter, zieht den Schmachstricken an!

Die Berliner Zigarettenfabrik Gustav Kaphum, die in Berlin viele hochfein eingerichtete Väden für die Detailhandlung hat, erklärte ihren Heimarbeitern an den letzten Ablieferungsstagen, daß sie in circa 14 Tagen infolge der Tabaksteuererhöhung entlassen würden, und daß sie ferner sämtliches noch vorhandene Rohmaterial abliefern müßten.

Das gilt als Beweis dafür, daß sich die Wirkung dieser Steuererhöhung genau in der Weise vollzieht, wie die Organisation der Tabakarbeiter es im voraus sagte. Die Organisation weiß dies aus den Wirkungen der Erhöhung des Tabakzollens vom Jahre 1879 noch sehr genau; wurden doch damals mit einem Schläge 15 000 Tabakarbeiter brotlos.

Die Firma Kaphum beschäftigt in Berlin circa 180 Heimarbeiter; außerdem unterhält sie in Pommern eine größere Fabrik.

Die Hartgummiarbeiter, eine Branche, die vorwiegend Bedarfartikel für die elektrische Industrie anfertigt, stehen vor einer Lohnbewegung. Für die Branche besteht seit 1906 ein Tarifvertrag, der vom 1. Oktober dieses Jahres wieder ein Jahr weiter laufen würde, falls er nicht sechs Wochen vorher gekündigt werden sollte. Mit der Frage, ob der Tarif gekündigt werden soll oder

nicht, beschäftigte sich am Donnerstag eine vom Deutschen Metallarbeiterverbande einberufene Versammlung der Hartgummiarbeiter. Allgemeine Uebereinstimmung herrschte darin, daß eine Aufbesserung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wünschenswert und notwendig sei. Besonders wurde die Forderung vertreten, daß eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und eine Erhöhung der Mindestlöhne, welche 35 bis 50 Pf. pro Stunde betragen, durchaus berechtigt sei. Die Versammlung beauftragte die Verbandsleitung, noch vor dem Fälligkeitstermin (15. August) mit den Arbeitgebern Verhandlungen über eine Verbesserung des Tariffs anzubahnen. Sollten die Arbeitgeber die Verhandlungen ablehnen, oder bis zum 2. August noch keine Antwort erteilt haben, dann soll wieder eine Versammlung der Hartgummiarbeiter stattfinden, um über die weiteren Maßnahmen Beschluß zu fassen.

**Achtung, Bauhandwerker!** Wir ersuchen alle Bauhandwerker, darauf Obacht zu geben, daß nur mit der Berechtigungs-Latte versehene Stäker zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die Karte ist rot und mit dem Stempel des Verbandes der bau-gewerblichen Hilfsarbeiter versehen.

Bevilligt haben folgende Unternehmer: Anders, G., Albbener Str. 10; Arold, Th., Kremmerer Str. 7; Barck, J., Charlottenburg, Habelstraße 2; Barck, A., Cotheniusstraße 15; Berke, P., Büdlerstraße 4; Chemidowski, Schönhauser Allee 177b; Däbelow, A., Lydener Str. 16 a; Fischer, F., Pantow, Floraftr. 21; Ernst, L., Anst. 32; Kiborg, Krumme Str. 62; Schmolz, Sieben-walder Str. 18 a; Stofinski, Poststr. 15; Lorenz, Niddorf, Schiller-promenade 81; Wiege, W., Stettiner Str. 21; Widmann, A., Pantow, Udemarstr. 177; Wärenstrach, W., Reinickendorf, Herbfstr. 18; Richter, Uderigstr. 7 a; Schneider, Charlottenburg, Pleisterei Str. 3; Herbst, F., Damburger Str. 39; Böhm, P., Nieder-Schöne-weide, Bräger Str. 7; Böhm, A., Ober-Schöne-weide, Westendstr. 27; Mäge, C., Steglitz, Holzsteinische Straße; Smolny, W., Finowstraße 6; Scham-weberstraße; Kömmer, Steglitz, Zimmermannstr. 14; Schöne, R., Wilmersdorf, Badensche Str. 18; Feiertag, A., Pfuelstr. 2; Gutschmidt, R., Albrechtstr. 53; Juch, W., Romintener Str. 52; Köf-ling, P., Gräßstr. 51; For, V., Vornholmer Str. 83; Dehler, W., Kopernikusstr. 10; Schläpfer, A., Romintener Str. 32; Köppling, A., Stolpische Str. 30/31, und Kowitz, A., Spandau, Amalienhofstr. 5.

Geperre Firmen: Albusch, Habelbergerstraße 1; Buschke, R., Heidenfeldstr. 8; Weimann, Heidenfeldstr. 10; Schneider, A., Steglitz, Reichstr. 15; Wolter, Jeldendorfer, Schönower Str. 3; Wiege, F., Spandau, Meier Str. 12; Walter, Niddorf, Richardplatz 1.

Der Kampf gegen das Subunternehmertum im Fliesenlegerberuf, über dessen Einleitung wir berichtet, hat bereits infolge von Arbeitsniederlegungen und Sperren einige bemerkenswerte Erfolge erzielt. Es ist gelungen, die für die beiden Firmen Gebrüder Vogel und Schmalisch u. Below tätig gewesenen Subunternehmer auszuschalten. Zwischen den beiden Firmen und den Vertretern der drei beteiligten Organisationen sind übereinstimmende Verträge abgeschlossen worden, die im wesentlichen folgendes vorsehen: Die Bestimmung des bestehenden Tarifvertrages von 1908 über die Entschädigung von Fahrgeltern, Fahrzeit und Laufzeit soll auch bei Akkordarbeit Anwendung finden. Der im Tarifvertrag vorgesehene Akkordtarif soll in Zukunft auf allen Neubauten in Anwendung gebracht werden. Lohnarbeiten können nach vorheriger Vereinbarung mit den Arbeitnehmern ausgeführt werden. Für die zurzeit begonnenen Bauten bleibt es den Kontrahenten überlassen, nach bestem Ermessen den Akkordtarif oder den Lohnstarif in Anwendung zu bringen. Gemäß Absatz 25 des Tarifvertrages wird bei Akkordarbeitern am Sonnabend jeder Woche auf die geleistete Arbeit eine Abschlagszahlung in Höhe der geleisteten Stunden gezahlt. — Die Firma erklärt, in ihrem Betriebe während der Dauer des zurzeit bestehenden Tarifvertrages sogenannte Zwischenmeister, die bei der Firma bisher beschäftigt waren, in Zukunft als Zwischenmeister, Betriebsmeister oder Fliesenleger nicht mehr zu beschäftigen. Maßregelungen dürfen nicht eintreten. — Ferner sehen die Verträge eine Schlichtungskommission vor.

Diese Spezialverträge unterlagen der Zustimmung einer öffentlichen Fliesenleger- und Hilfsarbeiter-versammlung, die am Donnerstag im „Neuen Klubhaus“ tagt und wo Waldheim über den Gang der Bewegung Bericht erstattete. Die Versammlung sanktionierte die Verträge einstimmig.

Eine Reihe von Sperren bestehen noch und es dürften in nächster Zeit neue hinzukommen. Sie werden im „Vorwärts“ bekanntgegeben. Die Versammlung diskutierte über die wirksame Durchföhrung der Sperren. Ihre Beachtung wurde von verschiedenen Rednern als moralische Pflicht bezeichnet. Man hofft, auf dem eingeschlagenen Wege zu neuen Erfolgen im Kampfe gegen das Subunternehmertum zu kommen. Es sind alle Aus-sichten vorhanden. Zur Förderung des Kampfes wurde beschlossen, daß Ueberstunden von jetzt ab zu verbieten seien. — Die Zentral-geschäftsstelle der beteiligten Organisationen befindet sich jetzt Berlin W. 30, Knyphauserstraße 26; Telefon VI, 1398 (Folger). Für die Dauer der Bewegung ist die Zentralgeschäftsstelle auch Meldestelle für alle Arbeitslosen, gleich welcher Organisation sie angehören.

## Deutsches Reich.

Die von der Firma Nichte u. Sachs in Schweinfurt gemach-regelten Arbeiter sind auf die schwarze Liste gesetzt und wir sehen uns veranlaßt, über sämtliche Betriebe der Metall-industrie in Schweinfurt die Sperre zu verhängen. — Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Schweinfurt.

### Zum Kampf der Maschinen- und Feizer auf dem Rheinstrom.

Die Reihen der von auswärts herbeigezogenen Arbeitswilligen lüchten sich immer mehr. Die Leute sehen ein, daß sie von den Agenten getäuscht worden sind. Die versprochenen außerordentlich hohe Bezahlung erhalten sie nicht und die schwere ungewohnte Arbeit erschöpft die Leute bis zur völligen Erschlaffung, wozu die Sonne, die ihre sengenden Strahlen nicht nur auf Gerechte und Ungerechte, sondern auch auf die Streikbrecher herabsendet, ein übriges tut. Sind dann die so schwer Getäuschten gezwungen, die Arbeit wieder aufzugeben, so veruchen die Kapitäne, sie durch Ueberredung an Bord zu halten. Vielfach wird ihnen auch der verdiente Lohn vorenthalten.

Die Ausständigen sind unter diesen Umständen guten Rats und denken den Kampf, wenn es notwendig werden sollte, noch auf Wochen hinaus zu führen.

### Sieg der Holzarbeiter in Nürnberg.

Eine vernichtende Niederlage hat der Raubardtsche Arbeitgeber-schutzverband in Nürnberg erlitten. Die Forderungen der Tischler wurden in vollem Umfange bewilligt. Die Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von sofort 3 Pf. und am 1. April 1910 1 Pf. Am 1. April 1911 wird die 53stündige wöchentliche Arbeitszeit mit Lohnausgleich eingeföhrt. Der Mindestlohn wird sofort auf 46, am 1. April 1910 auf 47 und ab 1. April 1911 auf 48 Pf. erhöht. Den in Tischlereien beschäftigten Arbeitern, welche im Vertrags-gebiet ihre Arbeitsstelle wechseln, wird der in der neuen Werkstelle übliche Lohn für ältere Arbeiter gezahlt, falls sie vorher den Min-destlohn verdient haben. Für Arbeiten im Bau wird ein Aufschlag von 5 Pf. pro Stunde bezahlt. Für Montagen im Vorortverkehr werden 2, im Fernverkehr 3 M. Aufschlag täglich vergöhrt. Akkord-arbeit darf nur ausgeöhrt werden, wenn die Schlichtungskom-mission die Preise vorher festgelegt hat. Der abgeschlossene Ver-trag hat Geltung bis zum 17. Februar 1912.

Die heiderseitigen Versammlungen haben bereits zugestimmt und ist die Aufnahme der Arbeit in einer Reihe von Betrieben

bereits erfolgt, in den weiteren Wöchen dieses in den nächsten Tagen geschehen. Damit hat nach elfwöchentlicher Dauer ein Kampf seinen Abschluß gefunden, mit dem der Deutsche Holzarbeiterverband sich sehen lassen kann.

Bekanntlich hatten die Tischler Nürnbergs kurz vor dem 1. Mai den Arbeitgebern Forderungen unterbreitet, und zwar wünschte man eine Lohnerhöhung von 5 Pf. innerhalb der Vertragsdauer und Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden. In den Verhandlungen lehnten die Arbeitgeber jedes Zugeständnis ab, ver-langten aber den Abschluß eines Vertrages bis zum 12. Februar 1911. Als die Tischler es sich nicht nehmen ließen, in gewohnter Weise den 1. Mai zu feiern, wurden die Verhandlungen von den Unternehmern abgetrohen und die Arbeiter auf eine Woche aus-gespart. Als die Aussperrensfrist vorüber, beschlossen die Tischler, nicht früher zur Arbeit zurückzukehren, bis die gestellten Forderungen bewilligt wurden. Wiederholte Verhandlungen ver-liefen resultatlos und scheiterten meistens daran, daß die Arbeiter sich weigerten, den von den Unternehmern gewünschten Ablaufs-termin des Vertrages anzuerkennen. Man versuchte nun, eine Aus-spernung in großem Maßstabe durchzuführen. Insbesondere sollten die Arbeiter in Fürth wie im übrigen Bayern und in Südwest-deutschland hinausgeworfen werden. Noch vor 8 Tagen drohte Herr Raubardt mit „weiteren Konsequenzen“. Man gab sich auch alle erdenkliche Mühe, die Ausspernung fertig zu bringen. Insbesondere Herr Dr. Reiner-Mannheim, der Vorsitzende des südwest-deutschen Verbandes der Holzindustriellen, hat nichts unversucht gelassen, seine Mitglieder zu dieser törichtigen Maßnahme zu ver-anlassen. — Dafür werden ihm die Holzarbeiter danken — aber die Unternehmer in Fürth und Südwestdeutschland wußten, was ihnen bevorstand und ließen darum die Finger von der Geschichte! — Als alle Drohungen nicht verfingen, wurden von den Unternehmern neue Verhandlungen angebahnt, welche dann am 17. Juli das oben mitgeteilte Resultat zeitigten. Die Unternehmer haben in bezug auf Lohnsicherung usw. mehr bewilligen müssen, als die Ar-beitervertreter vor einer Reihe Wochen als annehmbar akzeptierten. Der Schutzverband mußte aber die gestellten Bedingungen an-erkennen, wenn er seine Organisation in Nürnberg retten wollte. Viel wird davon ohnehin nicht übrig bleiben. Bemerkenswert mag noch, daß — ausgebrochen in der ersten Woche des Kampfes — Herr Rechtsrat Wagner, der Gewerbegerichtsvorsitzende, seine Vermittlung anbot.

Die Polizei hat sich — wie sich das gehört — bei dem Kampf anständig verhalten, zum Leidwesen der Scharfmacher. Dagegen wurden in den letzten Tagen Gefangene als Arbeitswillige verwandt. Darüber wird im Landtage noch zu reden sein. — Ob Herr Raubardt nach neuen Lorbeeren verlangt?

## Ausland.

### Rufgeschoben oder aufgehoben?

Die schottischen Kohlenbergwerksbesitzer und die Grubenarbeiter sind übereingekommen, die Lohnsitzungen und den Ausstand, die am 26. d. M. erfolgen sollten, um eine Woche zu verschieben zur Weiter-föhrung der Verhandlungen.

## Versammlungen.

### Im 6. Wahlkreis

fanden am Dienstag 12 Versammlungen statt, in denen die Genossen die Delegiertenwahlen zur Verbandsgeneralsversammlung vornahmen, und in denen teils Stadtverordnete, teils andere Genossen Vorträge hielten. Offenbar scheint die Polizei von einem Spöbel dupiert worden zu sein, der ihr vor weiß welche Räuber-geschichten aufgetischt hat, denn in der Malletstraße, in der Um-gegend der Parusstraße, hatte man ein ungewöhnlich großes Polizeiaufgebot stationiert. In der den Parusstraße vis-à-vis gelegenen Sendlerschen Fabrik war eine fliegende Polizeitruppe er-richtet, wo die Verititen mit Schutzeuten zu Fuß der Dinge harrten, die da kommen sollten, aber nicht kamen. In die Wahl-vereinsversammlung war von „hinten herum“ ein Kriminalbeamter hereingekommen, der sich zunächst als „Freund des Büffetier“ bezeichnete, aber doch erkannt und hinausbefördert wurde.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Rundgebungen gegen den König.

Paris, 23. Juli. (B. L. W.) Der „Agence Havas“ wird aus Madrid über San Sebastian gemeldet, daß die Rundgebungen, die sich aus Anlaß der Abfertigung von Reservetruppen nach Melilla ereigneten, sehr heftigen Charakter trugen. Am 21. und 22. Juli habe König Alfons mehrere Kasernen besucht und sei dort Gegen-stand wenig freundlicher Rundgebungen gewesen. Drei Kompanien Jäger, so wird weiter gemeldet, hätten versucht, zu meutern und hätten ihre Vorgesetzten bedroht. Am 21. Juli abends kam es im Augenblick der Abfahrt des Reservierzuges zu sehr heftigen Auf-tritten. Die Menge drang in den Bahnhof ein und warf Schwellen auf die Schienen. Die Polizei erwies sich als machtlos. Bürger-garden erst machten die Schienenwege mit Kolbenschlägen frei. Es wird sehr strenge Penfüt geübt; man läßt nur wenige Telegramme durch, und auch der Telefonverkehr wird unterdrückt. Sozialistische Versammlungen sind untersagt und die Zeitungen werden streng überwachet. Nach einer aus Melilla auf brieflichem Wege ein-gegangenen Meldung soll General Marina telegraphisch haben, er brauche 40 000 Mann. Der Platz könne den Mauren, die durch das defensiv Verhalten der Spanier ermuthigt würden, nicht mehr lange widerstehen.

### Der Schutzoll-Anlegen.

London, 23. Juli. (B. L. W.) In einer Versammlung von Kaufleuten der City hielt heute Premierminister Asquith eine Rede über das Budget, in der er unter anderem sagte, er wisse nicht, was die Freunde des Schutzolls über ihre jetzigen Ansichten dächten, er wisse aber darauf hin, daß zwei große Länder, Eng-lands größte Rivalen auf dem Gebiete des Handels, gegenwärtig einen Zolltarif auf Fabrikate erprobten. Ein voll entwickelter auf wissenschaftlicher Grundlage bearbeiteter Tarif sei zwei Jahre lang in Deutschland in Wirksamkeit gewesen, und Deutschlands Defizit sei viel größer als das englische und habe schon den Sturz eines der mächtigsten Staatsmänner Europas verursacht. Die Deutschen sähen mit einem gewissen Aerger nach einem Mittel aus, um die richtige, trotz des wissenschaftlichen Tariffs bestehende Lücke aus-zufüllen. Asquith sprach sodann über die Revision des ameri-kanischen Zolltarifs, den amerikanische Männer selbst als einen Triumph der Sonderinteressen über die Interessen der Allgemein-heit ansehen, und sagte, er wolle nicht geringfügig noch selbst-gefällig über Schwierigkeiten der Nachbarländer sprechen, aber da der Generaltarif als Heilmittel für die fiskalischen Schwierig-keiten Englands empfohlen worden sei, so glaube er berechtigt zu sein, auf die Erfahrungen hinzuweisen, die Englands Nachbarn mit ihrem Zolltarif gemacht hätten. Dafür, daß England im Be-griffe sei, sich zur Annahme des Zolltarifs zu bekennen, sehe er kein Anzeichen.

### Die Cholera.

Petersburg, 23. Juli. (B. L. W.) Seit gestern sind 71 Neu-erkrankungen und 25 Todesfälle an Cholera vorgekommen. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 797.

Zur neuen Bundesrats-Verordnung betreffend die Thomaschlackenmühlen und -Läger.

Die von uns sofort nach ihrem Erlass inhaltlich wiedergegebene neue Bundesratsverordnung vom 3. Juli dieses Jahres über Einrichtung und Betrieb von Thomaschlackenmühlen und -Lägern zeigt einige Verbesserungen. Neben diesen sind aber Änderungen getroffen, die weit mehr als Verschlechterungen oder Vertuschungen zu bezeichnen sein möchten. Die wesentlichste Verbesserung ist die Ausdehnung des Verbots der Beschäftigung weiblicher Arbeiter und jugendlicher männlicher Arbeiter von solchen unter 16 Jahren auf alle im Alter unter 18 Jahren in Thomaschlackenmühlen und Schlackenmehlslagern sowie beim Ausklappen der zum Einfüllen von Thomaschlackemehl gebrauchten Säcke. Zu begrüßen ist auch die Erweiterung der Vorschriften über Sadegelegenheit für die Arbeiter innerhalb der Betriebsanlagen: die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Arbeiter zum täglichen Waschen vor dem Verlassen der Betriebsanlage, statt wie bisher wöchentlich, anzuhalten, wobei die Sadeeinrichtungen im Winter mit warmem Wasser zu versehen sind.

Auch die Bestimmung, daß mit Thomaschlackemehl gefüllte Säcke, um Unfälle zu verhüten, nur unter Aufsicht sachkundiger Personen oder von sachkundigen Personen zu stapeln ausgebaut werden dürfen, daß diese Stapel nicht höher als zu fünf Säcken übereinander aufgerichtet werden dürfen, daß das Abtragen der Säcke auch nur unter sachkundiger Aufsicht oder von sachkundiger Hand von oben herab und nicht durch Herausziehen von Säcken aus unteren Lagen geschehen darf — ist als eine Verbesserung anzuspüren. Diese Verbesserung ist wohl durch den Aufsichtsbeamten des Bezirks Danzig veranlaßt worden, weil im vorigen Jahre in einem Thomaschlackemehlslager in diesem Bezirke ein Arbeiter bei nicht sachgemäßem Abtragen eines Sackstapels tödlich verunglückte.

Auch einen anderen von demselben Aufsichtsbeamten hervorgerufenen Mangel hat die neue Bundesratsverordnung berücksichtigt. Dieser Beamte hatte bemerkt, daß beim Entladen eines mit Thomaschlackemehl in Säcken beladenen Schiffes im Hafen von Danzig die damit beschäftigten Arbeiter in eine dicke Staubwolke gehüllt waren, und fand dann bei näherer Beschäftigung der Säcke, daß diese in keinem Falle der im § 9 Abs. 1 der Bekanntmachung vom 25. April 1899, die im gleichen Wortlaut in die neue Bekanntmachung vom 3. Juli er. übergegangen ist, verlangten Beschaffenheit in Dichtigkeit und Festigkeit entsprachen, und daß die dadurch verursachte übermäßige Staubbildung nur wegen des befähigten Beschlusses der Hafenarbeiter keine größeren Gesundheitschädigungen dieser Arbeiter zur Folge hatte. Doch sei es dringend nötig, die in der Rheinprovinz wohnenden Fabrikanten strenger zur Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen in betreff der Beschaffenheit der Säcke anzuhalten. Nach der neuen Verordnung ist die Benutzung geringwertiger, staubdurchlassender Säcke, die nach der Verordnung vom 25. April 1899 noch mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde verwendet werden durften, allgemein verboten. Jedoch ist in der neuen Verordnung vom 3. Juli er. die Weiterbenutzung auch schwächerer, bereits zugelassener Säcke bis zum 1. Januar 1910 gestattet. Es heißt im letzten Satz dieser Verordnung: „Säcke zum Transport mit Thomaschlackemehl können, auch wenn sie nicht den Vorschriften des § 9 Absatz 1 entsprechen, noch bis zum 1. Januar 1910 verwendet werden.“ Zweckmäßiger wäre es gewesen, diese Uebergangsvorschrift überhaupt zu streichen. Die Fassung des zitierten Absatzes: „noch bis zum 1. Januar 1910“ läßt erkennen, daß nicht etwa allgemein schwächerer Säcke zugelassen werden sollen — das wäre eine erhebliche Verschlechterung —, sondern nur in den bereits bei Erlass der Verordnung genehmigten Fällen.

Eine Verschlechterung der Arbeiterschutzbestimmungen enthält unseres Erachtens § 11 Abs. 2. Die Verordnung vom 25. April 1899 schrieb vor, daß die Beseitigung des Staubes aus den Arbeits- und Lagerräumen vor Beginn jeder Arbeitstätigkeit auf feuchtem Wege zu erfolgen habe, um eine starke Staubbildung zu verhüten. Die neue Verordnung gestattet auch die Reinigung auf trockenem Wege und verlangt nur, daß die ausführenden Arbeiter dabei Nase und Mund entweder mit einem Respirator oder einem feuchten Schwamm, Tuch oder dergleichen vor dem dabei entstehenden Staube schützen. Das ist ungenügend. Es ist häufig festgestellt, daß das angestrenzte Arbeiten mit solchem Respirator, feuchtem Schwamm oder dergleichen für die Arbeiter

halb äußerst lästig und beängstigend wird, und daß sie sich dann häufig gerade im ärgsten Staube nicht anders vor Stidanfällen zu helfen wissen, als daß sie die Schutzvorrichtung schnell lösen. Auch sind es nicht nur die unmittelbar mit der Reinigung beschäftigten Arbeiter, die durch den bei der Reinigung aufgewirbelten Staub dann leiden, sondern ebenso auch andere in geringerer Entfernung beschäftigte Arbeiter. Das beweisen die häufigen Erkrankungen an schwerer Lungenentzündung von Hofarbeitern und Schlackenfahrern. Die Respiratoren usw. sind daher ein ungenügenderer Schutz gegen den gefährlichen Schlackenstaub als die Reinigung auf feuchtem Wege, wenn auch diese nicht ohne Unannehmlichkeiten ist. Aber unsere Technik hat seit einiger Zeit so ausgezeichnete und sicher funktionierende Apparate hergestellt, die die Entfernung von Staub ohne jede Belästigung der Menschen durch Auffangen besorgen. Mit solchen Vakuumreinigungs- und Saugluftapparaten, die in manchen „herrschaftlichen Säufen“ zum Reinigen der Teppiche, Treppenhäuser usw. zur Zufriedenheit der Bewohner benutzt werden, können auch die Arbeiter in den Thomaschlackenmühlen und -Lägern vor dem sehr viel gefährlicheren Schlackenstaube geschützt werden. Praktische und bewährte Neuerungen sollen doch nicht nur Personen zugute kommen, die in wohlhabender Lage sind, sondern vor allem den unter weit schlimmerem Staube Leidenden, zumal die Preise für diese Apparate durchaus nicht unerträglich sind. — Noch sicherer wäre ja die Verfeinerung und Wählung der Thomaschlacke auf nassem Wege, die jede Staubbildung überhaupt ausschließt und die von Waghiesius und anderen vorgeschlagen wurde, auch kurze Zeit zur allgemeinen Zufriedenheit der Arbeiter in der Ruhrorter Schlackenmühle eingeführt, dann aber wohl wegen der größeren Kosten wieder aufgegeben worden ist.

Eine weitere Neuerung der Verordnung vom 3. Juli er. will der nicht zu bestreitenden Verschärfung der Gefährlichkeit des Schlackenstaubes durch Alkoholgenuß entgegenstehen. Zwar enthält auch schon die Verordnung vom 25. April 1897 die Bestimmung, daß Wohnheimstätten nicht als Arbeiter in Schlackenmühlen und -Lägern eingestellt werden dürfen, aber die neue Bundesratsbestimmung verlangt, daß in die Arbeitsordnungen allgemein ein Verbot der Einnahme von Spirituosen in die Arbeitsräume ausgesprochen werde, und außerdem das Verbot des Einnehmens von Mahlzeiten in den Arbeitsräumen.

Zeitliche Untersuchungen verlangt die neue Verordnung in höherem Maße wie früher. Es sollen die Arbeiter nicht nur wie bisher vor Eintritt der Arbeit von einem dazu von der Behörde ermächtigten Arzte auf ihre Gesundheit und Tauglichkeit zu dieser Arbeit untersucht werden, sondern diese Untersuchung soll wenigstens jeden Monat wiederholt werden. Daß aber auch diese Anordnung noch nicht genügt, um das Entstehen tödlicher Erkrankungen durch Unkenntnis zu verhüten, zeigt sehr deutlich der letzte Jahresbericht des Aufsichtsbeamten für den Bezirk Trier. Dieser schreibt Seite 467:

„In den acht Thomas-Schlackenmühlen und einem Thomas-Schlackenlager sind (im Jahre 1908) bei 299 Arbeitern 278 Erkrankungen, darunter 101 Erkrankungen der Atmungsorgane und 7 Todesfälle zu verzeichnen. Ein Italiener hat im ganzen nur zwei Schichten gearbeitet, und zwar im Freien als Schlackenfahrer. Er erkrankte an Lungenentzündung und starb. (Hat den der Fabrikarzt auch vorher genau untersucht und für gesund und zu dieser Arbeit tauglich befunden?) Ein Kroate war im Kesselhause mit Kohlenfahren beschäftigt, hatte also unter Schlackenstaub zu leiden. (Das ist noch nicht dargetan, denn der Schlackenstaub kann sich durch den Wind usw. auch in der Nähe des Kesselhauses verbreiten.) Er wohnte in einem Privathause, wo er für Kost und Wohnung täglich 70 Pf. bezahlte. Von seinem in 14 Tagen verdienten Lohn von 45 M. hat er 35 M. an seine Frau geschickt und mit dem geringfügigen Reste sein Leben gestiftet. Der enträftete Körper widerstand einer Lungenentzündung nicht. Bei einem dritten ausländischen Arbeiter, einem Italiener, der als Schlackenfahrer beschäftigt war, lagen die Verhältnisse ähnlich wie bei dem Kroaten. Er ernährte sich lediglich von Kaffee und Brot, nur ab und zu gestattete er sich eine Flasche Milch. Den weitaus größten Teil seines Verdienstes schickte er an seinen in Italien lebenden Vater. Ein vierter Arbeiter, ein Irländer, ebenfalls als Schlackenfahrer beschäftigt, der mit Vorliebe sogar in der kälteren Jahreszeit im Freien nächtigte, starb auch an Lungenentzündung. Zwei weitere Thomaschlackenarbeiter starben ebenfalls an Lungenentzündung, und der siebente an Rippenfellentzündung.“

Diese armen, bedürftigsten Menschen hatten in ihrer grenzenlosen Liebe für ihre Angehörigen in der Heimat und in Unkenntnis von der Gefährlichkeit einer Unterernährung sich größere Entbehrungen auferlegt, als ihr Körper bei dieser anstrengenden Arbeit er-

tragen konnte. Die ärztliche Untersuchung ist angeordnet, weil sich die Aufsichtsbehörde mit Recht dazu verpflichtet fühlt, um ungeeignete schwächliche Personen von dieser für sie gefährlichen Arbeit abzuhalten. Diese Untersuchung, auch wenn sie monatlich wiederholt wird, genügt aber nicht, um die Unwissenheit vor tödlicher Erkrankung, die als Folge ungenügender Nahrung eintritt, zu schützen. Aufsichtsbehörde und Arbeitgeber sollten verpflichtet sein, auch wenn es sich nur um Italiener und Kroaten handelt, ihre Fürsorge weiter auszudehnen und dafür zu sorgen, daß diese Arbeiter entsprechende Nahrung zu sich nehmen und auch sonst menschlich versorgt werden. Es haben in richtiger Erkenntnis der Notwendigkeit guter Ernährung und Verpflegung die Höchsterzherzwerke die Ernährung und Verpflegung der Ledigen unter ihren mit gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen betrauten Arbeitern, worunter auch Italiener sind, übernommen. Wenn wir auch diesen Weg wegen der mit dem Kost- und Logiswesen verbundenen Risiken keineswegs empfehlen wollen, so zeigt er doch die Gefährlichkeit einer Unterernährung gerade für mit gesundheitsgefährlicher Arbeit Beschäftigte auch von Unternehmern erkannt wird. Die Verordnung hätte in weitgehender Weise als es durch die bloße Anordnung ärztlicher Untersuchung erfolgt ist, auf die Notwendigkeit guter Nahrung und Verpflegung für die in den Thomaschlackenmühlenschlackengewerke Beschäftigten Sorge tragen sollen. Eine Ergänzung der Verordnung, die auch die Wohnräume einer Untersuchung unterwirft und den Arzt besonders auf die Untersuchung des Ernährungszustandes und der Ernährungsweise hinweist, wäre recht wünschenswert.

Erste Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Freidenkervereine.

Im Volkspark zu Halle a. S. tagte am Sonnabend, Sonntag und Montag die erste Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Freidenkervereine. Den Vorsitz führten Studi-Halle und Sach-Hamburg. Als Schriftführer fungierten Werner-Hamburg und Wielig-Kranstadt. Es sind 17 Delegierte, 4 Beobachter und 3 Ausschusmitglieder anwesend.

Wie aus dem Geschäftsbericht, den Friede-Altona erstattete, hervorgeht, hatte der Verband bei seiner Gründung am 6. September 1908 in 8 Vereinen 312 Mitglieder; am 30. Juni 1909 zählte er 44 Vereine mit 2227 Mitgliedern. — Der von Weißwanger-Rürnberg gegebene Kassenbericht weist eine Einnahme von 508,90 M., eine Ausgabe von 484,85 M. aus.

Nach Erledigung und Disfaltung der geschäftlichen Angelegenheiten referierte Friede über das Thema: „Unsere Stellung zur Sozialdemokratie“. Mit dem Vortrag wurden folgende zwei Resolutionen zur Debatte gestellt:

I. Der Zentralverband deutscher Freidenkervereine betrachtet es als seine ausschließliche Aufgabe, innerhalb des Proletariats zu wirken, um eine freie, nur auf Vernunft, Wissenschaft und Erfahrung beruhende Weltanschauung entgegen den Glaubensfäulnissen der Kirche zu verbreiten und die religiös freidenkenden Proletarier zum Austritt aus der Kirche zu veranlassen. — Er bekämpft deshalb die Kirche als eine Institution im Klassenstaate, welche durch die historische Entwicklung nichts anderes werden konnte als ein Mittel der herrschenden Klassen zur Unterdrückung der Massen. Seine antikirchliche Propaganda muß jedoch eine proletarische sein und ist deshalb grundverschieden von der bürgerlichen Kampfesweise, denn die Erkenntnis von dem Wesen der Religion und der Kirche führt zu der Ueberzeugung, daß dieser Kampf nicht nur ein Kampf auf wissenschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete ist.

Deshalb muß auch der Zentralverband ebenso wie jede Organisation des Klassenbewußten Proletariats, welche ihrer Aufgabe gerecht werden will, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, d. h. sie muß erfüllt sein von dem Geiste der Sozialdemokratie. Hier fallen die Aufgaben des proletarischen Freidenkertums zusammen mit der Propaganda des wissenschaftlichen Sozialismus, beide erstreben dasselbe Endziel, ein Welt, ein Bille ist in beiden lebendig: dem Proletariat ein wahres Ideal an Stelle der falschen Kirchenideale, wahre menschliche Kultur an Stelle der falschen, unmenschlichen, göttlichen Ordnung der Dinge zu bringen, deshalb fühlen wir uns als proletarische Freidenker eins im Streben und Wollen mit der Sozialdemokratie.

II. In Erwägung der Tatsache, daß es unbestreitbar eine sozialdemokratische Forderung auf Grund des Erfurter Programms ist,

Kleines feuilleton.

Aus den Erinnerungen eines Automaten. Als Napoleon 1806 in Berlin einzog, befahl er auch, daß ihm der berühmte schachspielende Automat vorgeführt werde, den der ungarische Finanzrat de Kempelen konstruiert hatte, um die Kaiserin Maria Theresia zu erheitern. Diese Maschinerie, wohl der berühmteste Automat, der je existiert hat, stellte einen lebensgroßen Türken dar, dessen rechter Arm auf einem Schachbrett ruhte, während der linke eine lange Peise hielt. Der Türke sah auf einem reich drapierten Sessel, so daß nur ein Teil für einen Spiegel frei blieb, durch den man das äußerst komplizierte Räderwerk sehen konnte. Vor dem Automaten war ein Schachbrett angebracht, auf dem nun der Türke mit jedem beliebigen Gegner eine Partie Schach spielte. Bei der Vorstellung wurde der Apparat in einen Augenblick geöffnet, um zu zeigen, daß niemand in dem Kasten wäre, und dann begann die Vorstellung, bei der der automatische Schachspieler nach dem Zuge des Gegners langsam den Arm ausstreckte, zu überlegen schien und dann seinen Zug machte. Hatte der Gegner falsch gespielt, dann schüttelte die Figur den Kopf und konfizierte den Stein; kamen allzu viel Fehler vor, so warf sie wohl auch das ganze Spiel um. Kempelen zog mit seinem schachspielenden Türken durch die ganze Welt; meist war dieser siegreich, wurde aber auch von ausgezeichneten Schachmeistern besiegt. Schließlich kaufte Friedrich II. den Automaten. Aber noch dem Anlauf stimmerte er sich gar nicht mehr um das Spielzeug und ließ es in einem Winkel eines Palastes verschauen. Dort fand man den Türken, als Napoleon ihn zu sehen wünschte. Kempelen war tot und so wurde er von dem Uhrmacher Maelzel wieder hergestellt. Nun begann eine neue Ära des Ruhmes für den Automaten, der in der wunderwichtigen Zeit der Romantik gewaltiges Aufsehen erregte und viele kluge Köpfe mit seinem Rätsel narrte. Von z. B. hat diesem Phänomen einen langen Aufsatz gewidmet. Man weiß heute, daß das Ganze ein sehr geschickt ingenieurter Betrug war; in dem Kasten des Automaten befand sich ein Mann, der für den Türken spielte und durch den Spiegel das Schachbrett des Gegners beobachtete konnte. Sobald der Kasten vor der Vorstellung geöffnet wurde, trock er in einen engen Gehirnenraum. Der Komplize Maelzels war ein gewisser Moutret, der später seine Erinnerungen aufgezeichnet hat, aus denen Paul Giniety im „Journal des Debats“ allerlei mitteilt. Moutret war ein geschickter Schachspieler. Er erzählt voll Stolz, wie er in dem Automaten mit Napoleon gespielt hat und den Sieger auf so vielen Schlachtfeldern auf dem Schachbrett besiegte. Napoleon wurde über diese Niederlage so wütend, daß er den Automaten zertrümmern lassen wollte, und nur ein Kniefall Maelzels rettete den Türken und seinen Insassen vor dem Verderben. Der Prinz Eugen Beauharnois war so enttäuscht von der Maschine, daß er sie für 30 000 Lire kaufte, aber sein Entzücken schwand, als ihm Maelzel nun das Geheimnis mitteilten

muhte. Wie für Friedrich II. hatte auch für ihn der Türke jeden Reiz verloren und er gab Maelzel für die Hälfte des Kaufpreises den Türken zurück. Lange noch wurde das Geheimnis vor dem erstaunten Publikum bewahrt. Endlich wurde der Automat nach Amerika verkauft und hier fand nach weiteren Triumpfen die öffentliche Enthüllung statt, wozu Poes Erklärung nicht wenig beitrug.

Die Wirkung der neuen Tabaksteuer in England. Aus London wird berichtet: Die Forderung des englischen Schatzkanzlers, der von der neuen Erhöhung der englischen Tabaksteuer sich eine Einnahme von 55 Millionen Mark verspricht, wird durch die rauhe Wirklichkeit bitter enttäuscht. Die eben veröffentlichten Statistiken zeigen, daß die Steuererhöhung den Tabakkonsum in England in unerwartet großem Maße verringert hat. Bereits im Mai zeigte der Verbrauch einen Rückgang von rund einer Million Pfund Tabak; der Rückschlag hat sich im Juni fortgesetzt: im Juni ist der Verbrauch gegen das Vorjahr um eine halbe Million Pfund gesunken. Da der Juni dieses Jahres einen Arbeitstag mehr hat als der des Vorjahres, ist der Rückgang in Wirklichkeit noch größer als die Zahlen zeigen und kann auf rund 800 000 Pfund geschätzt werden. Das würde im Jahre einen Ausfall von 2 600 000 Pfund bedeuten, womit die Steuereinnahme um 35 Millionen hinter den Erwartungen zurückbleiben würde. Das englische Volk hat infolge der Tabakverteuerung in diesem Juni rund eine Million Pfennig weniger geräucht wie im Vorjahr.

Pilze in der Küche. Für die Verwendung der Pilze im Haushalt gibt Professor Robert-Koslos in einem Artikel der „Deutschen Garten-Zeitung“ eine Reihe beachtenswerter Regeln. Danach sollen selbst Menschen mit ausgezeichnetem Magen Pilze sorgfältig zerhacken. Leute mit Magenschwäche dürfen die Pilze nur in fein zerhacktem oder gepulvertem Zustande zu sich nehmen, sofern sie nicht vorziehen, nur Pilzsuppen und Pilzsauce, welche von Pilzen befreit worden sind, zu genießen. Angefaulte, wurmschichtige und angegriffene Pilze müssen vor der Zubereitung ausgemergelt werden, da sich in ihnen leicht Zerlegungsorgane mit Bildung giftiger Substanzen entwickeln. Rohes Pilze dürfen überhaupt nicht gegessen werden, obgleich einige derselben recht gut schmecken. Das Kochen entgiftet nämlich einige auch in ehbaren Pilzen sich befindende gefährliche Substanzen. Die in die Küche eingelieferten rohen Pilze sollen möglichst bald zubereitet und als nächste Mahlzeit genossen, die dabei übrig bleibenden nicht aufgehoben werden. Es ist nämlich schon mehrfach beobachtet worden, daß dasselbe Pilzgericht, welches am ersten Tage ganz harmlos war, am zweiten giftige Wirkungen hervorbrachte. Denn fast alle ehbaren Pilze enthalten Cholin, welches beim Aufheben der Speise im Sommer leicht in das giftige Neurin übergehen kann. Falls man nicht die Pilze aus Pilzplantagen bezogen hat, empfiehlt es sich, das erste Brühwasser wegzugießen. Bei der frischen Vorlage ist dies ganz unbedingt notwendig. Die in Frauenkreisen sich von Mund zu Mund fortpflanzenden „unfehlbaren Mittel zur Erkennung von Giftpilzen“,

z. B. das Schwarzwerden eines Silberlöffels, das Mitfischen einer Zwiebel, das Blauanlaufen der durchschnittenen Pilze sind wertlos. Weiter bezeichnet Robert das Bestimmen der selbstgesammelten Pilze durch Laien an der Hand eines Buches mit guten kolorierten Bildern nur der ehbaren Pilze als keinen Schutz gegen das Mitfischen giftiger; dazu müsse vielmehr das Buch auch die giftigen und deren Varietäten mit abbilden. Bücher mit schlechten Bildern sollten konfiziert werden. Ferner liege es im Interesse des deutschen Ärztevereins, ein mit zahlreichen guten Abbildungen versehenes Buchchen über die ehbaren und giftigen Schwämme Deutschlands auf Vereinskosten oder Staatskosten herstellen und in Tausenden von Exemplaren zu billigem Preise verbreiten zu lassen, da von den jetzt vorhandenen Pilzbüchern kaum eines den zu stellenden Anforderungen entspreche.

Wie erkennt man das Alter der Fische? Es ist der Wissenschaft nunmehr gelungen, ein sicheres Hilfsmittel zu gewinnen, das genaue Alter der Fische festzustellen. Sowohl für die Fischerei wie auch für die Naturwissenschaft ist dies von großer Wichtigkeit, da sich damit genau das Wachstum der Fische feststellen läßt, und zugleich der Einfluß, den die Fischerei auf den Fischreichtum gewisser Meeresstriche ausübt; all das konnte bisher nur durch vergleichende Methoden abgeschätzt werden. Das Alter der Fische läßt sich an den Dtolithen bestimmen, jenen kleinen knöchernen Bildungen, die im Gehörorgan bestehen. Die Dtolithen wachsen jedes Jahr; die neuen Teile sind dann heller und dunkler erst mit der Zeit nach. Jährlich bilden sich zwei neue Wachstumsringe um die Dtolithen; der eine ist heller, der andere, der im Herbst und Winter entsteht, dunkler. Sie lassen sich genau unterscheiden, so daß man nach der Zahl der Ringpaare das Alter der Fische sicher angeben kann.

Notizen. — Musikchronik. Die Wiederholung von Verdis „Otello“ findet am Sonnabend in der Gura-Oper zu einfachen Preisen statt. Durrian wirkt aber auch diesmal nicht mit. — Ostar Wildes Ueberführung zum Vore La Haise ist jetzt in Paris in aller Stille vollzogen worden. Eine kleine Anzahl Freunde des dahingeschiedenen Dichters versammelte sich auf dem Friedhofe von Vaugueux, wo die Ausgrabung vorgenommen wurde. Dann wurden die Gebeine des Dichters in einem neuen Sarg auf dem Père Lachaise-Friedhofe in die neue Ruhestätte gebettet. Ueber dem Grabe wird sich ein Denkmal erheben. — Ein Wetterartenkuriösum war nach der „Umschau“ vor kurzem zu verzeichnen: Aparanda, die nördlichste Stadt im Bereich des Wettermeldebezirks, hatte mit 23° O die höchste Morgen-temperatur von allen europäischen Wettermeldestationen, übertraf also selbst die Thermometerstände von Triest, Florenz, Rom, Neapel und Brindisi.

das diejenigen, welche es ablehnen müssen, einer Kultusgemeinschaft anzu gehören, weil sie sich über die geistigen Entwicklungsstufen religiöser Ideologien emporgingegen haben, dieselbe Sicherheit, denselben Rechtschutz seitens des Staates genießen sollen wie die „Gläubigen“, fordert die Generalversammlung die Parteigenossen in Bremen, Ruppe-Deinold, Lübeck, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck und Uslar-Lothringen an, energisch auf die Einführung gesetzlicher Bestimmungen zu dringen, welche jedem religiös Freidenkenden auch dort den Ausritt aus der Kirche ermöglichen.

Nach lebhafter Debatte wurden beide Resolutionen angenommen — die erste mit einem Zusatz, der die sozialdemokratische Parteipresse tabeln, die angeblich der Freidenkerbewegung Schwierigkeiten bereitet. . . .

Zum neuen Statut, das am 1. Oktober d. J. in Kraft tritt, wird u. a. beschlossen: der Organisation den Namen „Centralverband deutscher Freidenker“ zu geben. Die Beiträge betragen pro Woche für männliche Mitglieder 10, für weibliche 5 Pf. Der „Atheist“ wird obligatorisch eingeführt.

Folgende Resolution (Weißwanger) fand Annahme: Dem um seine Befreiung aus wirtschaftlichen, politischen und geistigen Fesseln kämpfenden Proletariat genügt eine Trennung von Kirche und Staat und Kirche und Schule nicht, denn da es in der Kirche nicht nur eine auf geistigem Gebiete reaktionäre Macht steht, sondern eine Hauptstütze des politischen und wirtschaftlichen Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems extern, beläufigt es die Kirche als solche, beläufigt es dieselbe als eine ausgesprochene Feindin des arbeitenden Volkes.

Da das bürgerliche Freidenkertum meist mit der Trennungsfrage sein Programm der Kirche gegenüber erschöpft hat, müssen die proletarischen Freidenker selbständig und unabhängig von den bürgerlichen Freidenkern ihren Kampf führen, begründen jedoch unbeschadet dessen die bürgerliche Freidenkerbewegung und ihre Bestrebungen als eine Etappe in dem Kampfe gegen die Kirche.

Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde David Dresden gewählt. Kassierer bleibt Weißwanger-Nürnberg. Als Ort des Ausschusses wurde Erfurt, als Ort der Preh-Kommission Nürnberg festgesetzt. — Die nächste Generalversammlung (1911) findet in Weisenkirchen statt.

## Aus Industrie und Handel.

### Insolvenzen.

Die Feuerversicherungsunternehmen haben seit langem einen Ring geschlossen, der ihnen hohe Gewinne in die Tasche bringt. Aber es entstehen immer neue Gesellschaften, die außerhalb des Ringes arbeiten. Die von dem Berliner Feuerversicherungsverband projektierte Reformversicherungsanstalt will auch Duldung bleiben. Die seit 1907 bestehende Industrie-Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft steht ebenfalls außerhalb des Ringes, ferner die Mitteldeutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft in Halle. Dazu kommen noch verschiedene Neugründungen die jetzt geplant sind. Auf der anderen Seite stärkt man sich fortgesetzt durch Fusionen. So haben jüngst die Aufsichtsräte der Deutschen Feuerversicherungs-Gesellschaft und der Albingia den Aktionären die Fusion vorgezogen. Die Albingia hat 1904 schon eine Versicherungsgesellschaft verschluckt, es war die Transatlantische Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

### Deutschland und England.

In seinem Jahresbericht über die wirtschaftliche Lage in Deutschland bemerkt der englische Generalkonsul v. Schwabach u. a.: „Der Wert hat sich ohne Unterbrechung nach britisch Ost- und Westafrika, Kanada und den übrigen britischen Besitzungen in Amerika, nach Australien und Neuseeland gestelgt. Es ist ein bemerkenswerter Zug in den Handelsbeziehungen zwischen England und Deutschland, daß Deutschland aus dem Vereinigten Königreich und seinen Kolonien weit mehr Waren importiert, als es dahin exportiert, und daß das britische Reich an der Spitze der Länder steht, welche mit Deutschland im Austausch und Einfuhrverkehr stehen. Diese Tatsache ist das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung, welche zu einer Art internationaler Arbeitsteilung zwischen Deutschland und dem britischen Reich geführt hat. Infolge ihrer mehr agrarischen Verfassung exportieren die britischen Kolonien hauptsächlich Tiere und Gemüse, Rohmaterialien und Ernährungsprodukte nach Deutschland. Andererseits versieht Deutschland das britische Reich mit Fabrikaten, welche, wie beispielsweise in der Textilbranche, an sich keinen sehr hohen Wert darstellen, und deren Fabrikation im Vereinigten Königreich nicht stark entwickelt ist. Die Wichtigkeit des Deutschen Reiches als Markt für britische Güter wird wahrscheinlich im Verhältnis zum Wachstum seiner Bevölkerung und seiner Kaufkraft noch größer werden.“ An einer anderen Stelle wird hervorgehoben, daß trotz der wirtschaftlichen Depression und der erhöhten Lebensmittelpreise die Beschäftigungslosigkeit in Deutschland im Jahre 1908 keineswegs in außerordentlichem Umfang zugenommen hat.

**Kaffee für Kaffee.** Aus dem Bureau der Berliner Handelskammer wird geschrieben: In Interessententreffen war man nicht ganz klar darüber, wie es mit der für den 1. August angeetzten Erhebung eines Kaffeezölles für Kaffee gehalten werden würde. Der Satz von 20 M. pro Doppelzentner gilt unterschiedslos für rohen und gerösteten Kaffee. Diese Festsetzung, die der gerösteten Ware bei der Nachverzollung einen Vorsprung von 5 M. für den Doppelzentner gibt, ist getroffen worden im Interesse einer glatten Erledigung des Zollverfahrens.

**Preisverhandlungen in der Porzellanindustrie.** Seit einer Reihe von Jahren haben sich die deutschen Porzellanfabrikanten in ihrer Mehrheit zu einer Preiskonvention zusammengeschlossen, der es dann auch gelang, die Preise für Porzellanwaren nicht unwesentlich zu erhöhen. Deswegen kam es mit den ebenfalls vereinigten Porzellanhändlern wiederholt zu Differenzen, bei denen die Händler in der Hauptsache nachgeben mußten. Aber die Macht der Fabrikantenkonvention wurde durch die bedeutende Konkurrenz der böhmischen Porzellanfabriken noch immer stark bedroht. Nicht so sehr, was den Abzug auf dem deutschen Markt anging, sondern in erster Linie durch die lebhafteste Konkurrenz der böhmischen Porzellanfabrikanten gegen den amerikanischen Abnehmer. Es ging deshalb das Bestreben der deutschen Fabrikanten darauf hinaus, auch die böhmischen Porzellanfabrikanten zu vereinigen. Das gelang, und zum Beginn 1908 trat die Konvention der böhmischen Porzellanfabrikanten ins Leben. Zugleich wurde aber zwischen der deutschen und böhmischen Konvention ein Vertragsverhältnis abgeschlossen, auf Grund dessen die böhmische Konkurrenz ausgeschlossen erschien. Der Vertrag sah vor, daß die deutschen und böhmischen Porzellanfabrikanten sich auf dem deutschen, österreichisch-ungarischen, schweizer und nordamerikanischen Märkte keine unzulässige Konkurrenz machen sollten. Gegen Amerika machte sich dieses Vertragsverhältnis dadurch wirksam, daß die deutschen und österreichischen Fabrikanten von 20 Proz. forderten und außerdem von den amerikanischen Abnehmern die Unterzeichnung eines Preisvertrages verlangten, auf Grund dessen die Amerikaner nur bei den Firmen, die der deutsch-österreichischen Konvention angeschlossen sind, kaufen zu wollen sich verpflichteten. Das war im Sommer 1908. Zu einer Zeit also, in der schon die Krise eingeleitet und das amerikanische Geschäft stark nachgelassen hatte. Die Amerikaner lehnten denn auch diese Zumutung ab und die deutsche Exportierenden Porzellanfabriken in Thüringen und Oberfranken auf dem trockenen sitzen.

Jetzt ist nun vor kurzem die österreichische Konvention — nachdem vor einiger Zeit die bedeutendsten Fabriken ausgetreten waren — zusammen-

gebrochen und hat sich aufgelöst. Die auch in der böhmischen Porzellanindustrie unheimlich wirkende Krise — es liegen dort fast alle Fabriken beschränkt arbeiten oder sie nahmen Entlassungen von Arbeitern vor — und das Fortbleiben der amerikanischen Abnehmer scheint die böhmischen Porzellanfabrikanten schlapp gemacht zu haben. Selbstverständlich wird die deutsche Porzellanfabrikantenkonvention durch diesen Zusammenbruch der Konvention stark getroffen. Zwar versucht man das von Seiten der deutschen Konventionsleitung zu bestreiten und man beruft sich darauf, daß zwischen der deutschen Konvention und den einzelnen böhmischen Porzellanfabrikanten Einzelverträge auf Grund der Konventionsbedingungen bestehen. Aber diese Verträge sind dadurch hinfällig, daß ihre Erfüllung auf Grund des § 4 des österreichischen Koalitionsgesetzes in Oesterreich nicht erzwingen werden kann, weil dergleichen Kartellverträge in Oesterreich nicht statthaft und zugleich durch das Aufheben der böhmischen Konvention die schiedsgerichtlichen Instanzen fortgefallen sind.

Hierzu kommt ferner, um die Position der deutschen Konvention im allgemeinen zu schwächen, daß auch namhafte deutsche Porzellanfabriken — so die große Aktiengesellschaft Porzellanfabrik Kahla — aus der deutschen Konvention ausgetreten sind.

**Russischer Zuckertrauf.** Die Zusammenfassung der russischen Zuckerproduktion zu einem Trust ist in Angriff genommen worden. Der Trust soll natürlich die Preise hochhalten. Sodann sollen durch ihn Lieferungsverträge für Heizungsmaterial abgeschlossen werden, damit durch den Bezug großer Quanten Vorzugspreise zugestanden und damit die Fabrikation der einzelnen Zuckerindustrien verbilligt wird. Der Trust will auch, wie aus einer jüngst abgeschalteten besonderen Konferenz kleiner Zuckerfabrikanten hervorgeht, den Finanzminister veranlassen, daß mit dem System der Freigabe kleiner Quanten für den Export gebrochen werde.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Frauenorganisation in Oesterreich.

Schon seit zwanzig Jahren werden in Oesterreich politische Versammlungen für Frauen abgehalten. Trotzdem gelang es lange nicht, eine politische Frauenorganisation zu schaffen. Ihr traten verschiedene Umstände in den Weg. In der Hauptsache die Bestimmung des Vereinsgesetzes, die den Frauen die Teilnahme an den politischen Vereinen unterlag. Die niedrigen Löhne der österreichischen Arbeiterinnen machen es zudem vielen von ihnen schwer, neben der gewerkschaftlichen auch der politischen Organisation anzugehören. Aufstachelnd wirkte jedoch auf die Frauen der große Wahlrechtskampf. Die gewaltige Demonstration am 28. November 1905 zeigte einetwegen Beteiligung sowohl der Arbeiterinnen als auch der Arbeiterfrauen. In den Wahlarbeiten im Jahre 1907 nahmen die Genossinnen bereits lebhaften Anteil. Es wurden allerdings schon vor dieser Zeit Frauenvereine gegründet oder Frauensektionen an die Lokalorganisationen angeschlossen, aber sie konnten nur vereinzelt dauernde Erfolge erzielen. Erst seit der letzten Frauenkonferenz, die Oesterreich 1908 in Wien stattfand, und den sich dieser anschließenden Frauenkonferenzen in den einzelnen Kronländern ist es gelungen, auch auf diesem Gebiete dauernde und zunehmende Erfolge zu erzielen. Die Frauen für die politische Organisation zu gewinnen erfordert freilich sehr mühevollen Arbeit. Die Arbeiterinnen, die schon der gewerkschaftlichen Organisation angehören, wollen oft nicht begreifen, daß sie auch noch der politischen betreten müssen, während bei den Arbeiterfrauen, die nicht in die Fabrik gehen, die alten kleinbürgerlichen Vorurteile gegen jede öffentliche Tätigkeit und andere Vorurteile zu überwinden sind. Viele Schwierigkeiten werden überwunden, wenn die Genossinnen und Genossen Hand in Hand arbeiten und in ihrer agitatorischen Arbeit nicht erlahmen. Einen Ansporn bilden die Bestrebungen der Gegner, die Arbeiterfrauen für ihre bürgerlichen Vereine zu gewinnen. Um den Arbeiterfrauen und Mädchen den Anschluß an die politische Organisation zu erleichtern und ihren Eifer für die politische Kleinarbeit anzuspornen, werden nun überall freie politische Frauenorganisationen gegründet. Wo sich ein paar Genossinnen finden, die die Vorgänge im politischen Leben verfolgen, gründen sie eine solche Organisation. Sie arbeiten ganz selbständig, jedoch im Einvernehmen mit der betreffenden Lokalorganisation. Als Mitgliedsbeitrag erheben sie von den nicht gewerkschaftlich organisierten Genossinnen 30 Heller pro Monat, von den auch gewerkschaftlich Organisierten nur 10 Heller. Erstere erhalten jeden Monat zweimal die „Arbeiterinnenzeitung“ zugestellt.

Der größte Wert wird darauf gelegt, daß sich eine Reihe von Genossinnen durch Vorlesungen und Diskussionen zu Agitatorinnen entwickeln. Vorgezogen werden dabei Fragen, die sich mit dem täglichen Leben der Arbeiterinnen berühren. Es sind das: Mutterschafts- und Krankenversicherung, Arbeiterinnenlohn, Lebensmittelerhöhung usw. Erst wenn die Frauen auf diese Weise zu einer regen Anteilnahme am politischen Leben ergogen worden sind, ist es möglich, große Aktionen zur Erreichung von politischen Rechten durchzuführen.

Die politische Erziehung der Frau gilt als notwendig, damit sie der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe helfen und nicht die Werkzeuge ihrer Feinde und die Gehilfen der Ausbeutung werden. Immer lebhafter setzt die liberale Agitation unter den Arbeiterinnen ein; jede der schwarzen Zeitungen ist mit einer Frauenbeilage versehen. Daß es möglich ist, die Frauen politisch zu schulen und sie zu tüchtigen Mitkämpferinnen zu erziehen, beweisen die glänzenden Erfolge, die nun in allen Teilen Oesterreichs mit den freien politischen Frauenorganisationen erzielt werden.

Auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen müssen die Notwendigkeit der doppelten Organisation einsehen. Was nützt es, wenn durch die Kämpfe der Gewerkschaften Lohn erhöhungen erzielt, diese Erfolge aber von der Lebensmittelerhöhung wieder vernichtet werden? Steht droht dazu dem notwendigsten Recht, dem Koalitionsrecht, Gefahr, denn die Arbeiterfeinde sind immer am Werk; sie möchten den Arbeitern dieses Recht durch neue Gesetze rauben. Die die arbeitenden Männer sich heute überall gewerkschaftlich und politisch organisieren, weil die eine Bewegung unsere Rechte, die andere unsere linke Hand ist im Befreiungskampfe vom Joch des Kapitalismus, so müssen es auch die Frauen tun. Jede Frau, die den ersten Willen hat, wird auch trotz aller Hindernisse den Weg zur Organisation finden.

## Gerichts-Zeitung.

„Ich danke, meine Herren!“

Diese Worte mußte gestern der Chauffeur Gustav Recke mit einer Haftstrafe von 24 Stunden büßen. Vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich R. wegen zu schnellem Fahren zu verantworten. Gegen ihn war ein Strafmandat erlassen worden, weil er in zu schnellem Tempo durch den Tiergarten gefahren sei. Auf seinen hiergegen eingelegten Widerspruch ermächtigte das Schöffengericht die Geldstrafe. Nunmehr legte aber die Anwaltschaft Berufung ein, so daß sich R. vor der Strafkammer zu verantworten hatte. Die Strafkammer hielt eine Erhöhung auf 35 M. Geldstrafe für angebracht. Nachdem der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Neuenhels, das Urteil verkündet hatte, machte der Angeklagte dem Gerichtshof eine tiefe Verbeugung und sagte in höflichem Tone: „Ich danke, meine Herren!“ Das Gericht erbllickte in diesem Benehmen des Angeklagten eine große Angehörigkeit vor Gericht und nahm ihn in eine sofort zu vollstreckende Ordnungsstrafe von 24 Stunden Haft.

Die Verhängung der Haftstrafe legt von einer überaus nervösen Empfindlichkeit der Richter Zeugnis ab und ist nicht gerade geeignet, den Mangel an Vertrauen zum gelehrten Richteramt zu beseitigen. Die gegen Chauffeure verhängten Strafen wegen vermeintlichen Überschneidens beruhen fast durchweg auf den außerordentlich unrichtigen Untersuchungen von Schätzungen der Geschwindig-

keit durch Zeugen. Es kann mit Recht verlangt werden, daß durchweg an den Fahrzeugen Geschwindigkeitsmesser angebracht werden und daß ohne das Vorhandensein solcher bei dem Mangel völlig einwandfreier Beweismittel Anklagen unterbleiben. Doppelt ungerecht ist es, Herren, die bei Vergnügungsfahrten wie der Prinz-Heinrich-Fahrt ein lebengeschäftliches Tempo einschlagen, außer Anklage zu lassen, Chauffeure aber, die ihres Lebensunterhalts wegen ihren schweren Beruf ausüben, mit Strafbefehlen zu belasten, sobald sie einmal im Verdacht stehen, zu schnell gefahren zu sein. Hinzukommt die außerordentliche Höhe der Strafen, mit denen wegen solcher Uebertretungen Chauffeure belegt werden. Wenn der Richter beachten würde, daß die von ihm ausgesprochene Strafe mit Kosten bei weitem ein Wochengehalt eines Chauffeurs überschreitet, so würde er es menschlich begreiflich finden, wenn ein Chauffeur, der sich ungerecht behandelt fühlt, seiner Erregung über die gegen ihn geübte „Gerechtigkeits“-Ausbeutung verleiht. Bei der Reizung zu so überaus hohen Strafen gegen Chauffeure ist der unter diesen oft überdürrte Gedanken „passiver Resistenz“ durch langsame Beförderung insbesondere von Polizeibeamten, Staatsanwälten und Richtern verständlich.

### Ein jugendlicher Rutscher.

Der durch Fahrlässigkeit eine ganze Familie in tiefes Unglück gestürzt hat, mußte sich gestern in der Person des erst 16jährigen Rutschers Erich Sawanz vor der 2. Kienstrassenkammer des Landgerichts II unter der Anklage der fahrlässigen Tötung verantworten. Der Angeklagte ist in dem Geschäft seines Vaters beschäftigt, der einen Petroleumhandel betreibt. Am 19. April dieses Jahres fuhr der junge Mensch mit einem mit Petroleumkannen beladenen Kastenwagen durch Rixdorf. Er bog im scharfen Trabe um die Straßenecken, anstatt, wie es die Polizeiverordnung vorschreibt, in einem großen Bogen langsam um die Ecke zu fahren. Als der Angeklagte vor der Schillerpromenade in die Adlerstraße einbog, achtete er nicht darauf, daß hier das 24jährige Söhnchen des Kaufmanns Gille in der Nähe des Rinnsteins saß und spielte. Gerade in dem Augenblick, als die Mutter des Kleinen vom Balkon herunter ihr Kind auf die drohende Gefahr aufmerksam machte, wurde der kleine S. von den Pferden erfaßt und überfahren. Das verunglückte Kind wurde sofort in das Krankenhaus geschafft, wo es bald nach der Einlieferung verstarb. Die von dem Gerichtsarzt Dr. Marx vorgenommene Obduktion ergab als Todesursache eine Zerreißen der beiden Lungen und der Leber. — Die Strafkammer hielt eine grobe Fahrlässigkeit des Angeklagten, der bei seiner Jugend keinesfalls die erforderliche Umsicht habe, um ein Fahrzeug in dem tiefen Verkehr der Großstadt zu lenken, für festgestellt und erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf eine Woche Gefängnis.

In diesem Falle wäre es wohl angebracht gewesen, den Vater, der einem so jungen Mann das Gefährt anvertraut hatte, mit zur Verantwortung zu ziehen.

### Sind die Polizeistunde für geschlossene Gesellschaften.

In jedem der beiden Vereinszimmer des Berliner Schankwirts Muthens tagte am 12. Juni 1908 ein Verein. Verschiedene Mitglieder beider Vereine trafen nach Eintritt der Polizeistunde im allgemeinen Schankraum zusammen und unterhielten sich dort, da sie mit einander bekannt waren. Der Schankraum war seit Eintritt der Polizeistunde nach der Strafe zu verschlossen und für andere Leute gesperrt. Trotzdem wurde M. auf Anzeige eines Schuttmannes wegen Uebertretung der Polizeistunde zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht ging zwar davon aus, daß die beiden Vereine, jeder für sich, geschlossene Gesellschaften seien, auf die an sich die Polizeistunde nicht anwendbar wäre. Die Mitglieder der Vereine, die im Schankraum zusammenkamen, seien jedoch durch diese Zusammenkunft zu Schankgästen geworden, die an die Polizeistunde gebunden waren. — Auf die gegen das Urteil von R. A. Dr. R. Lieblich eingeleitete Revision hob das Kammergericht dieser Tage die landgerichtliche Entscheidung auf und sprach den angeklagten Wirt frei. Begründend wurde ausgeführt: Der Vorderrichter habe den Begriff der Polizeistunde verkannt. Er stelle fest, daß das Lokal der Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich gewesen sei, daß von außen keine Person mehr habe hineinkommen können und daß im Lokal sich nur Mitglieder zweier Vereine befunden hätten. Aber dann sage das Landgericht, indem die Mitglieder beschiedener Vereine sich im Schankraum zusammensetzten, sei der Begriff des Vereins und der geschlossenen Gesellschaft aufgehoben worden und die betreffenden Vereinsmitglieder müßten als Schankgäste betrachtet werden. Das sei rechtsirrig. Entscheidend sei, daß das Lokal abgeschlossen war, so daß irgendwelches Publikum nicht hineinkommen konnte. Die Tatsache, daß sich einzelne Vereine oder einzelne Mitglieder dieser Vereine zusammen taten und noch im Schankraum verweilten, sei unerheblich. Dadurch werde der Begriff der geschlossenen Gesellschaft nicht aufgehoben. Es sei auch gleichgültig, ob sich eine geschlossene Gesellschaft im Lokal befand oder ob es deren zwei waren. Der Schankraum sei als Vereinslokal durch die beiden Vereine benützt worden. Die Polizeistunde habe hier nicht beachtet werden brauchen.

## Vermischtes.

### Cholerafall in Deutschland.

Wie aus Königsberg gemeldet wird, ist dort ein Cholerafall vorgekommen. Die „Vollzeit.“ berichtet darüber: Ein junger Amerikaner, der mit seiner Gattin aus Sibirien nach Deutschland reiste, traf am 21. Juli in Königsberg ein und erkrankte unter choleraverdächtigen Erscheinungen. Der Arzt benachrichtigte sofort die Behörde, die eingehende Untersuchungen anstellte. Noch am selben Abend starb der Amerikaner. Er wurde, um der Gefahr der Verbreitung der Seuche zu begegnen, auf dem hiesigen Kirchhof sofort beerdigt, ohne daß die gesetzliche Beizefrist von drei Tagen innegehalten wurde. Die Behörde, die ihre Anordnungen mit großer Heiligkeit traf, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, hält auch den Namen des Verstorbenen geheim. Inzwischen ist es gelungen, den Wagen, den der Reisende von Eydikuhnen her benutzte, zu ermitteln. Er wurde mit den Bahnbeamten, die den Wagen bedient haben, aus dem Verkehr gezogen und desinfiziert. Die Beamten und die Gattin des Amerikaners sind vorläufig in Isolierkabinen untergebracht worden. Ihr Befinden gibt zu keinerlei Besorgnis Anlaß. Die medizinischen Sachverständigen waren sich bisher noch nicht einig darüber, ob wirklich Cholera vorliege. Heute ist durch die amtlichen Untersuchungen einwandfrei festgestellt worden, daß der Amerikaner an Cholera asiatica gestorben ist. Die Polizei erläßt heute an die Bevölkerung die Aufforderung, die sanitären Vorschriften genau zu befolgen, um die Verbreitung der Seuche zu verhüten. — Dazu wird weiter bemerkt: „Im Kultusministerium, Abteilung für Medizinwesen, ist bis jetzt, wie wir auf Anfrage erfahren, nur ein kurzes Telegramm von dem Regierungspräsidenten eingelaufen, das besagt, daß in Königsberg ein Durchreisender von Petersburg nach Dresden an Cholera erkrankt und gestorben ist. Der nähere Bericht steht noch aus. Die örtlichen Behörden haben bereits alle Schutzmaßnahmen getroffen. Sobald der ausführliche Bericht hier eingelangt ist, wird das Ministerium zu kontrollieren haben, ob alles getan wurde, was eine Weiterverbreitung der gefährlichen Krankheit verhüten kann.“

### Opfer des Berufs.

Hamburg, 23. Juli. Bei den Schluffortrektionarbeiten auf der Mainstraße Schweinfurt-Würzburg sind gestern nachmittags drei verheiratete Arbeiter ertrunken. Seit kurzer Zeit sind bei den Arbeiten viele Unglücksfälle zu verzeichnen.

### Eisenbahnunfall.

Nürnberg, 23. Juli. Amtliche Meldung. In der Nacht vom 22. zum 23. Juli ist in der Station Vortra an der Pagnitz der



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonntag, den 24. Juli.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues königliches Operntheater.  
Düsseldorf.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Ketten.  
Kameralspiele. Ein Skandal in Monte Carlo.  
Leffing. Die Dollarprinzessin.  
Berliner. Ein Herbstmanöver.  
Neues Schauspielhaus. Rival.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Madame Bonivard.  
Schiller Charloisburg. Der Biberpelz.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Hosenmacher.  
Römische Oper. Die deutsche Mutter.  
Neues. Sein Sündenregister.  
Thalia. Im Café Robelle.  
Lustspielhaus. Familie Schmek.  
Neues Operntheater. Die Sprudelfee.  
Jolles Caprice. Drei Frauenhüte.  
Der Detektiv usw. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Metropol. Die oberen Zehntausend.  
Bernhard Rose. Was eine Frau kann.  
Berliner Theater. Man lebt ja nur einmal.  
W. Noacks Theater. Der Schuster als Millionär.  
Apollo. Dafflein. Er oder Er. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Vollgärt. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.  
Vollgärten. Spezialitäten.  
Braunen. Die Spreewald-Räpfe. Spezialitäten.  
Reichshallen. Winter-Tymian.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Von der Zugschleife zum Watzmann.  
Trennwarte, Anwaltsstr. 67/68.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Von der Zugschleife z. Watzmann.

**Lessing-Theater.**  
Gastspiel d. Neuen Operntheaters.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Dollarprinzessin.  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

**Berliner Theater.**  
Operetten-Gastspiel.  
Seite 8 Uhr:  
Ein Herbstmanöver.  
Neuen 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Sein Sündenregister.  
Sonntag und folgende Tage:  
Sein Sündenregister.  
Neues Kgl. Opera-Theater (Kroll).  
Gura-Oper.  
Einfache Preise.

**Othello.**  
Oper v. Giuseppe Verdi. — Anf. 7 1/2 Uhr.  
Sonntag: Lehongrin. (Anf. 7 Uhr.)  
Montag: Salome. (Anf. 8 Uhr.)  
Neues Operntheater.  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
Anfang 8 Uhr:  
Die Sprudelfee.  
Operette in 3 Akten v. N. Reinhardt.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Sonntag, den 24. Juli, abends 8 Uhr:  
Der Waffenschmied.  
Röm. Oper in 3 Akten v. H. Lehning.  
Neu entworfen. (Kleine Preise.)  
Sonntag, den 24. Juli, abends 8 Uhr:  
Oberon, König der Elfen.  
Abends 8 Uhr: Martha oder Der Markt zu Richmond.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Familie Schmek.

**DERNHARD ROSE THEATER**  
Dr. Franzfurter Str. 132.  
Was eine Frau kann.  
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Auf der Gartenbühne Anfang 4 1/2 Uhr.  
II. a.: Rau sicut dani! Dr. Pantomime.  
Erkennliche Spezialitäten.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16.  
Große Extravaganza!  
9 1/2. Schulbewußt. 9 1/2.  
Charaktergemälde a. d. Berl. Volkstisch.  
Vorher: Das große neue Programm.  
Anf. 7. Klaffelocher 3-6. Entree 30 Pf.  
Während u. nach d. Vorst.: Extra-Ball

**Königstadt-Kasino.**  
Dolomathstr. 72 (Ede Altonaer Garten).  
Tägl. i. d. Berl. Natur-Sommergarten bei ungenügender Witterung i. Saale.  
Gr. Theater u. Spez.-Vorstellung.  
Ich danke, Herr Franke.  
Schwan in 1 Akt von D. Richter.  
Melior, Dumbo, Steininger, Filippo.  
La belle Theresia, Stuh u. Schnell.  
Anf. wochentl. 8 Uhr. Sonntag 8 Uhr.

**Max Kliems Sommer-Theater und Festsäle**  
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.  
Täglich:  
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Art. Leitung: Walter Gravenitz.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Während und nach der Vorstellung Tanskränzchen.

**Gr. Militär-Konzert.**  
Jeden Dienstag:  
Gr. Kinder-Freuden-Fest.  
Entr. 15 Pf. Nähe od. Schärpe groß.

Verantwortl. Redakteur: Wilhelm Döwse, Dichtenberg. Für den

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)  
Täglich:  
Madame Bonivard.  
Schwan in 3 Akten von Alexander D'Almeida und Antony Davis.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Täglich:  
Der Biberpelz.  
Eine Diebstahlskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

**CASTAN'S PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 105 (Pachorrpalast).  
Das menschliche Monstrum!  
2 Köpfe, 1 Rumpf, 4 Arme und 4 Beine.  
Signor ARTURO als Entfesselungskünstler.  
Arturos als Zauberland.  
Voranzeige! Vom 1. August ab:  
Humoristische Künstler-Abende.

Von der Michaelbrücke an der Michaelkirchstraße heute Gr. Mondscheinfahrt mit Musik nach Richtershorn, direkt am Wald und langen See gelegen. Dofelst: Großer Ball. Abfahrt 9 1/2 Uhr abends. Preis für und zurück 50 Pf. Außerdem Sonntag 9 Uhr früh direkt nach Müdersdorf zum alten historischen Bergmannsfest. Preis für und zurück 55 Pf. Kinder für und zurück 50 Pf. G. Bachow. Teleph.: IV, 5621. 6358

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend!  
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der Azteken!  
Aga, die schwabende Jungfrau.  
Ganz Berlin zerbricht sich den Kopf über Aga.  
Alles ohne Extra-Entree.

**Passage-Theater.**  
Das sensationelle Eröffnungs-Programm.  
Willi Prager. The Rubys. Käte Hyau.  
12 Attraktionen.

**Passage-Theater.**  
Die neue Künstlerbar.  
Eine Schenkwürdigkeit Berlins.

**Metropol-Theater**  
Die oberen Zehntausend.  
Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**WINTERGARTEN**  
„La Pia“  
in ihrer Novität:  
„Der Wellen Geist“  
sowie die allabendlich stürmisch applaudierten Juli-Attraktionen.  
Reservierter Platz 2 M., Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe.)

**Apollo Theater**  
Letzter Monat.  
9.50 Sum 94. Wale: 9.50  
Hartstein Er oder Er.  
Vorher: Jean Paul.  
Die 9 Yankee Doodle Girls.  
Die lustigen Zeeher.  
10.30 10.30  
Schönheitsfestung in Hamburg.  
Ab 8 Uhr: Das wunderb. Prog.

**Reichshallen-Theater.**  
Seute: Gastspiel Winter-Tymian  
mit seiner berühmten Duzengesellschaft.  
Anf. wochentl. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Sonntag, den 1. August:  
Wiederbeginn der Saiten der Stettiner Sänger.

**Max Kliems Sommer-Theater und Festsäle**  
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.  
Täglich:  
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Art. Leitung: Walter Gravenitz.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Während und nach der Vorstellung Tanskränzchen.

**ZOOLOGISCHER ZARTEN**  
Täglich:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Entr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kind u. 10 Jahr. d. Hälfte.  
Nur noch einige Tage!  
Zirkus Charles

**Maybach-Ufer**  
an der Thielen-Brücke, Ecke Pfäuger- und Panierstr. Straßenbahnlinien 94, 46 u. 22. Tel. Rixdorf 1418.  
Allabendlich 8 Uhr:  
Elite-Gala-Vorstellg.  
mit gänzl. neuem Programm. Neu! D. Elefant als Kunstfahrer. Neu! Das Elefantentbaby. Jede einzelne Nummer eine Attraktion u. Schlager. Täglich abds. 10 U. 20 Min.: Auftreten der weltberühmten Löwen-Dompteuse Miss Charles mit ihren 8 1/2 14 wilden Löwen 14 einzig dastehend, ohne Konk. Preise der Plätze wie gewöhnl. Jeder Erwachsene hat d. Recht, ein Kind unter 12 Jahren frei einzuführen.

**Elysium**  
Landsberger Allee 40/41. Ecke Petersburger Straße.  
Seute sowie täglich im prachtvollen Naturgarten:  
Vorstellung abwechselnd von drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.  
Schweizer-Garten  
Am Röntgenstr. Am Friedrichshain  
Heute:  
Gr. Internationales Kostüm-Fest verbunden mit Italien. Nacht. Gr. Festzug. Fest-Ball. Fackelpolonaise. Illumination. Theater-Spezialitäten. Belustigungen für Groß und Klein. Sommerferien haben Gültigkeit.

**Volksgarten-Theater**  
früher Weimanns Volksgarten.  
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Sonja Suwaroff. X. Mita Rosalli. The Odoros. X. Hubels-Trio.  
Der Brandstifter von Berlin.  
Volksst. m. Gef. u. Lang u. Reisingen.  
Donnerstag 12. Aug.: Gr. Gartenfest

**Dühmanns Theater**  
Schlesier Allee 123  
Kastanien-Allee 77/79  
Goldene Jugend.  
Ausstattungs-Operette in 2 Akten von Walter Gericke.  
Sontag  
12 erstklassige Spezialitäten.  
Prilbis.  
Anfang 5 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
Gr. Militär-Konzert.  
Jeden Dienstag:  
Gr. Kinder-Freuden-Fest.  
Entr. 15 Pf. Nähe od. Schärpe groß.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
Man lebt ja nur einmal!  
Havemanns größte Raubtierschule d. Welt. Spezialität: Konzert, Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin und Umgegend.

**Achtung! Fahrstuhlarbeiter!**  
Sonntag, den 25. Juli, mittags 12 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
für sämtliche an Fahrstühlen beschäftigten Kollegen  
in Anton Dokers Festsälen, Weberstr. 17.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Mißstände in unserem Beruf und wie sind dieselben zu beseitigen? 2. Diskussion.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Fahrstuhlarbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1957.

**Achtung! Geldschrankschlosser!**  
Montag, den 26. Juli, abends 6 1/2 Uhr,  
in Frankes Festsälen, Badstr. 19:  
**Versammlung**  
sämtlicher in den Geldschrankfabriken beschäftigten Arbeiter.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über den Stand unserer Bewegung, 2. Diskussion.  
Zahlreichen Besuch erwartet 120/10 Die Ortsverwaltung.

**Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.**  
Zweigverein Berlin und Umgegend.  
**Sektion der Staker!**  
Montag, den 26. Juli 1909, abends 8 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 5).  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über den Stand unserer Bewegung, 2. Diskussion.  
Zahlreichen Besuch erwartet 29/19\* Der Einberufer.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).**  
**Mitglieder-Versammlungen**  
finden statt:  
Bezirk A am Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 9.  
" B am Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Ehlert, Wiener Straße 25.  
" C am Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Alte Valobir, 18/19.  
" D am Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 3.  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftliches. 2. Kasienbericht vom 2. Quartal 1909. 3. Verschiedenes.  
286/15 Die Ortsverwaltungen.

**Brunnen-Theater**  
Badstr. 58. Direktion: Willi Vaigt.  
Seute sowie täglich:  
X. Erkennliche Spezialitäten! X. Novität! Novität!  
Eine tolle Nacht.  
Gr. Ausstattungs-Vollspiel mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Freund und Rannhaldt.  
Rasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Walhalla-Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.  
Anfang 8 Uhr. Im Theater:  
Die grandiosen Spezialitäten.  
Im Garten: Freikonzert.  
Vor der spanischen Arena.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Alt-Moabit 47/48.  
Täglich:  
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.  
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Sonntag 6 Uhr. 5 Uhr. Garteneröffnung 3 Uhr.  
Neben Sonntag Elitetag, Spezialitäten und Solos der „Lustigen Sängler“.  
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
Man lebt ja nur einmal!  
Havemanns größte Raubtierschule d. Welt. Spezialität: Konzert, Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Schauer Stralsunderstr. 1.  
Ausnahme-Preise.  
Abnahme: Juli.

**A. B. Koch**  
Kohlengroßhandlung  
Gegründet 1893.  
Haupt-Kontor Berlin O. 34, Petersburger Straße 1 (vis-à-vis Warschauer Straße).  
Fernspr. Amt 7 Rr. 3040 u. 3066.  
Lagerplatz I: Berlin O. 34, Bromberger Str. 16 (am Ostbahnhof).  
Lagerplatz II: Berlin O. 17, Fruchtstraße 13 (Güterbahnhof Lichtenberg).  
Lagerplatz III: Güterbahnhof Wilmersdorf, Grefenwalder Straße 80a. Amt VII, 7624. 6002\*  
Lagerplatz IV: Berlin N., Behmstraße 28-31 (Ede Schlegelbeiner Straße).  
Preise für nur 10 Markon ab Platz vom 10 Jhr. an:  
Prima Halbheide  
Herbinaud Str. 78 Pf.  
Halbheide Rauchhammer Str. 81 Pf.  
Halbheide Alts. Str. 85 Pf.  
Herbinaud-Bril. Str. 80 Pf.  
Anna und Waldmannsbeil Str. 87 Pf.  
Pflanzenhaft Str. 89 Pf.  
Die Diamant-Salon (pr. Str. 110-120 St.) Str. 95 Pf.  
Die Kind. Kohlenwerke Str. 95 Pf.  
Die Alse Salon Str. 95 Pf.  
Die Anthrazit-Gade Str. 2, 15  
Kofe, Steintoblen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionalspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalanfragen und größeren Aufträgen verlangen Sie meine Spezial-Liste.

**Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.**  
= Unerreichte = Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.  
Sehr starkes Leder mit Zwirnnaht in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kapnähte mit starkem Garn.  
Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken umsonst.  
Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe 4 M. 50  
Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

**BAER SOHN**  
Spezial-Haus größten Maßstabes  
Chausseestr. 39-30 — Brückenstr. 11  
Gr. Frankfurterstr. 30  
Schöneberg, Hauptstr. 10.  
Haupt-Katalog gratis u. franko.  
Nachr. verboten

**Soeben erschienen!**  
**Jugend-Liederbuch**  
Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.  
Preis kart. 20 Pf., geb. 30 Pf.  
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

**Nathan Wand**  
129 Staliger Str. 129.  
Die schönsten 1896/2  
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von Modellen getragen. Soeben, fast neu, für jede Figur passend, speziell danach angefertigt und in großer Anzahl stets zu handverbilligen Preisen zu haben.  
Nathan Wand  
129 Staliger Str. 129.  
Hauptstation Kottbuscher Tor.  
Bitte auf Handnummer zu achten.



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am heutigen Tage feiert der Mundharmonikaberein „Ramenlos“ in den uns nicht zur Verfügung stehenden „Germania-Sälen“ in Charlottenburg ein Sommerfest mit Tanz. Wir ersuchen alle etwa angebotenen Biletts entschlossen zurückzuweisen.

In Marienfelde sieht uns das Lokal von Berger, Dorfstraße 30, nicht mehr zur Verfügung; in Treptow wird das Lokal der Witwe Graumann, Köpenicker Landstraße, Ecke Eisenstraße, nicht mehr zu allen Veranstaltungen hergegeben; in Mariendorf suchen wir die Lokale Graß „Gesellschaftshaus“, Chausseestraße 305, und Bierocks „Feldschlößchen“, Rurfsrüfenstraße 44, zu meiden.

Zum Bergmannsfest in Rüdersdorf-Kallberge teilen wir mit, daß uns daselbst nur folgende Lokale zur Verfügung stehen: „Gasthaus zur Linde“, Jnh. Grewe, Heimiger Straße 19, „Deutsches Haus“, Jnh. Schwedersky, Am Kesseltier, „Gesellschaftshaus Glad Auf“, Jnh. Köppl, Schulstraße 18. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Morgen, Sonntag, den 25. Juli, findet unser beliebtes Waldfest statt, und zwar geht es nach dem wundervoll gelegenen Grünau. Es finden dort Belustigungen statt für Jung und Alt. Treffpunkt früh 7.30 Uhr am Södeliger Bahnhof. Gutes Wetter ist bestellt. Zu diesem Fest werden alle Genossen mit Familie eingeladen. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. Die Abteilungsleiter.

Dritter Wahlkreis. Heute, Sonnabend, den 24. Juli findet in der „Neuen Welt“, Halensee, das Sommerfest des Wohlfahrtsvereins statt. Daselbst besteht aus Konzert, Spezialitätenvorstellungen, Marionettentheater, Fackelpolonaie, Reigenfahrten u. s. w. Von 9 bis 10 Uhr werden am Eingang gratis verteilt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Vierter Wahlkreis. Wie im vergangenen, so findet auch in diesem Jahre das beliebte Familienfest des vierten Kreises am Montag, den 26. Juli in dem zu diesem Tage besonders dekorierten Gartenlokal des Herrn Ludwig, Treptow, Köpenicker Landstraße, statt. Jedes Kind erhält je einen Bon für Stocklaterne, Kopfbedeckung und Narussell gratis. Außer den übrigen Unterhaltungen werden vornehmlich für die Kinder unter Leitung von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“ Spiele mit Verteilung von Bonbons arrangiert. Bei dem niedrigen Eintrittspreis von 20 Pfennigen für Erwachsene — Kinder sind frei — wird auf starken Besuch gerechnet.

Nowawes. Am morgigen Sonntag von 9 bis 12 Uhr vormittags werden die Beiträge des Wahlvereins einliefert im ersten Bezirk bei Otto Glente, Wallstr. 55; im zweiten Bezirk bei Karl Groß, Priesterstr. 69, und im dritten Bezirk Karl Gomoll, Großbeerenstr. 59. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Nege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das „Werkhause“.

Einen beachtenswerten Beweis im Tiefstand sozialpolitischer Empfindens leistet sich der „Berliner Lokalanzeiger“ in seiner Morgennummer vom 20. Juli. Die Nummer enthält unter der Ueberschrift „England, wie es ist“ unter anderem eine Abhandlung über die Londoner Arbeitslosenfrage. Angesichts des grenzenlosen Elends, das in der Riesenfstadt herrscht, ein Elend, dessen Wahrnehmung jeder menschlich fühlende zu seinen erschütterndsten Erlebnissen zählen wird, mutet es wie ein Hohn an, wenn der Artikelschreiber sich wie folgt äußert:

„Wenn die Londoner sagen: „Das sind unsere Arbeitslosen“, so merken sie gar nicht, was jedem Fremden sofort auffällt; nämlich, daß all diese schmutzigen, gekerbten Gestalten gar nicht den Eindruck Arbeitsloser machen. Daß sie vielmehr aussehen wie Leute, die der Arbeit meilenweit aus dem Wege zu gehen bemüht sind. So wie der durchschnittliche Londoner Arbeitslose sieht kein Mensch aus, der wirklich Arbeit sucht. Der hat keine Zeit, sich an den Ecken zu versammeln oder die Hauptstraße zu patrouillieren; alles Plätze, wo sicherlich keine Arbeit zu finden ist.“

Dieser Erguß verdient nur tiefes Gehäng zu werden, bringt er doch zur schreienden Not noch den schneidenden Hohn. Der Verfasser versteht sich dann zu der nachfolgenden Behauptung:

„Zweifellos gibt es Tausende von wirklich Arbeitslosen im großen London, aber dies sind gerade die, welche der Fremde nicht sieht. Die sich aufdrängen auf Schritt und Tritt, das ist die beschriebene „Sorte.“

Es ist ja sehr gnädig, anzunehmen, daß es unter den Hunderttausenden, die in London ohne Erwerb herumlungern, auch einige Tausend „wirklich“ Arbeitsloser gibt. Warum die sich aber gerade von den Fremden und damit auch wohl den Einheimischen nicht sehen lassen sollten, ist nicht ersichtlich, erreichen sie etwa eine Erwerbsmöglichkeit, indem sie sich im Winkel verkriechen? Und wie mögen sich wohl die wirklichen von der beschriebenen „Sorte“ unterscheiden.

Die geradezu ideale Lebensweise dieser „Sorte“ schildert der Verfasser dann wie folgt:

„Natürlich fragt der Fremde sofort: Wie leben alle diese Menschen? Und die Antwort macht ihn dann mit einer englischen Institution bekannt, die einzig in der Welt dastehen dürfte, die dem Deutschen jedenfalls gänzlich unbekannt ist; nämlich das „Werkhause“, zu deutsch Arbeitshaus. Die Bezeichnung erinnert wohl an unsere Korrekptionsanstalt; das „Werkhause“ ist in der Tat aber wohl das gerade Gegenteil. Es ist gewöhnlich ein prächtiges Gebäude — in dem Stadtteil Lambeth könnte man es fast einen Palast nennen, zu dem jeder Mensch, der außer Arbeit ist, Zutritt erhält. Das heißt, er erhält ein Abendbrot, Bett und ein Frühstück und darf dann den Tag hindurch — auf die Arbeitsstube (soll wohl heißen Arbeitstube) gehen. Findet er keine, so kommt er am Abend wieder ins „Werkhause“ zurück. Und wie nicht anders zu erwarten, kommt er eben meistens — zurück.“

Wächte unter diesen Umständen nicht mancher arme Teufel in deutschen Großstädten gern Arbeitsloser in London sein? In prächtigen Palästen hausen, gut gespeist und beherbergt werden, wenn diese nicht das Wasser im Munde zusammen? Sonderbar nur, daß man des Nachts in London auf Schritt und Tritt Obdachlose bemerkt, deren Zahl in die Zehntausende geht. Männer, Weiber, Kinder, Mütter mit Säuglingen auf dem Arm lauern in Winkeln, unter Brücken, auf Bänke, in leeren Bogen usw. Trotz der gepriesenen Werkhäuser. Warum wohl? Sollte sich nicht doch die Ueberzeugung aufdrängen, daß zu der grenzenlosen Not die Institutionen der Wohlthätigkeit sich verhalten wie Tropfen auf dem heißen Stein? Im übrigen sind die Werkhäuser manchem Deutschen durchaus nicht so unbekannt, vor allem nicht vielen in London weilenden. Sie wissen aber aus eigener Erfahrung ein ander Lied darüber zu singen. Doch darüber nachher noch ein Wortchen.

Gesetzt nun, die „Werkhäuser“ wären eine so ideale Einrichtung, wie unser Artikelschreiber sich äußert, wie denkt nun unser Menschenfreund über den Segen, den sie angeblich stiften. Er schreibt mit kühler Offenheit, nachdem er noch eine Bemerkung gemacht hat, die beweist, daß er vom Wesen der Londoner „Borough“ nicht die mindeste Ahnung hat;

„Sie — die Häuser — verursachen eine Unmenge Kosten, und es ist gewiß charakteristisch für das gute Herz des Engländers — denn der Engländer ist gutberzig — daß er diese Kosten aus den Stadtsteuern zahlt, ohne zu murren. Aber ob die ganze Einrichtung gut ist, möchte ich bezweifeln. Der Mann, der sich sagt, er muß heute noch 50 Pf. verdienen, sonst hat er morgen nichts zu essen, wird sich doch noch ganz andere Mühe geben, diese paar Pfennige zusammenzubringen, als der Mann, der sich sagt: „Schlimmstenfalls gehe ich ins „Werkhause“!“

Man fühlt sich veranlaßt, zu wünschen, daß der Mann, der eine solche Behauptung wagt, selbst einmal arbeitslos nach London versetzt werden möchte, damit er auskosten kann, was es in der Lage heißt, selbst 50 Pf. zu verdienen. Charakteristisch ist ja übrigens, daß 50 Pf. als zum Leben genügend erachtet werden.

Was sind nun diese erst gepriesenen und dann als unnütz erklärten „Werkhäuser“. Es sind — wie ihr Name besagt — „Arbeitshäuser“. Ergo muß darinnen auch gearbeitet werden. Davon steht in dem Artikel kein Ton. Und zwar muß hart gearbeitet werden. So hat Schreiber dieser Zeilen gelegentlich einer vorübergehenden Rollage in einem englischen Arbeitshaus Steine kopfen müssen, und zwar bei etwa 10 Grad Kälte. Und worin bestand die Verpflegung? Es gab des Abends 250 Gramm trockenen schwammigen Weizenbrot. Weiter nichts. Nicht mal einen Trunk. Wer einen Becher eßig schalen Tees haben wollte, mußte 1/2 Penny bezahlen. Und am anderen Morgen gab es wieder die gleiche Ration Brot und wieder nichts — rein nichts dazu. Dann hieß es drei Stunden Steine kopfen bis zum „Dinner“. Und worin bestand dies? Wieder die betreffende Ration trockenen Brotes, diesmal ergänzt durch eine dünne Schmitte holländischen Käses. Und das waren nicht Ausnahmestunden, sondern wie ein Anschlag an den Wänden bewies, die vom Verwaltungsrat der Anstalt für jeden Tag festgesetzten Rationen. Das klingt anders, als die Schönfärberei im „Lokalanzeiger“. Nicht wahr? Und bei dieser Verpflegung müssen Steine geklopft werden! Außerdem wurde ja oben behauptet, daß man ein „Bett“ bekomme. Ein Bett! Ja, eine gerumpelte Hängematte, eine schmutzige Decke oder auch einen Winkel auf dem harten Steinboden. Einen „Vortheil“ haben die betreffenden Häuser allerdings. Sie bieten Schutz gegen die Kälte im Winter. Es ist sogar sehr warm darin, da jedes Winkelschen mit schlafenden, schnarchenden, ausdünstenden Menschen überfüllt ist.

Welche Sonne muß es für den englischen Proletariat sein, in solchen Gebäuden seine Zeit zu verschlemmen. Es sei nicht verschwiegen, daß viele Engländer mir gegenüber die Einrichtungen der Arbeitshäuser als eine Schmach bezeichneten; erst dem ehemals „größten“ deutschen Blatte bleibt es vorbehalten, diese „Luzusorte“ in bengalischer Beleuchtung zu zeigen. Ein blutigerer Hohn auf die Elendesten der Menschheit ist nie in die Welt gesetzt worden.

Das Fernsprechen der Berliner Vororte. Von den Fernsprechanschlüssen des Oberpostdirektionsbezirks Berlin, die nach der letzten Aufnahme, wie berichtet, 146 476 betragen, entfallen auf die Kemter außerhalb Berlins jetzt insgesamt 88 927 Anschlüsse. Die meisten Anschlüsse hat nach wie vor das Amt Berlin-Charlottenburg. Mit 16 071 Anschlüssen übertrifft es an Umfang drei Berliner Kemter. Nur die Kemter 6, 1 und 4 sind größer als das in Charlottenburg. An zweiter Stelle kommt unter den Vororten das Amt Berlin-Wilmersdorf mit 6967 Anschlüssen. Selbst ganz Rixdorf hat noch nicht die Hälfte davon, nämlich 2927 Anschlüsse. Steglitz zählt 2122 Anschlüsse. Alle anderen Kemter haben noch nicht einmal 2000. Am meisten hat Groß-Lichterfelde mit 1807, dann Friedenau mit 1579, Lichtenberg mit 1298, Pantow mit 1214, Tempelhof 1097 und endlich Weßensee, das zur Zeit der Aufnahme merkwürdigerweise genau 1000 Anschlüsse zählte. Nahe kommt das industrielle Ober-Schöneweide mit 971, dann Reinickendorf mit 825. Tegel zählt 671, Adlershof 252. Verhältnismäßig klein ist das Amt Hagen-Schönhausen mit 111 Anschlüssen. Großbeeren hat jetzt 17, Wilmersdorf, das kleinste Amt im Berliner Bezirk, ganze 10. Hauptanschlüsse hat kein Amt in den Vororten 10 000. Selbst Charlottenburg nur 9918, Wilmersdorf zählt 4656, Rixdorf 1711, Steglitz 1806, Groß-Lichterfelde 1196, Friedenau 1020. Charlottenburg mit seinen großen industriellen Anlagen zeichnet sich durch besonders zahlreiche Anschlüsse aus, die von der Privatindustrie hergestellt sind, nämlich 888, eine Zahl, die selbst in Berlin nur von den Kemtern 1 und 6 übertroffen wird.

Von der Unfallversicherung durch Zeitungsabonnent. Für Abonnenten der „Berliner Allgemeinen Ztg.“ zahlt der Verlag des Blattes bei Unfällen eine Vergütung, sofern gewisse Bedingungen erfüllt werden. Der Höchstbetrag ist auf 1000 M. festgesetzt; sie werden gezahlt, wenn ein Unfall die Ganzinvalidität oder den Tod herbeigeführt hat. Sonst aber muß man schon einen sehr erheblichen Schaden am Körper erlitten haben — z. B. Verlust von zwei Fingern einer Hand, Verlust einer ganzen Hand, eines Armes oder Beines, des Gehörs oder eines Auges — wenn man eine Vergütung von ganzen 100 M., 200 M., 300 M. dabontragen will. Manche der Hoffenden, die durch das Versprechen einer Unfallvergütung sich zum Abonnement auf das Blatt bewegen lassen, sind nicht ganz im Klaren über die Tragweite jener Bedingungen, durch die ihre Ansprüche stark eingeschränkt werden. Daher kommt es immer wieder vor, daß nach Unfällen der Verlag der „Berl. Allg. Ztg.“ den geltend gemachten Anspruch „mit Bedauern“ zurückweist, weil die Bedingungen nicht erfüllt sind.

Recht lehrreich ist wieder eine Erfahrung, die von der Witwe eines kürzlich verstorbenen Gaswerksarbeiters B. gemacht werden mußte. B. sei krank auf seiner Arbeitsstelle um, ein Arzt nahm Herzschwäche als Ursache an, acht Tage nachher erlaubte er dem Gesehenden wieder auszugehen, am nächsten Tage trat eine neue Erkältung ein, und eine Herzlähmung machte dem Leben des Mannes ein Ende. Jetzt gab der Arzt auf dem Totenschein an, Herzschwäche nach Gasvergiftung sei die Todesursache. Die Polizei veranlaßte hiernach, daß die Leiche zur sicheren Feststellung der Todesursache obduziert wurde. Aus den Mitteilungen über das Ergebnis der Obduktion entnahm die Witwe, daß tatsächlich eine Gasvergiftung mit ihren Folgen den Tod herbeigeführt habe, daß also ein Unfall vorliege. Der Verstorbene war Abdoment der „Berl. Allg. Ztg.“ gewesen, mithin glaubte Frau B. einen Anspruch auf Unfallvergütung zu haben. Noch ehe durch Obduktion festgestellt war, daß ein Unfall vorlag, hatte sie — gestützt nur auf die Angabe des behandelnden Arztes — sogleich am Tage nach eingetretenem Tode dem Verlag den Unfall und Tod gemeldet. Die Antwort, die ihr zuteil wurde, bereitete ihr eine bittere Enttäuschung. Der Verlag schrieb, er „bedauere“, keine Vergütung zahlen zu können, da der Unfall zu spät gemeldet worden sei. Der Unfall habe bedingungsgemäß „innerhalb 8 Tagen“ gemeldet werden müssen, das sei nicht beachtet worden, der Verlag müsse aber „aus bestimmten Gründen“ an den Bedingungen festhalten. „Innerhalb 8 Tagen“, so steht's in dem Brief und ebenso steht's in der Tat auch in den Bedingungen. Ob das aber bedeutet: innerhalb acht Tagen nach Ereignung des Unfalls oder: innerhalb acht Tagen nach Erkennung des Unfalls, das ist nicht angegeben. Die Witwe des durch Gasvergiftung zu Grunde gegangenen Gaswerksarbeiters meint, man könne einen Unfall selbstverständlich erst dann als Unfall melden, wenn er als Unfall erkannt und festgestellt worden sei. Der Verlag der „Berl. Allg. Ztg.“ aber glaubt „aus be-

stimmten Gründen“ daran festhalten zu müssen, daß ein Unfall innerhalb acht Tagen nach Ereignung gemeldet werde. Kann das nicht geschehen, weil der Unfall innerhalb dieser Zeit noch nicht als Unfall erkannt war, so — ist der Ausspruch auf Vergütung futsch.

Die Vorschrift über die Meldefrist ist nur eine von den vielen Bedingungen, die dem Abonnenten auferlegt werden und seine Ansprüche einschränken. Seit dem 1. Juli dieses Jahres sind nun vom Verlag die Einschränkungen, die er sich ausbedingte, wieder noch vermehrt worden. Selbstverständlich gelten diese neuen Bedingungen auch für die alten Abonnenten, nicht nur für die etwa noch neu hinzutretenden. Demen, die sich nicht rechtzeitig über die gemachten Zusätze und ihre Bedeutung unterrichten, können nach Unfällen sehr unangenehme Ueberraschungen bereitet werden. Wir wollen hier nur einen Punkt hervorheben. Vom Anspruch auf Vergütung sind unter anderem auch diejenigen Unfälle ausgeschlossen, die bei „nicht auf festem Boden ausgeführten Arbeiten“ sich ereignen. Das ist eine sehr debukbare Bedingung, deren Tragweite nicht unterschätzt werden darf. Zum Schluß gestatte man uns noch eine Feststellung, die sehr nötig erscheint. Auch in den neuesten Bedingungen fehlt noch immer eine Angabe, nämlich die, daß die versprochene Unfallvergütung nicht etwa eine lebenslängliche ist. Im Irrtum zu verfallen, sollte der Verlag der „Berl. Allg. Ztg.“ bei der nächsten Änderung seiner Bedingungen ausdrücklich hervorheben, daß er die Vergütung nur einmal zahlt.

Die verschwundenen Akten. Ein sehr dankbares Arbeitsfeld für einen „Sherlock Holmes“ bot sich gestern in dem Roabriter Kriminalgericht. Vor der 25. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg sollte morgens um 9 Uhr mit der Verhandlung begonnen werden. Richter, Schöffen, Amtsanwalt, Angeklagte, Zeugen und selbst die Jurierer waren pünktlich zur Stelle, es fehlte nur noch etwas, nämlich die Hauptsache. — Die Gerichtsakten. Diese waren spurlos verschwunden. Es entstand eine heillose Verwirrung, jeder Winkel wurde von den Bureaubeamten durchstöbert, die Akten waren und blieben spurlos verschwunden. Schließlich stellte es sich nach allen möglichen Recherchen heraus, daß das „Karnikel“ ein Aktenwagenaufsteller war, der die sämtlichen Akten an irgend einer Stelle, nur nicht an der richtigen abgegeben hatte. Es wurde nunmehr das Telefon in Bewegung gesetzt, um den Aufenthaltsort der Akten zu ermitteln. Aber auch dies blieb ohne Erfolg. Mittlerweile hatten sich auf dem Korridor zahlreiche vorgeladene angeammelt, die nach längerem Warten wieder nach Hause geschickt werden mußten. Dem Gericht blieb endlich nichts weiter übrig, als sämtliche 19 Sachen aufzuheben, da alle Bemühungen, die Akten ausfindig zu machen, scheiterten.

Der Paletotmarder im Kerkerzimmer. Seit Monaten gingen der Kriminalpolizei fortgesetzte Anzeigen über Paletotdiebstähle zu, die in den Vorzimmern von Ärzten im Westen Berlins, sowie in Schöneberg und Charlottenburg verübt worden waren. Die Polizei konnte aus den zahlreichen Anzeigen feststellen, daß der Spigbube ganz systematisch bei seinen Raubzügen vorging, indem er immer den Ärzten der angrenzenden Straßenzüge seine unwillkommenen Besuche abstattete. Daraufhin wurden die ärztlichen Vorzimmer in denjenigen Stadtvierteln, aus denen die letzten Anzeigen erstattet waren, von der Kriminalpolizei überwacht und in dieser Weise ist es denn gestern endlich gelungen, den Paletotmarder in der Person eines 27jährigen Kaufmanns Ernst Cohn bei einem Diebstahl in der Pragerstraße festzunehmen. Der Verhaftete, der einer angelegenen Berliner Familie angehört und sehr elegant auftrat, hat bereits über dreißig in solcher Weise verübte Paletotdiebstähle eingestanden. Die gestohlenen Ueberzieher hat er teils verjetzt, teils an Trödler verkauft. Er hat auch in den Taschen der entwendeten Paletots zum Teil nicht unerhebliche Goldbeiträge vorgefunden. C. arbeitete in der Weise, daß er sich als Patient unter falschem Namen bei den Ärzten melden ließ, um dann bei geeigneter Gelegenheit unter den auf dem Korridor hängenden Paletots mit Kemerblid eine Auswahl zu treffen.

Das eine Opfer des schweren Bootsunfalls am Sonntag bei Nieder-Neuendorf an der Havel, der Schloffer Maxin aus Charlottenburg, ist gestern in der Nähe der Unfallstelle bei Heiligensee aufgefunden und gelandet worden. Die Leiche des ertrunkenen Kindes konnte noch nicht geborgen werden.

Eine Protestversammlung gegen den Nudrennbetrieb im Botanischen Garten fand in der Viktoria-Brauerei statt. Zahlreiche Personen, die in der Nachbarschaft des Botanischen Gartens wohnen, wurden durch den dort verübten Lärm schwer geschädigt. Eine Beschwerde an den Polizeipräsidenten hat aber, wie Polizeihändler Lebbin mitteilte, nichts genützt; die Antwort lautete, daß das Geräusch, das durch die Nudrennen hervorgerufen werde, nicht größer sei, als der gewöhnliche Straßenlärm (!!) und ein Verbot des Betriebes nicht erfolgen könne. Es wurde beschloffen, zunächst gegen den ablednenden Reichsdirektor des Polizeipräsidenten Beschwerde zu erheben. Man wählte eine Kommission, die den Antrag erhebt, weitere Schritte vorzubereiten.

Die Erörterung der Rechtsfrage und deren formeller Auspruch wird in jedem Falle allgemeine und große Bedeutung haben, wenn auch für die Anwohner vielleicht praktisch nicht mehr nötig sein. Denn „über das Vermögen des Kaufmanns Adolf Elsner zu Berlin, Potsdamer Straße 75 wohnhaft, ist am 21. Juli, nachmittags 1 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Kaufmann Ernst Juthe, Berlin W. 30, Barbarossastr. 42, ist zum Konkursverwalter ernannt.“ So lautet die Bekanntmachung des königlichen Amtsgerichts Berlin-Schöneberg, Abteilung IX. Diese Nachricht kommt nicht überraschend, wenn man die Entwicklung des Sportparks Botanischer Garten in Betracht zieht. Die „B. Z. a. M.“ teilt hierüber folgendes mit:

Aus dem Sportpark Botanischer Garten ist im Laufe dieses Jahres ein Rummelpfad geworden. . . Elsner hat vom Fiskus das Gelände des Botanischen Gartens für 50 000 M. jährlich gepachtet und an die anderen Unternehmer weiter verpachtet, die ihrerseits wieder an Jahrmärktenveranstaltungen und Schaubühnenbesitzer Plätze vergeben haben. Elsner war früher ein bekannter Rennfahrer zu der Zeit, als noch die Hochradfahrer ihre Triumphe feierten. Später gründete er dann ein Fahrradgeschäft, bis er das Terrain des alten Botanischen Gartens pachtete, das für Sportweide, Tennis, Eisbahn usw. umgewandelt wurde. Mit seiner neuesten Gründung, der Radrennbahn, scheint sich das Schicksal seiner Unternehmungen erfüllt zu haben. Wie wir entnehmen, sind die Verhältnisse, sowohl die rechtlichen wie die finanziellen, äußerst verworren. Es ist übrigens von Direktor Elsner gegen die Beantragung und Eröffnung des Konkurses die Beschwerde eingelegt worden.

Wir möchten noch besonders darauf hinweisen, daß es der Fiskus ist, der durch seine spekulative Ausnutzung des Geländes schließlich nicht zum Wohle der großen Masse der Bevölkerung beiträgt. Anstatt auch seinerseits neben den Kommunen in hygienischer Beziehung für das gesunde Wohlbefinden der Steuerzahler beizutragen durch Gerichtigung des Geländes zu einem schönen Park, sucht er alles heraus, um nur recht viel Geld herauszuschinden.

Das Passage-Theater hat die zeitweise Schließung zu einer Renovierung benutzt und einen neuen Foyeraal und eine intim eingerichtete Künstlerbar geschaffen.

Das Eröffnungsprogramm ist mit gutem Geschma zusammen-

nächst die Gärnertruppe, die auf dem Gebiete der Parterre-akrobaten Vorzügliches leistet. Als Handstandkünstler entwickeln die vier jungen Leute eine große Gewandtheit und Kraft. Das gleiche Lob kann auch den „De Diomed“ als routinierter Redner gesendet werden. Als flottes Improvisationszeichner erweist sich Richard v. Kfir, der nach zugerufenen Themas originelle Zeichnungen, Karikaturen, Satiren mit Kohle auf Papier zaubert. In Rich Capella Pensionat stellen sich uns sechs lebhaft Pensionärinnen vor, die tolle Streiche erleben und sich dabei als vorzügliche Tänzerinnen und Meisterinnen verschiedener musikalischer Instrumente vorstellen. Käthe Hyan mit ihren Liedern aus aller Zeit will so gar nicht in diesen Rahmen hineinpassen, da sie mit ihrem gutmütigen Gesichtchen so traumverloren und anschauf. Den Humor vertritt Wally P. a. g. e. r., an dem wir nur bewundern, daß er es mit seinem „Gisela“ und dem „ruhige runde Sagen“-Couplet noch nicht bide bekommen hat.

Verloren gegangene Proteste gegen die Richtigkeit der Wählerliste. In der vierten Ausgegessene: Turnhalle der 200./214. Gemeindefschule, Oberberger Straße 67, erschienen am 21. d. Mts. in der Zeit von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr unter anderem auch 18 Wähler zur Einsicht der dort ausliegenden Gemeindefriedhof- und Wählerliste 20-23 der III. Abteilung (Stadtbezirke 210-213, 218-207, 277 u. 321) 18-14 II. (Stadtbezirke 202-209) 14 I. (Stadtbezirke 203-254 B).

deren Namen aber in den Listen nicht verzeichnet waren. Sie gaben deshalb einzeln ihren Einspruch zu Protokoll. Diese 18 Einsprüche nebst einem Rapport über die Anzahl der zur Einsichtnahme erschienenen sind am Morgen des 22. Juli er. auf der Fahrt zum Wahlbureau in einem Wagen der Linie 47 B der Großen Berliner Straßenbahn liegen geblieben und trotz aller Nachfragen nicht gefunden worden. Es ist anzunehmen, daß diese Papiere von dem betreffenden Finder vernichtet oder weggeworfen sind. Aus diesem Grunde fordern wir die vorerwähnten 18 Wähler auf, ihre Einsprüche nochmals zu erheben und zwar durch Schreiben an unser Wahlbureau, Poststr. 10, bis spätestens 30. Juli d. J.

Nach einer Mitteilung des deutschen Generalkonsulats für Norwegen in Kristiania gilt das norwegische Schiff „Jaren“, Heimathafen Sandefjord, seit der am 16. Juni 1908 von Lobos de Tierra nach Antwerpen angetretenen Reise als verschollen. Der auf diesem Schiffe bedienstete Seemann, am 20. November 1884 geborene Seemann (Steward) R. von Stein (v. von Stein) — zuletzt in Berlin wohnhaft — ist mit dem Schiff als umgekommen anzusehen. Angehörige oder Personen, welche über den Verschollenen oder seine Verwandten Auskunft geben können oder als Erben Ansprüche auf den Nachlaß erheben, werden aufgefordert, sich bei dem kgl. Polizeipräsidium in Berlin, Abteilung IIa zum Altenzeichen S. 875 IIa R. 60 zu melden.

Die Spreestraße von der Brüderstraße bis zur Friedrichsgracht wird behufs Asphaltierung vom 20. d. M. ab bis auf weiteres für Fußverkehr und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam in der Prinzenstraße 88 in einer Wohnung Feuer aus, dem Bett und Möbel zum Opfer fielen. Durch Umsallen und Explodieren einer Petroleumlampe entstand in der Großen Frankfurter Straße 99 ein Brand, der auf seinen Herd beschränkt werden konnte. In der Admiralsstraße 87 brannten in einem Geschäftsfeldier Stierhäuten, Holzwaolle und anderes. Ferner hatte die Feuerwehr in der Oranienstr. 2a und an anderen Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

In einem Kampf zwischen einem Bauwächter und Einbrechern kam es in der gestrigen Nacht auf dem Neubau Charlottenburger Ufer 15. Der Bauwächter Meißner überfiel auf dem bereits im Rohbau fertiggestellten Grundstück zwei Einbrecher, welche im Begriff waren, Bleirohren und andere Metallteile zu stehlen. Die Verbrechen griffen den Wächter tödlich an, der sich mit einem alten Säbel verteidigte und auch einen seiner Gegner nicht unerheblich verletzte. R. wurde aber von den beiden Männern schließlich niedergeworfen, mit Instrumenten geschlagen und mit Füßen getreten, so daß er besinnungslos liegen blieb. Die Verbrechen ergriffen dann unter Zurücklassung der Beute die Flucht und entkamen. Meißner, der erst am Morgen von Bauarbeitern aufgefunden worden war, wurde nach der Charlottenburger Unfallstation in der Berliner Straße gebracht und von dort, nachdem ihm Nothverbände angelegt worden waren, nach dem Krankenhaus Westend übergeführt, wo er in nicht unbedenklichem Zustande daniederliegt.

Ein Kabinettskammer vom preussischen Regierungsbureaukratismus lieferte die schon sehr weit zurückreichende Vorgeschichte der Errichtung eines Gemeindefriedhofs für Charlottenburg. So nachteilig der schleppende Gang der Regierungsmaschinerie für die diesige Bevölkerung auch ist, er brachte doch ein gut Teil Humor in diese überaus ernste Frage.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung waren sich über die Notwendigkeit der baldigen Anlage eines Gemeindefriedhofs schon im Jahre 1904 einig. Und am 8. Oktober 1904 feug deswegen der Magistrat bei dem Regierungspräsidenten an, ob von der Regierung prinzipielle Bedenken gegen die Schaffung eines Gemeindefriedhofs erhoben würden; im verneinenden Falle wurde dann zugleich um die Einleitung kommissarischer Verhandlungen ersucht. Da bis zum 28. November 1904 auf dieses Schreiben noch keine Antwort eingegangen war, wurde von dem Magistrat auf die Dringlichkeit dieser Angelegenheit hingewiesen. Aber auch das hatte keinen Erfolg, so daß am 1. Dezember 1904 sich der Magistrat, zur Sicherheit, mit der Bitte um Beschleunigung dieser Sache an den Oberpräsidenten wendete. Darauf entgegnete derselbe am 14. Dezember 1904, daß er sich eine endgültige Stellung zu dieser Frage vorbehalten möchte, bis die Stadt Charlottenburg mit bestimmten formulierten Vorschlägen an die Regierung heranträte. Und der Regierungspräsident antwortete am 3. Januar 1905, daß selbe, wobei er zugleich die Einleitung von kommissarischen Verhandlungen ablehnte.

Die Stadtverwaltung machte sich nun über die Aufarbeitung der erforderlichen Pläne; man pflog Beratungen und suchte ein geeignetes Terrain. Aber das dauerte bis zum Herbst 1906. Aber inzwischen hatte sich das Konfessionsum in die Sache gemischt und mit prophetischem Blick in die Zukunft fragten die Kirchenmänner bei der Regierung an, ob es richtig sei, daß auf dem Charlottenburger Gemeindefriedhof — der noch gar nicht existierte — die Ursteine gesetzt werde, lausgrabenähnliche Rasengräber herzustellen! Das gab dem Polizeipräsidenten Veranlassung, am 23. März 1906 bei dem Charlottenburger Magistrat anzufragen, was denn aus dem Gemeindefriedhof geworden sei.

Am 12. September 1906 reichte dann der Magistrat sein fertiges Projekt über die Anlage eines Gemeindefriedhofs bei der Regierung ein und schlug als Terrain dafür die Mühlwiesen vor. Nun überlegte sich die Regierung die Sache. So gründlich, daß man bis zum 31. März 1907 nicht mehr darüber erfährte. Dann hörte der Oberbürgermeister bei einer gelegentlichen Besprechung mit dem Oberpräsidenten, daß die Sache „schwebt“. Und sie „schwebte“ beharrlich weiter. Am 30. September 1907 erlaubigte sich der Magistrat darum nochmals nach dem Stand der Dinge. Doch die Sache „schwebte“ noch immer, so daß der Magistrat am 7. November 1907 wiederum anfragte, wie es denn nun mit dem Entscheid der Regierung aussehe. Begründete für die Dringlichkeit der Sache wurde angeführt, daß die Armenverwaltung die allergrößten Schwierigkeiten habe, die Leichen Andersgläubiger bestatten lassen zu können. Aber für eine Sache, die „schwebt“, scheint die Regierung prinzipiell keine Dringlichkeit anzuerkennen. Und so fragte der Regierungspräsident erst am 1. Februar 1908 an, wie e-

Verantwortl. Redakteur: Wilhelm Düvel, Lichtenberg. Für den

die Le Andersgläubige denn durch die Armenverwaltung zu bestatten wären!?! Worauf am 15. Februar 1908 der Magistrat entgegnete, daß sich diese Zahlen nicht genau feststellen ließen, da auch durch private Vermittelung Armenleichen Andersgläubiger zur letzten Ruhe gebracht worden seien. Doch die Regierung wollte der Sache auf den Grund gehen, und am 22. Februar 1908 fragte sie danach, wo denn die Leichen der Andersgläubigen, für welche die Armenverwaltung nicht zu sorgen habe, bestattet würden? Da das dem Magistrat nichts anging, mußte er der äußerst mißbegierigen Regierung mitteilen, daß er darüber nichts sagen konnte.

Nun beschloß die Regierung wieder ins Überlegen und die Sache „schwebte“ von neuem.

Bis zum 11. Oktober 1908. Da besann sich die Regierung auf die Anfrage und den Antrag des Magistrats vom 12. September 1908! Und sie antwortete, daß sie sich erst dann entscheiden können, wenn die genauen Grenzen des zukünftigen Gemeindefriedhofs angegeben werden, um dann die erforderliche Prüfung in architektonischer und freisitzlicher Hinsicht vornehmen zu können. Doch inzwischen waren zwei volle Jahre vergangen und das Projekt mit den Mühlwiesen mußte als erledigt angesehen werden. Weil das Terrain nicht mehr zu bekommen war. Auch dem Ankauf anderer geeigneter Terrains fehlten sich Schwierigkeiten entgegen, die bisher nicht überwinden wurden.

So kommt es denn, daß Charlottenburg noch immer keinen Gemeindefriedhof hat, obgleich Bürgerchaft und Stadtverwaltung in dem Verlangen nach der Anlage eines Gemeindefriedhofs sich einig sind. Aber die Kirche will nicht und die Regierung „erwart“. Und darum „schwebt die Sache“. Sie schwebt noch immer. Einmal beim Magistrat, dann wieder bei der Regierung. Aber die Sache „schwebt“ unausgesetzt. Seit fünf Jahren!

Und da behaupten die Belehren, das Problem des perpetuum mobile sei noch ungelöst!?

Zum Besen des Volkshauses findet am Sonntag, den 26. Juli, vom Arbeiter-Theaterverein „Freiheit“ im großen Saale des Volkshauses, Köpenicker Str. 3, eine Theatervorstellung statt. Zur Aufführung gelangt: „Der rote Leinwand“. Da der Uberschuss dieser Vorstellung dem Volkshauses zufallen soll, wird um zahlreiche Beteiligung gebeten.

Die „Freie Turnerschaft“ veranstaltet morgen Sonntag eine Familienpartie. Treffpunkt um 1 Uhr mittags am Luisenpark; von 2-3 Uhr Kaffeekochen im „Waldlater“, Tegeler Weg; 4 Uhr Komarsch nach der Jungfernhöhe; Spielen bis 6 Uhr für Alt und Jung. Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.

### Weihenfer.

Die Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins am Dienstag nahm zuerst den Halbjahresbericht der Bezirksleitung entgegen, der sich hauptsächlich auf die Agitation bezog. Der Jahresbericht lag gedruckt vor. Er wies eine Einnahme von 2081,52 M. auf, welcher eine Ausgabe von 1712,41 M. gegenüberstand. Beim Bibliothekbericht wies Genosse Schulz darauf hin, daß die Bibliothek jetzt vervollständigt sei und wünscht, daß sie auch bedeutend mehr in Anspruch genommen werden möge. Sein Antrag, die Bibliothek Sonnabends von 8 bis 9 Uhr zu öffnen, wird debattelos angenommen. Den Bericht von der Zeitungspropaganda gab Fuhrmann. Der Redner wies nach, daß der „Vorwärts“ in unserem Orte verhältnismäßig sehr schwach verbreitet ist. Sein Antrag, einen Ausschuss, bestehend aus Mitgliedern der Partei und Gewerkschaften zu schaffen, welcher die „Vorwärts“-Agitation betreiben soll, wurde angenommen. Längere Diskussion rief der Antrag des Genossen Schramm, das Wochenabonnement des „Vorwärts“ einzuführen, hervor. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu. Die Erwahnen gaben folgendes Resultat: 2. Bezirksleitung Genosse Paul Haal, welcher zu gleicher Zeit die Landagitation leitet; Bibliothekare die Genossen Bretschneider und Teich; Kinderkommission: Genossen Leug, Weise und die Genossinnen Herzing, Deogor und Meinde. Ein Antrag zum Organisationsstatut, den Absatz 2 des § 7 dahin zu ändern, daß die Reichstagsfraktion nur beratende Stimme auf dem Parteitag habe, wird mit geringer Majorität angenommen. Am 3. soll das Wort „wiederholt“ gestrichen werden. Als Kandidat zur Delegiertenwahl zum Parteitag wird Genosse Kohl, zur Provinzialkonferenz zum Parteitag vorgeschlagen.

### Rixdorf.

Waisereibetrag und „Vorwärts“-Buchdrucker. Genosse Hülle schreibt uns: „Das Berliner Verbandsbureau bestätigt die Richtigkeit der von mir in der Wahlvereinsversammlung gegebenen Riffen über Ablieferung der Waisereibeträge im Vorwärtsbetriebe. Das ist auch ganz selbstverständlich, da ich mich lediglich an die Riffen im Mittelungsblatt hielt. Die sonstigen Bemerkungen des Verbandsbureaus treffen meine Stellungnahme in der fristigen Frage nicht. Im Vorwärtsbetriebe waren in der Raitwoche d. J. nach den Beitragslisten des Berliner Gewerkschaftsverbandes 148 Verbandsmitglieder beschäftigt. Zu behaupten, daß davon der größte Teil nicht bezahlt habe, ist einfach — unrichtig und dagegen habe ich mich gewandt.“

Für die den Waisereibetrag verweigern den Vorwärtsangestellten habe ich in der Versammlung kein Wort der Entschuldigung übrig gehabt, im Gegenteil ihr Verhalten verurteilt.“

Demerken möchten wir zu dieser Zuschrift, daß in unserem Blatt die Behauptung, „der größte Teil der Verbandsmitglieder habe seine Pflicht nicht erfüllt“, nicht aufgestellt worden ist, auch nicht aufgestellt werden konnte.

Tödlicher Unfall auf dem Bahnhof Rixdorf. Der Musikleiter Herzog von der 12. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 45 in Jüterburg ist gestern nachmittag auf dem Ringbahnhof Rixdorf tödlich verunglückt. Er wollte den Bahnhof verlassen und fiel durch Versehen einer Stufe von der Treppe des Bahnhofes. Er blieb besinnungslos liegen. Er hatte eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen und starb im Rixdorfer städtischen Krankenhaus. — Ueber das täglich lebensgefährliche Gedränge auf dem Ringbahnhof Rixdorf, so schreibt man dem „Berl. Tageblatt“ hierzu, wird schon lange lebhaft Klage geführt, da sich der Bahnhof für den stark angewachsenen Verkehr auf dieser Station als viel zu klein erweist. Insbesondere wird ein zweiter Bahnhofoausgang — auf der Südseite — gefordert. Jedenfalls wäre es wünschenswert, wenn untersucht würde, ob der gestrige Unglücksfall mit den mangelhaften Bahnhofseinrichtungen im Zusammenhang steht.

Der Männergesangsverein Rixdorf“ veranstaltet am morgigen Sonntag im „Kriegsgarten“ sein diesjähriges Sommerfest. Da sich der genannte Verein zu jeder Zeit der Partei zur Verfügung stellt, ist den Parteigenossen zu empfehlen, das Fest recht reg zu besuchen. Für den geringen Preis von 20 Pfennig, an der Kasse 25 Pfennig werden den Genossen einige gemüthliche Stunden geboten. Jedes Kind erhält am Eingang eine Stocklaterne.

Eine Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, die 6. in Rixdorf, wird Anfang August in der Köpenicker Straße eröffnet werden.

### Lichtenberg.

Heute Sonnabend findet das Sommerfest des sozialdemokratischen Wahlvereins Bezirk Lichtenberg im Lokal von H. Schwarz, Dorfstraße 20, unter Mitwirkung des gesamten dort engagierten Künstlerpersonals statt. Besonders erwähnenswert ist die Vorführung der dreifürten Seelöwen und das Aufstreten eines renommierten Verwandlungskünstlers, Parteigenossen und Genossinnen, sowie Interessenten sind freundlichst eingeladen. Eintrittskarten kosten nur 20 Pf. Beginn 4 Uhr.

Der Jugendauschuss für Lichtenberg veranstaltet für Sonntag, den 26. Juli, eine Partie nach Pflanzengarten (Sadowa). Treffpunkt: 1 Uhr nachmittags am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde, von da aus zu Fuß nach Pflanzengarten. Treffpunkt für Rückzügler 4 Uhr im Lokal daselbst.

Inseratentel. person.: Th. Wied, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Die Jugend sowie Parteigenossen und Genossinnen ersuchen wir, dafür zu wirken, daß die Perteiligung eine lebhaftere wird.

### Mariendorf-Südende.

In der außerordentlich gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins gedachte man vor Eintritt in die Tagesordnung der verstorbenen Genossen Goldstein und Augustin und ehrten die Versammelten das Andenken derselben in der üblichen Weise. Nach dem Bericht des Vorsitzenden fanden im verflochtenen Halbjahre zwei Mitglieder- und drei öffentliche Versammlungen statt. Für Erledigung der Vereinsgeschäfte waren neun erweiterte und drei enge Vorstandssitzungen nötig. Flugblattverteilungen fanden sechs statt. Die Mitgliederzahl beträgt 283 gegen 253 am 1. Januar 1908. Hieron sind 24 männliche und 48 weibliche Mitglieder. Der Besuch der Versammlungen hat viel zu wünschen übrig gelassen. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser beträgt 378 gegen 364 am Anfang des Jahres. Recht ungünstig gestaltete sich der Bericht des Kassierers, zu dem wohl der örtliche Lokalkampf und andere örtliche Verhältnisse beigetragen haben. Im ersten Quartal betrug die Einnahme 247,07 M., die Ausgabe 307,79 M., mithin ein Defizit von 60,72 M. Im zweiten Quartal betrug die Einnahme 267,45 M., die Ausgabe 285,45 M., bleibt ein Defizit von 18 M. Der Lokalkampf hat bereits 80 M. Kosten verursacht. Es folgten nach diesem die Berichte der übrigen Funktionäre; es muß hierbei lobend anerkannt werden, daß der Besuch der Lesesabende der weiblichen Mitglieder mit 75 bis 80 Proz. ein sehr guter war, wogegen über den Besuch der Lesesabende der Genossen zum Teil recht ungünstig berichtet wurde. Auf Antrag des Vorstandes und des hiesigen Bezirks wird der Jahlabend des letztgenannten Bezirks aufgelöst und die Genossen dem nächsten Bezirk überwiesen. Nach dem Berichte wurde in eingehender, zum großen Teil recht leidenschaftlicher Diskussion zum örtlichen Lokalkampfe Stellung genommen und daraufhin ein vom Vorstand gestellter Antrag, beim Zentralwahlverein zu verhandeln, den dem örtlichen Wahlverein aufgedrungenen Lokalkampf im „Vorwärts“ mehr zur Geltung kommen zu lassen, einstimmig angenommen. Alsdann werden die Genossen Jeterich und Händel zur Kreisgeneralversammlung und die Genossen Demert und Singer zur Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin delegiert. Es wird dann auf die am Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr bei Martin Müller, Tempelhofer, stattfindende Jugendversammlung hingewiesen und aufgefordert, für dieselbe recht eifrig Propaganda zu machen. Genosse Demert berichtet am Schluß über das sich in nächster Zeit gründende Unterquartier der Gewerkschaften für die Orte Tempelhofer und Mariendorf. Nach diesem wurde die recht imposant verlaufene Versammlung geschlossen.

### Wittenau.

Der Wähter-Ladenschluß für die offenen Verkaufsstellen in Wittenau und Vorkahwald mit Ausnahme der Sonnabende ist vom 19. Juli ab in Kraft getreten.

### Rosenthal, Wilhelmstr., Nordend.

Der Gesangsverein „Waldbrausen“ (M. d. N.-S.-B.) hält heute, Sonnabend, den 24. Juli im „See-Bad Wilhelmstr.“, Joh. R. Kollmann, sein Sommerfest ab.

Da der Verein zu allen Parteiflichtigkeiten Kräfte zur Verfügung gestellt hat, werden die Genossen gebeten, dieses Fest zu unterstützen.

### Köpenick.

Zum Organisationsstatut nahm nach einem Referate des Genossen Wolderski die letzte Wahlvereinsversammlung Stellung. Folgende Änderungen gelangten zur Annahme: § 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise bezug. Orte wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. § 4. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorhabe gewähren, wo die Möglichkeit besteht. Die „Gleichheit“ ist nicht zu liefern. § 23 Abs. 3. Das Wort Orts beizubehalten.

Aufgenommen wurden 7 neue Mitglieder. Aus dem Klassenbericht geht hervor, daß ein Bestand von 189,56 M. vorhanden ist. Dem Bildungsausschuss gehören die Genossen Schütt und Leschore an.

Ein Volkfest findet am Sonntag, den 25. Juli, in Spreen- hagen statt, an welchem der Gesangsverein „Männerchor“ und der Radfahrerverein „Vorwärts“ offiziell teilnehmen. Das betreffende Lokal, Gasthof zum Deutschen Kaiser, Joh. W. Bauer, ist das einzige, welches auch seit kurzer Zeit in jener Gegend zur Verfügung steht. Es ist darum erwünscht, daß außer den Vereinen auch Gäste teilnehmen, auch die radfahrenden Genossen mögen hierauf Bezug nehmen. Abfahrt ab Bahnhof Köpenick 1 Uhr 16 Min. bis Jangschleuse, in Ecker umsteigen, Bahnsteig A.

### Lankwitz.

Der Lankwitzer Arbeitergesangsverein, der sich auch bei Parteiflichtigkeiten zur Verfügung stellt, veranstaltet am Sonntag, den 25. Juli, im Lokal von Schulz, Marienfelder Straße 17, sein Sommerfest. Es ist ihm die Unterstützung durch Parteigenossen zu wünschen.

### Vernau.

Der 13jährige epistephisch veranlagte Sohn des Seidenwebers Max Dehl, Weinbergstraße wohnhaft, bestieg am Donnerstagnachmittag das ihm vollständig fremde, mit drei Pferden bespannte Fuhrwerk des Landwirts Scurell, welches der dessen Scheune stand, band die Reine los und fuhr im Galopp davon. Die Pferde gingen dem Jungen durch und rasien im vollen Galopp die helebte Berliner Straße hinab. Am Berliner Tor folgte der Junge vom Wagen und wurde überfahren. Ein in der Nähe wohnender Arzt stellte außer beträchtlichen Hautabschürfungen an den Armen und Hüften schwere Kopfverletzungen fest. Die Pferde wurden später von Passanten aufgehalten.

### Nowawes.

Für den Bau des Realschulsaalbaus, welcher bis zum 1. April 1911 fertiggestellt sein muß, ist auf Veranlassung des Gemeindevorstandes vom Gemeindevorstande Lachow, welcher den Schulhausbau in der Schornhorststraße errichtet hat, ebenfalls ein Projekt ausgearbeitet worden, nachdem bereits der Gemeindebaumeister Kühnert ein solches der Gemeindevertretung vorgelegt hatte. Der Lachowische Bauplan weicht von dem Kühnertischen insofern ab, als er verschiedene technische Verbesserungen enthält, unter anderem einen Raum für Lichtbildervorträge, ein Lehrerkonferenzzimmer, was eine wesentliche Vergrößerung des Gebäudes bedingt. Dadurch werden allerdings auch die Baukosten gegenüber dem Kühnertischen Plan um zirka 40 000 M. höher und stellen sich nach einer überschläglichen Ermittlung auf zirka 830 000 M. Die am Mittwoch stattgefundene Sitzung der Gemeindevertretung, welcher der Lachowische Plan zur Kenntnisnahme unterbreitet und vom Bürgermeister und dem zu diesem Zwecke anwesenden Bauamt Lachow erläutert wurde, hat gegen denselben wesentliche Einwendungen nicht erhoben, und wurden die beiden Herren beauftragt, einen genauen Kostenanschlag auszuarbeiten und denselben einer der nächsten Sitzungen vorzulegen. Zweck Ausbildung einer Anzahl Gemeindefunktionäre im Feuerlöschdienst und Gründung einer Berufsfeuerwehr aus denselben beantragte die Feuerlösch- und Finanzkommission, einen Oberfeuerwehmann zu engagieren, da der für die Leitung der Berufsfeuerwehr zuerst in Aussicht genommene Straßenmeister Rank aus Gesundheitsrückichten nicht im Feuerlöschdienst verwendet werden kann. Da die Gemeinde beabsichtigt, die Straßenreinigung und Müllabfuhr in eigene Regie zu übernehmen, soll der zu engagierende Berufsfeuerwehmann während seiner freien Zeit in diesen Ressorts beschäftigt werden. Dieser Antrag sowie ein weiterer auf Beschaffung eines zweiten Angriffswagens für die Feuerwehre wurden debattelos angenommen.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sozialistische Presse Deutschlands.

II. Quartal 1909. Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, SW. 68, Lindenstraße 69. Täglich erscheinen.

Wissenschaftliche Zeitschrift.

„Die Neue Zeit“, Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart, Furtachstr. 12. Redaktion: Berlin-Friedenau, Reichstr. 14.

Kommunalpolitische Zeitschrift.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Redaktion: Berlin W. 10, Kaiserin-Augustastr. 58.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Altenburg „Altenburger Volkszeitung“ Frauenfeldstr. 4. Augsburg „Schwäbische Volkszeitung“ Maximilianstraße 3 B. Barmen „Norddeutsches Volksblatt“ Peterstraße 20/22. Bayreuth „Bayerische Volkszeitung“ Richard-Wagner-Straße 28. Bielefeld „Volksrecht“ Schulstr. 20. Bochum „Volksblatt“ Schillingweg 1. Brandenburg „Brandenburger Zeitung, Märkisches Volksblatt“ Kurtr. 73. Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Schloßstraße 2, Ecke Dehlshäusern. Bremen „Bremser Bürger-Zeitung“ Hansestr. 21-22. Bremerhaven „Norddeutsche Volksstimme“ Am Hafen 49. Breslau „Volksrecht“ Neue Grubenstr. 6. Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ Wolfhagerstr. 7. Chemnitz „Volksstimme“ Werrstr. 14. Cottbus „Märkische Volksstimme“ Am Knittdich 18. Erfeld „Niederrheinische Volksstimme“ Breitestr. 62. Darmstadt „Hessischer Volksfreund“ Widmarstr. 17. Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Wilmshäuserstr. 109. Dortmund „Arbeiter-Zeitung“ Kleiststr. 5. Dresden „Dresdener Volks-Zeitung“ Zwingerstr. 21. „Volkszeitung“ für Freiberg, Sachsen und Niederlausitz, Zwingerstr. 22. „Volkszeitung“ für den VIII. Reichstagswahlkreis, Zwingerstr. 22. Düsseldorf „Volks-Zeitung“ Demuthstr. 6. Duisburg „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ Friedrich-Wilhelmstr. 76. Elberfeld-Barmen „Freie Presse“ Robertstr. 8a. Erfurt „Tribüne“ Kleine Kirche 1. Thüringen „Kleine Kirche 1. Offen (Kurb.) „Arbeiter-Zeitung“ Grabenstr. 67. Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Hirschgraben 17. Gera (Reich) „Reichliche Tribune“ Alte Schloßgasse 11. Gießen „Überflutete Volkszeitung“ Neustadt 14. Götting „Göttinger Volkszeitung“ Luitpoldstr. 6. Greiz „Reichliche Volkszeitung“ Untere Silberstr. 2. Gotha „Volksblatt für die Herzogtümer Coburg und Gotha“ Mohrenberg 7. Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Dora 42/43. Hamburg „Hamburger Echo“, Hamburg I, Fehlandstr. 11. Harburg „Volksblatt“ Großer Schippsee 4, part. Hannover „Vollwille“ Mäntzstr. 5. Heilbronn „Redar-Echo“ Karlstr. 38 A. Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Karolinenstr. 39. Jena „Weimarer Volkszeitung“ Schloßgasse 19. Jüterbog „Volkszeitung“ Mühlengasse 15. Karlsruhe „Volksfreund“ Kaiserstr. 24. Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11. Köln „Rheinische Zeitung“ Ursulaplatz 6. Königsberg i. Pr. „Königsberger Volks-Zeitung“ Vorder-Koggenstr. 50. Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Tauscherstr. 19-21. „Volkszeitung für das Waldenhal“ Tauscherstr. 19-21. Lüdenscheid „Volksstimme“ Luitpoldstr. 19.

Rudwigshafen a. Rh. „Wälsche Post“ Raxstr. 65. Sabab „Lübder Volksbote“ Johannisstr. 46. Sinsburg „Sinsburger Volksblatt“ Schröderstr. 11. Magdeburg „Volksstimme“ Große Mäntzstr. 3. Mainz „Volkszeitung“ Jangasse 13. Mannheim „Volksstimme“ R. 3, 14. Merken „Volkszeitung“ Poststraße. Mühlhausen i. G. „Mühlhäuser Volkszeitung“ Dreifönigstr. 37. Mühlhausen i. Th. „Volks-Blatt“ Müdenstraße 3. München „Münchener Post“ Altheimered 19. Nordhann. „Nordhann. Volkszeitung“ Poststr. 14. Nürnberg „Fränkische Tagespost“ Bräutigasse 25-27. Offenbach a. M. „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25. Pforzheim „Pforzheimer Freie Presse“ Dehlische Karl-Friedrichstr. 37 L. Remscheid „Remscheid Arbeiterzeitung“ Neustraße 2. Riesa „Riesener Volkszeitung“ Doberanerstr. 6. Saalfeld a. d. Saale „Volksblatt“ Rosmaringasse 15. Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ Hohegasse 7. Sonnenberg (S.-R.) „Thüringer Volksfreund“ Coburger-Allee 7a. Stuttgart „Volks-Vote“ Schillerstr. 10. Straßburg i. E. „Freie Presse für Elz-Lothringen“ Rintmathofen 2. Stuttgart „Schwäbische Tagwacht“ Furtachstr. 12. Würzburg „Fränkischer Volksfreund“ Semmelstr. 41. Rittau „Volks-Zeitung“ Moraweststr. 1 b. Jüdisch „Sächsisches Volksblatt“ Dofenstr. 16.

Wöchentlich dreimal erscheinend.

Rattowik „Gazeta Robotnicza“ (Polnisch) Rothhaudstr. 12. Offenburg (Baden) „Volksblatt“ Gerberstr. 3.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Langenbielau „Der Proletarier aus dem Entenberg“ und „Schänerger Volksstimme“, Ober-Langenbielau, 2. Bezirk. Pörsch (Baden) „Volkszeitung“ Raimstraße.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Cassel „Der Begeweller“ Hohenhorststr. 2. Köln „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) Ursulaplatz 6.

Alle 14 Tage erscheinend.

Berlin „Arbeiter-Jugend“ SW. 68, Lindenstr. 69. Stuttgart „Die Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Furtachstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

Mitona „Schleswig-Holsteinische Landpost“ Viktoriastraße 52, II. Berlin „Die Fackel“, SW. 68, Lindenstr. 69. Braunschweig „Empor“ Schloßstr. 2. Bremen „Der Sozialdemokrat“ Fautenstr. 58/60. Breslau „Landbote für Schlesien“ Neue Grubenstr. 6. Dessau „Volksparole für Anhalt“ Wilmshäuserstr. 107. Dortmund „Die Wahrheit“ Ardenstr. 95. Elberfeld „Das Rosenrot“ Robertstr. 8a. Hamburg „Hamburger Landbote“ Gr. Theaterstr. 44. Königsberg „Der Landbote“ Borden-Koggenstr. 60. Trettin „Der Vommmer“ Gutenbergstr. 11. Wiesbaden „Wiesbadener Volksbote“ Mühlgasse 15.

Wochblätter (Erscheinen alle 14 Tage).

München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4. Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtachstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden“ SW. 68, Lindenstr. 69. Erscheint in Wochenheften. Hamburg „Die Neue Welt“ Hamburg I, Fehlandstr. 11. Erscheint wöchentlich einmal. Redaktion: Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

II. Quartal 1909. Zentral-Organ:

„Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“. Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

A. Presse der Zentralorganisationen:

Abfahrende „Der Abfahrende“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15. Bäcker und Konditoren „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“, Hamburg I, Besenbinderhof 57/66. Für Bäckerarbeiter Berlins „Der Bäcker“, Berlin O. 54, Auguststr. 36. Barbier und Friseur „Friseur-Geheilen-Zeitung“, Berlin N. 58, Stolpstraße 56, II. r. Bauhilfsarbeiter „Der Bauhilfsarbeiter“, Hamburg I, Klosterstr. 8 I. Bergarbeiter „Bergarbeiter-Zeitung“, Bochum, Bismarckstr. 39/40. Bildhauer „Bildhauer-Zeitung“, Berlin S. 53, Bergmannstr. 68. Blumenarbeiter „Der Blumen-Arbeiter“, Nieder-Schönhauser-Berlin, Karthstr. 10. Böttcher „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Bremen, Paulenstr. 56/60. Brauereiarbeiter „Brauereiarbeiter-Ztg.“, Berlin O. 27, Schillerstr. 6. Buchbinder „Buchbinder-Zeitung“, Berlin S. 59, Kottbulerdamm 23 I. Buchbinder „Korrespondent“, Leipzig, Eplomonstr. 8. Buchdruckerei-Hilfsarbeiter „Solidarität“, Berlin S. 59, Bismarckstr. 20. Bureauangestellte „Der Bureau-Angestellte“, Berlin NO. 43, Kienstr. 8, II. Dachdecker „Dachdecker-Zeitung“, Redaktion Hamann, Mühlstr. 6. Expedition Jannst. a. M., Alteschellenstr. 51. Eisenbahner „Werk“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15. Fabrikarbeiter „Der Proletarier“, Hannover, Mäntzstr. 5 III. Fleischer „Der Fleischer“, Berlin SO. 16, Buxtehuderstr. 18/19, part. Gärtner „Allgemeine deutsche Gärtner-Zeitung“, Berlin, N. 37, Reichenstr. 3. Gastwirtsgehilfen „Der Gastwirtsgehilfe“, Berlin NO. 18, Eibingerstr. 21. Gemeindefürsorge „Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätswarte“, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 21. Glasarbeiter „Der Glasarbeiter“, Berlin O. 17, Gohlstr. 29. Glaser „Glaser-Zeitung“, Karlstraße 1 B., Wilhelmstraße 47. Gasenarbeiter „Der Gasenarbeiter“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66. Handlungsgeschäften „Handlungsgeschäften-Zeitung“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66. Hausangestellte „Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten“, Berlin SO. 16, Michael-Strichplatz 1 II. Holzarbeiter „Holzarbeiter-Zeitung“, Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2 IV. Hotelbedienter „Der Hotelbedienter“, Berlin NW. 7, Am Weidenbaum 1a. Gutsmacher „Korrespondent“, Altenburg, S.-M., Nordstr. 57. Kürschner „Der Kürschner“, Hamburg 22, Post-Kamp 39a I. Kupfererschmiede „Der Kupfererschmied“, Berlin N. 4, Gartenstr. 101, Seitenstr. I. Lagerhalter „Monats-Blätter“, Leipzig, Heisterstr. 32 II. Landarbeiter „Der Landarbeiter“, Berlin SO. 16, Michael-Strichplatz 1 II. Lederarbeiter „Lederarbeiter-Zeitung“, Berlin SO. 16, Altheimerstr. 56 II. Lithographen und Steinsetzer „Graphische Presse“, Redaktion: Friedrichshagen, Viktoriastr. 8. Maler „Berliner-Anzeiger“, Hamburg 22, Schmalenbenderstr. 17 I. Maschinisten und Geizer „Deutscher Maschinist und Geizer“, Berlin SO. 33, Gädlerstr. 45. Maurer „Der Grundstein“, Hamburg I, Besenbinderhof 56.

Metallarbeiter „Metallarbeiter-Zeitung“, Stuttgart, Rötterstr. 16a. Mühlenarbeiter „Mühlenarbeiter-Zeitung“, Altenburg S.-M., Zwickauerstr. 12. Notensucher „Der Notensucher“, Leipzig, Talstr. 27 I. Porzellanarbeiter „Die Kiesel“, Charlottenburg, Königsstr. 14. Sattler und Portefeinler „Sattler- und Portefeinler“, Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b. Schiffszimmerer „Der Schiffszimmerer“, Hamburg 7, Sandstr. 144. Schirmmacher „Correspondenzblatt“, Hamburg 6, Kampstraße 6. Schmiede „Schmiede-Zeitung“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66. Schneider „Nachzeitung für Schneider“, Berlin SO. 16, Köpenickerstr. 124. Schuhmacher „Schuhmacher-Nachblatt“, Gotha S. Bod. Seelente „Der Seemann“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66. Steinarbeiter „Der Steinarbeiter“, Leipzig, Heisterstraße 32. Steinseher „Allgemeine Steinseher-Zeitung“, Berlin NW. 31, Hieslofferstr. 16 I. Stuckateur „Der Stuckateur“, Hamburg 22, Fehlerstraße 9 II. Tabakarbeiter „Der Tabakarbeiter“, Leipzig, Tauscherstraße 19/21. Tapezierer „Correspondenzblatt für Tapezierer“, Berlin SO. 16, Köpenickerstr. 49, Hof I. Textilarbeiter „Der Textilarbeiter“, Berlin O. 27, Androasstr. 61. Töpfer „Der Töpfer“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 III. Transportarbeiter „Der Courier“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21. „Der Straßenbahner“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21. Xylographen „Zeitschrift für Xylographen“, Leipzig, Aronprinzstr. 36 I. Zigarrenarbeiter „Der Organist“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66. Zimmerer „Der Zimmerer“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-66. Zivilmuster „Nachzeitung für Zivilmuster“, Berlin N. 31, Straßburgerstr. 36, Hof part.

B. Blätter anderer Gewerkschaften und sonstiger Organisationen.

Berlin „Der abstinente Arbeiter“, Organ des deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes, O. 17, Langestr. 11. Redaktion: NO. 55, Palteustr. 13. „Der Bühnenarbeiter“, Organ des Verbandes des technischen Bühnenpersonals, O. 34, Barshauerstr. 63. „Der freie Holzweiser“, O. 17, Karlsruhdamm 30. „Deutscher Heilner“, NO. 55, Braunsbergerstr. 13 III. „Schlesische Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“, Organ des Verbandes der Verwaltungsbekannteten der Krankenkassen, Berufsvereinigungen usw. N. 58, Schönhauser Allee 27. Redaktion: Magdeburg, Wittenbergerstr. 30. Leipzig „Der Bibliothekar“, Monatschrift für Arbeiter-Bibliotheken, Leutzschstr. 69 III. „Arbeiter-Turner-Zeitung“, Langestr. 34. „Die freie Turnerin“, Langestr. 34. Elberfeld „Zeitschrift für Gewerkschaften der Stoffindustrie“, Neue Grubenstr. 20. Nürnberg „Süddeutsche Eisenbahner-Zeitung“, Unterstr. 3 II. Offenbach a. M. „Der Arbeiter-Radfahrer“, Organ des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität, Hermannstr. 14. Obige Zusammenstellung veröffentlicht wir zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Adress- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns zur Berichtigung mitteilen zu wollen. Berlin, den 19. April 1909. Der Parteivorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 21. Juli verstarb unser Mitglied, der Maurer August Weimann, Lortzingstr. 16. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes, Reinickendorf-Bezirk, Berliner Str. 26, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 229/7

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 20. Juli verstarb unser Mitglied, der Schneidermeister Franz Wachter, Schönholzer Straße 20. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes, Reinickendorf-Bezirk, Berliner Str. 26 aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 229/6

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede und verwandten Gewerbe Deutschlands. Zahlstelle Pankow. Am 20. Juli verstarb unser langjähriges Mitglied Karl Umack im Alter von 82 Jahren an Herschiden. Ehre seinem Andenken! 176/11 Die Ortsverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schmeiger- und Großmutter, die Witwe Emilie Lufsky geb. Braun am 21. Juli nach längerem Leiden sanft entschlafen ist. Um stille Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen Karl Lufsky und Frau, Richard Lufsky und Frau. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. nachm. 3 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes Lichtenberg, Hornstraße, aus statt. 639B

Dankagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage ich allen Verwandten und Bekannten, besonders dem Gesangsverein „Nüßling-Sittensfelder“ sowie den Kollegen und der Hofbuchdruckerei Julius Sittensfeld meinen herzlichsten Dank. 1899R Witwe Kotze und Sohn. Saal mit Bühne und Nebenräumen, große Vereinszimmer unter kulantesten Bedingungen zu vergeben. 1703R Sonnabende u. Sonntage frei! Paul Litfin, Hemeler Straße 67. Fernspr. Amt 7, 1075.

Wo finden Sie bei Ihren Ausflügen den schönsten Familien-Aufenthalt? 1618R Nur in Grünau bei Gustav Lindenbain Friedrichstr. 2. Telefon 17. 2 Minuten von der Höhe. Gut gepflegte Biere, 1/2, 1/3, 1/4; große Weige 20 Pf. Schattiger Garten und Vereinszimmer. — Vertikales der Freien Turnerschaft Grünau und des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Nüßling auf“.

Unablässig vorwärts schreitet die Technik. Die neuesten Maschinen, die neuesten Arbeitsmethoden werden bei der Herstellung der Salamanderstiefel angewandt. So entsteht ein mustergültiges Erzeugnis von unerreichter Preiswürdigkeit. Fordern Sie Musterbuch V Einzeltpreis . . . M. 12.50 Luxus-Ausführung M. 16.50

Salamander Schuhges. m. b. H., Berlin W. 8 Friedrich-Strasse 182 SW. Friedrich-Strasse 221 C. Rosenthaler Tor NW. Wilsnacker Strasse Ecke Turm-Strasse 9 C. König-Strasse 47 3 W. Potsdamer Strasse 5 W. Tauentzien-Strasse 15 Neu eröffnet: Berlin N., Bad-Strasse 20 Spandau, Breite-Strasse 30

Arbeiter finden für ihren Beruf gute und billige Kleidung in großer Auswahl Brunnenstr. 158, Gelber Laden. Mein Geschäft hat mit den „Gelben Gewerkschaften“ nichts zu tun.

Der schönste Anzugsort und Kostenthalt ist immer und gern gesehen sind wir beim Pichelswerder Alten Freund. 17049

Gesellschaftshaus Glückauf Kalkberge, Dampferstation Seestraße. 6225 Zum Bergmannsfest empfehle ich mein herzlich gelegenes Garten-Restaurant mit großem Saal. Vorzüglich geeignet für Dampferpartien, Kremfahrgärten, Radfahrten usw. Verd. Regelmäßigen. Ausspann. Kaffeeküche.

Vom Arbeiter zum Millionär vom Handwerker, vom kleinen Beamten, vom Kaufmann, überhaupt von Jedem, der auf sein Ruhesich hält, wird für billiges Geld wirklich aufstrebende, tadellose Garderobe gefügt. Nur im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Straße 93, erhalten Sie diese und können darin leicht werden. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten Werstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Faltdarbeit unübertroffene Serie I Serie II Serie III Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M. Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M. Gesellschafts-Anzüge werden billigt verlichen. Kaufhaus für Monatsgarderoben Große Frankfurter Straße 93. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten. Streng reelles Geschäft. Keine Fiktalen am Platze. Abteilung II Neue Garderoben.

# Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

## Vorzugspreise in Lebensmitteln

Von Sonnabend, den 24. bis Dienstag, den 27. Juli cr. incl., solange Vorrat:

### Fleischwaren

- Schlackwurst . . . . . Pfd. 98 Pf.
- Salamiwurst . . . . . Pfd. 98 Pf.
- Thüringer Schlackwurst . . Pfd. 1.30
- Thüringer Salamiwurst . . Pfd. 1.30
- Westf. Schlackwurst . . . . Pfd. 1.55
- Westf. Salamiwurst . . . . . Pfd. 1.55
- Landleberwurst . . . . . Pfd. 85 Pf.
- Fleischwurst . . . . . Pfd. 85 Pf.

- Pa. Kasseler Rippespeer Pfd. 88 Pf.
- Pa. Kalbfleisch Pfd. 85, 90 Pf.
- Suppenhühner St. 1.75 bis 2.25
- Rehblätter . . Stück 1.75 bis 2.25

- Rotwurst . . . . . Pfd. 45 Pf.
- Zwiebelleberwurst . . . . . Pfd. 45 Pf.
- Feine Leberwurst . . . . . Pfd. 1.00
- Mettwurst Braunschweiger Art . . Pfd. 88 Pf.
- Mettwurst Berliner Art . . . . Pfd. 60 Pf.
- Schinkenspeck . . . . . Pfd. 1.05

Feinster Landschinken 4 bis 6 Pfd. schwer Pfd. 1.15

Trotz des neuen Steuergesetzes für

### Kaffee

das am 1. Aug. cr. in Kraft tritt, geben wir unsere allseitig des vorzüglichen Geschmacks wegen bekannten Marken noch zu Vorzugspreisen an oben genannten Tagen ab.

(Das Gesetz gestattet dem Privathaushalt 20 Pfund Kaffee ohne Nachbesteuerung).

Gebrannte Kaffees

|              |      |      |      |
|--------------|------|------|------|
| Mischung IV  | III  | II   | I    |
| Pfund 90 Pf. | 1.10 | 1.30 | 1.50 |

Ungebrannte Kaffees

|              |        |      |      |
|--------------|--------|------|------|
| Mischung IV  | III    | II   | I    |
| Pfund 85 Pf. | 95 Pf. | 1.10 | 1.20 |

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn. Verkauf vom 28. bis 5. jeden Monats.

### Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

### ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

#### Totalverkauf.

Restbestände Tisch- und Tischstühle, Garnitur 2.65, 3.75, 4.85, 5.85, 6.75, 8.50, 9.50 ufm. E. Weisenberg's Portierhaus, Große Frankfurterstr. 125.

Tüllbetten, extra groß, 1.95, 2.25, 3.25, 4.25 ufm.

Erbsenbrot, erbsenbrot, Ausföhrungen, 3.45, 3.85, 4.50, 5.25, 6.00 ufm. Gardinenhaus, Große Frankfurterstr. 125.

Nischenputz Gardinenreihe und einzelne Fenster (2 Stuhl) mit 10 Prozent Rabatt, Preis 1.25, 1.85, 2.25, 2.75, 3.50, 4.50 ufm. Gardinenhaus, Große Frankfurterstr. 125.

Wollteppiche 3.25, 3.85, 4.50, 5.80, 6.50 ufm. Teppichhaus Große Frankfurterstr. 125.

Wollteppiche mit kleinen Flecken, 10 Prozent Rabatt, 7.50, 9.85, 11.—, 13.—, 15.— ufm. E. Weisenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125.

Tülldecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.50 ufm. Tischdecken 3.85, 4.85, 6.50, 7.85 ufm. Große Frankfurterstr. 125.

Nischenputz Teppichdecken, Wolle und Samtstoffe, 3.25, 3.85, 4.50, 5.50, 7.85 ufm. Große Frankfurterstr. 125.

Wollverkauf von Wollstoffen, Anolenn- und Ankerstoffen zu Spottpreisen. E. Weisenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125.

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche! (Fleckenlos) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichgeschäft, Gade'scher Markt 4, Bahnhofstraße. (Kaiser des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) 204/11\*

Woll-, Bringmaschinen, prima, billig, Abzahlung, günstig, Belmann, Gollnerstr. 26. 10935\*

Große Dimantdecken 4.85, Karanani, doppelseitig 7.50, Pa. Woll 25.00, Dimantdecken, reichhaltig, 4.50, Teppichhaus Emil Lehore, Drantenstr. 158. 21453

Hochverehrte Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge aus feinsten Stoffen (pottdillig) verkauft Deutsch's Versandhaus Maxstr. 63, 1. Trepp. 21778

Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung von Julius Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Monatssätze für alle Figuren, Monatspaletts von 5.00 an, Gebrodenanzüge 12.00, Hosen 1.50, sowie Neugardrobe billiger als überall. Zentralhaus Oranier Weg 78, 288e Koppentrasse. Vorzeiger dieses Inserates 5 Prozent Rabatt. 6285\*

Spornwagen 3.50, Kleitung, Gneissaustr. 15. 1119

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Rabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Drantenstr. 160, Drantenstr. 21538\*

Teppiche, farblich, pottdillig, billig.

Schülerpaletts, großer Posten unter Preis.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Preis.

Schlafdecken, ein Posten, für halben Preis.

Steppdecken, Musterstücke, pottdillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Teppiche (Farbenflehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tülldecken, Uebergardinen, Sofa- und Stuhlbezüge, pottdillig, farblich, Musterstück, Große Frankfurterstr. 9, Haupteingang. Vorwärtsleser 5 Prozent.

Wollanzüge und Sommerpaletts, von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gebrodenanzüge von 12.00, Stroch von 2.50, sowie für torpulenten Figuren, Neue Garderobe zu Hausen billigen Preisen, aus Handarbeiten, verlässliche Sachen taufen am billigsten bei Rah. Wollstr. 14.

Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schmeichelhaften Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Wollteppiche, ganz schwere Qualität: Stubengröße, früher 18.50 jetzt 12.00; Wohnzimmergröße, früher 22.75 jetzt 14.50; Salongröße, früher 43.50 jetzt 25.00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestrasse 73/74. 22728\*

Teppichdecken, eigene Anfertigung, richtige Größe, 3.75, 4.50, 5.50, 7.50. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestrasse 73/74. 22728\*

Wollanzüge, Paletts, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsgüte, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidemeister Paul Fickel, nur Rosenfelderstr. 10. 274/5\*

Herrenanzüge, 6. Stück, billige Wollanzüge! Bekleidungsartikel! Ausfertigung! Tafeldecken! Festschneider! Gardinenverkauf! Tischdecken! Steppdecken! Extrabillige Sommerpaletts! Jacketanzüge! Gebrodenanzüge! Herrenanzüge! Herbermann's Warenverkauf, ebenfalls Sommerpaletts. 1044

Kinderwagen, nagelneu, Gummiräder, sofort 20.00, Gerglerstr. 19a, born II rechts. 146\*

Gaslocherhaus!!! Geschlossene Zweifachgaslocher! 5.00, Dreifachgaslocher! 9.00, Einlochgaslocher! 0.80, Biegelapparate! Gasbeleuchtung pottdillig! Bohler, Ballnerstr. 22. 23168\*

Stu geringerschiff, 18.00, Kallberstr. 34. 6345\*

Wollanzüge, Gebrodenanzüge, Strochanzüge, Sommerpaletts, Mäntel, pottdillig, Rosenfelderstr. 48, II. 6335\*

Nachfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbuchs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Reinen gezogen Preis 1.75 M. (zusammenlegbar). - Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Reinen gezogen und zusammenlegbar 2.50 M. Expedition des "Vorwärts", Lindenstr. 69, Laden.

Billige Hosenwolle. Hochelegante Herrenanzüge aus feinsten Stoffen. 7-15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 6205\*

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Vorwärtsleser, beachtet vorlesende 6 Anzeigen.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt 40.00, Holz, Blumenstr. 36b. 16538\*

Fahrräder. Zellgabelungen ohne Preiszuschlag, Zubehör, Gummi, Bringmaschinen, Kammern, billig. Rothringstr. 40 und Steglitz, Schloßstr. 116. 20208\*

Groß-Berlins billigste Fahrräder-Bezugsquelle, Fahrradgroßhaus Charlottenburg, Bismarckstr. 62. Arbeiter - Radfahrerbund 10 Prozent Rabatt. 18008\*

1000 Brennabor, Adler, Hartopp, räder usw., 5.—, 10.—, 15.—, 20.—, 25.—, auch Einzelverkauf, Engrospreise. Fahrradgroßhaus Wagnow, Weinmeisterstr. 14. Verlangen Sie Preisliste gratis und franco. \*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, pottdillig, umhängebare sofort Roadit, Gullerstr. 66, Hof I. Witz. 210/10

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochlegant, umhängebare sofort pottdillig Kaiserstr. 44, I rechts. \*

Herrenfahrrad (Garantiefrein) jeden annehmbaren Preis Gerglerstr. 19a, II, rechts. 198\*

Pradtfahrrad, Schulhalter, Beskonat, Grenadierstr. 30, II, 198\*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochlegant, umhängebare sofort pottdillig Kaiserstr. 44, I rechts. \*

Herrenfahrrad (Garantiefrein) jeden annehmbaren Preis Gerglerstr. 19a, II, rechts. 198\*

Pradtfahrrad, Schulhalter, Beskonat, Grenadierstr. 30, II, 198\*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochlegant, umhängebare sofort pottdillig Kaiserstr. 44, I rechts. \*

Herrenfahrrad (Garantiefrein) jeden annehmbaren Preis Gerglerstr. 19a, II, rechts. 198\*

Pradtfahrrad, Schulhalter, Beskonat, Grenadierstr. 30, II, 198\*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochlegant, umhängebare sofort pottdillig Kaiserstr. 44, I rechts. \*

Herrenfahrrad (Garantiefrein) jeden annehmbaren Preis Gerglerstr. 19a, II, rechts. 198\*

Pradtfahrrad, Schulhalter, Beskonat, Grenadierstr. 30, II, 198\*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochlegant, umhängebare sofort pottdillig Kaiserstr. 44, I rechts. \*

Herrenfahrrad (Garantiefrein) jeden annehmbaren Preis Gerglerstr. 19a, II, rechts. 198\*

Pradtfahrrad, Schulhalter, Beskonat, Grenadierstr. 30, II, 198\*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochlegant, umhängebare sofort pottdillig Kaiserstr. 44, I rechts. \*

Herrenfahrrad (Garantiefrein) jeden annehmbaren Preis Gerglerstr. 19a, II, rechts. 198\*

Pradtfahrrad, Schulhalter, Beskonat, Grenadierstr. 30, II, 198\*

Möbliertes Zimmer, separat, Fagel, Reichbergerstr. 130, III, born. 714

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Grünweg 63, Vorderhaus I links.

Möblierte Schlafstelle, Dresdenstr. 38, III rechts. 1121

Fremdlich möblierte Schlafstelle an 2 Genossen, Bremer, Rühlstr. 15, Duergebäude I. 195

Schlafstelle bei Frau Dierente, Luisenstr. 18. 84/17

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Junger Grundbesitzer auf Goldleiten verlangt Rüdorf, Thüringerstr. 16. 1107

Tüchtige Hartgummiarbeiter verlangt Goldleitenfabrik, Reichbergerstr. 88. 1121

Tüchtiger Schmied, der auch veredeln kann, verlangt Goldleitenfabrik, Reichbergerstr. 88. 1121

Gebirge Arbeiterin, Damenpaletts 1.75, Kraft, Rüdorf, Weierstr. 200. 6255

Wamsleis, Frauenmäntel, Regner, Rüdorfstr. 104. 6255

Knausenjuppen-Arbeiterinnen verlangt Blothe, Dresdenstr. 44.

100 Wamsleis, Damenanzüge, Paletts, Reichsmann, Petersburger Platz 7. 195\*

Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Hüfshner und Schneider! Bei der Firma 102/15\*

Jakob & Bräutigam, Marktgrabenstr. 58.

haben wegen des Verschleßes des Werkzeugs sämtliche Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niedergelegt. Es wird daher die Arbeit verweigert.

Verband der Kürschner, Verband der Schneider, Die Ortsverwaltung.

Achtung! Hüfshner und Schneider! Bei der Firma 102/15\*

Jakob & Bräutigam, Marktgrabenstr. 58.

haben wegen des Verschleßes des Werkzeugs sämtliche Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niedergelegt. Es wird daher die Arbeit verweigert.

Verband der Kürschner, Verband der Schneider, Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streit und Differenzen sind gesperrt:

für Tischler, Polsterer und Maschinenarbeiter

Herrn Schindler, Blumenstr. 31/32.

Firma Staats, Oberbaumstr. 5 und der Bau Wilmstr. 8 in Charlottenburg.

Möbel, Parkettarbeiten, 31/32.

Sämtliche Betriebe in den Orten Rathenow, Fürstentum, Müsthan, Nürnberg, Segeberg (Holstein) und Magdeburg.

Gleichzeitig eruchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittlungsbüreau Blankenburgerstr. 4 und Arbeiterkameradschaft 3 streng zu melden.

Für Einseher: die Bauten Vordorfer, 16, Kornellstr. 30 in Zehlendorf und Wilmstr. 8 in Charlottenburg.

Für Korbmacher: Körner in Rawames.

Für Stellmacher: Berliner Motorwagenfabrik in Reinickendorf.

Die Ortsverwaltung.

Hiefenleger u. Hilfsarbeiter!

Gesperre sind folgende Subunternehmer und Firmen:

Dörb bei Gumborf, Meyer, Cronst u. Weierdorf.

Danten: Suaregstr. 29, Spandauer Sodbrunnen, Getraidenstr. 140, Niederbarnimstr. 6, Wilmstr. 2, Charlottenburg, Leitmeritzstr. 140, Wilmstr. 8, Spandauer Landstr. 1, Treptow, Bau Schulze.

Töcher bei Rosenfeld: Klosterstr. 27, Frankfurter Allee 117, Reichsmüllergasse am Viehsee, Victoria, Versicherungs-Gesellschaft, Wilmstr. 8, Kaiserstr. 8, Bambergerstr. 22, Rüdorfstr. 8, Wolf u. Dielefeld bei Wilmstr. u. Bach.

Am Oltorf Platz, Jagowstr. 10, Ede, Krenzstr. 10, Grünwald.

Polen wegen Aufregung, Krankenhausbüro und alle übrigen Danten, Schwachstr. u. Wilmstr. 8, Johannisth. 11, Wilmstr. 8, Spandauer.

Die Sperren über die Firmen Vogel u. Schmaltz und Below ist hiermit für aufgehoben erklärt.

Der Vorstand.

### Parteifretär

für den Bezirk Lübeck zum 1. September d. J. gesucht. Derselbe muß agitatorische und organisatorische Fähigkeiten besitzen und hat auch die Stängenschaft mit zu erlangen. Anfangsgehalt 2300 M.

Bewerbungen, mit der Aufschrift "Parteifretär" sind bis zum 1. August d. J. an den Genossen Paul Löwig, Johannisth. 46, zu richten.

Geübte Cigaretten-Packerin sofort verlangt. Namkori-Phänomen N.O., Landsberger Straße 29. 1897L

### Vermietungen.

Zimmer. Wolfshagenstr. 19: leere Küche, 10.00. 1129\*

Möbliertes Loggierzimmer, an einen oder zwei Herren, 15.00, born II links, Rüdorfstr. 83. 174\*

### Fahrräder.

Geschäftsbreiter, am besten stabil, 50.00 an, Holz, Blumenstr. 36b. \*